



KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

PFLEGEREFORM

Gemeinsamer
Kraftakt nötig
Seite 20

STRASSEN

Starkregen-
Risikomanagement
Seite 36

E-BIKES

Mehr Tempo, neue
Herausforderungen
Seite 70

Gemeinden gegen Corona

Die Krise um das Corona-Virus trifft ganz Europa schwer. Die Solidarität der Menschen ist ungebrochen, die Gemeinden stehen an vorderster Front, um die Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten.

Seite 12



**KOMMUNAL
MESSE 2020**

**Gemeindetag und
Kommunalmesse 2020 auf
3. und 4. September verschoben!**

Seite 6

DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT



WIR SIND SICHER: NUR ZUSAMMEN SCHAFFEN WIR DAS

Um Ihre Gemeinde in der gegenwärtigen Situation zu unterstützen, übernehmen wir unbürokratisch und vertrauensvoll Ihre Beschaffung.

Ob ein individualisierte Warnschilder, Luftreiniger gegen Viren & Keime, Kopierpapier, Hygieneartikel oder Reinigungsmittel– wir helfen Ihnen jetzt noch besser in Zeiten wie diesen Ihre Notwendigkeiten unkompliziert zu erhalten.

Finden Sie schnell eines Ihrer benötigten Produkte auf unserem Marktplatz www.kommunalbedarf.at oder kontaktieren Sie uns mit Ihrem akuten Bedarf: Durch unser weites Netzwerk mit mehr als 100 Partnern finden wir einen passenden Lieferanten auch für größerer Anschaffungen.

**KONTAKTIEREN
SIE UNS MIT
IHREM BEDARF**

Teilen Sie uns mit, wie wir Sie unterstützen können - wir übernehmen die Erledigung!

Schreiben Sie uns persönlich eine Nachricht unter: info@kommunalbedarf.at

Einfach. Alles. Beschaffen. **KOMMUNALBEDARF.AT**

LAND IM KRISENMODUS

GEMEINDEN SIND FELS IN DER BRANDUNG



Die Corona-Krise hat unser aller Leben innerhalb kurzer Zeit auf den Kopf gestellt. Wir alle mussten innerhalb weniger Tage erleben, was es bedeutet, sein gewohntes Leben umzustellen. Wer hätte vor einigen Wochen noch gedacht, dass Gemeinden und ganze Bundesländer unter Quarantäne stehen und wir Ausreiseverbote in unsere Nachbarländer haben? Wer hätte gedacht, dass alle Schulen und Kindergärten über Wochen geschlossen sind und unser soziales Leben vorerst auf ein Minimum reduziert wird? Niemand!

Unsere Bundesregierung hat seit Anfang März schnelle und konsequente Maßnahmen gesetzt. Bundeskanzler Sebastian Kurz, Gesundheitsminister Rudolf Anschöber, Innenminister Karl Nehammer und die gesamte Bundesregierung haben die Krise gut gemanagt und auch für Ruhe in unserem Land gesorgt.

Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren und sind wir in dieser Krise gefordert wie noch nie. Ich möchte mich deswegen auch an dieser Stelle bei allen, die in schwierigen Zeiten vor Ort für ihre Mitbürger da sind, von ganzem Herzen bedanken. Das ganze Land musste innerhalb weniger Tage auf Distanz gehen und doch enger zusammenrücken. Und wir in den Gemeinden mussten dabei informieren, kommunizieren und auch manchmal mit unseren Bürgern diskutieren.

Als Österreichischer Gemeindebund gemeinsam mit den Landesverbänden waren wir von Anfang an bemüht, alle Gemeinden zeitnah und korrekt zu informieren. Klar ist, dass in einer noch nie da gewesenen Krisensituation manche Kommunikationsbedürfnisse nicht immer gestillt werden konnten. Aber wir alle haben die Krise so gut wie möglich gemanagt.

In den letzten Wochen hat sich klar und deutlich gezeigt: Die Gemeinden, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind der Fels in der Brandung. Auch wenn nicht immer alle Informationen seitens der Behörden am Tisch lagen, haben wir uns um Nachbarschaftshilfen gekümmert, Informationsschreiben an die Bevölkerung herausgegeben, für die Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur gesorgt und die Kontakte gehalten. Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ziehen wir eben alle am gleichen Strang. Unsere Umfrage an unsere Gemeinden vom 18. März hat mir dies auch bestätigt. In nur zwei Tagen haben sich mehr als 300 Ortschefs zurückgemeldet und uns ihre Erfahrungen, Maßnahmen und Herausforderungen geschildert.

Es gibt aber eine Zeit vor und eine Zeit nach der Corona-Krise. Was uns noch im Februar wichtig war, hat sich mit Blick auf die wirtschaftlichen Turbulenzen im Moment relativiert. Wir werden nach der Krise alle enger zusammenrücken und da und dort einiges auch neu organisieren müssen. Klar ist: Die Gemeinden und ihre Bürgermeister sind auch nach der Krise der Fels in der Brandung für alle Menschen in unserem Land.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



ICH WEISS, DASS SICH ALLE LANDES-
VERBÄNDE SO GUT
ES GEHT BEMÜHT
HABEN, FÜR DIE
FRAGEN IHRER
GEMEINDEN DA
ZU SEIN. **VIELEN
DANK ALLEN
MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITERN,
DIE FÜR UNS IN
DIESER KRISEN-
SITUATION DA SIND.“**

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentare bitte an
leserbriefe@kommunal.at

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,



nun stellen Sie sich einmal eine Welt vor, in der wir vor dieser Corona-Krise stünden und keine Gemeinden hätten. Wer würde

sich in dieser Zeit um die Alten, die betreuungsbedürftigen Kinder, die Umsetzung notwendiger Maßnahmen und die Beschaffung der wichtigsten Utensilien kümmern? Wer würde sich auf lokaler Ebene denn darüber überhaupt Gedanken machen?

Liebe Gemeindevertreter, Sie leisten im Moment mehr denn je so wichtige Arbeit. Sie geben den Menschen in Ihrer Heimat Vertrauen, dass alles gut wird. Sie geben den Menschen die Möglichkeit, sich auf ihre eigenen Probleme und Herausforderungen zu konzentrieren. Sie stehen jetzt jenen zur Seite, die sonst nur schwer durch diese Krise kommen würden. Und auch wenn es für Sie schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist, das alles zu tun: Sie sind die Helden dieser Zeit, denn Sie halten alles zusammen.

Die Dankbarkeit wird sich in der Zeit nach Corona vor allem durch ein weitaus verstärktes Heimatbewusstsein der Bevölkerung zeigen, wo wir uns wieder mehr um unsere Familien, unsere Nachbarn und unseren Ort kümmern werden.

Michael Zimmer,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag



/12

Wie Gemeinden mit der Krise umgehen

Die Corona-Krise definiert das Zusammenleben neu. Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen



/32

Pflege in Österreich

Zivildienstler und Soldaten helfen in der Krise



/36

Straßen und Starkregen

Wie wassersensible Ortsplanung auf Klimaextreme reagieren kann



/66

Man muss mit allen reden

Ingrid Salamon, Bürgermeisterin von Mattersburg

FOTOS: ©shintartanya - stock.adobe.com; godfather/stock.adobe.com; Ingenieurbüro Sieker/Stadtgemeinde Mattersburg/COVER; Linda Bestwick; stock.adobe.com

THEMA: CORONA

Wie es in den Schulen weitergeht 16

Vor allem in der Nachmittagsbetreuung sind viele Fragen offen

Covid-19 und die Infektionsgefahr 18

Bei Kontakt mit Gegenständen und Tieren besteht kaum Ansteckungsgefahr

POLITIK & RECHT

Neue Tauglichkeitskriterien sichern Unterstützung 22

Mehr Zivildienstler, mehr Soldaten

Gemeinsamer Kraftakt notwendig 24

Die Herausforderung Pflegereform

Kommunen und die „Community Nurses“ 28

Es braucht ein Konzept, um die Budgets der Gemeinden zu entlasten

Auf Gemeinden und ihre Erfahrungen zugehen 32

Ein Interview mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler noch vor der Corona-Krise

GESTALTEN & ARBEITEN

Vergabe unter Zeitdruck 42

Das Coronavirus ermöglicht kurzfristige (Not-) Vergaben

Ökologisch, regional, Bestbieter 52

Neuerungen im Bundesvergabegesetz

Mitgestalten definiert das Leben der Zukunft 58

Arbeit, Wohnen, Bildung, Handel und soziales Leben enger verbinden

LAND & LEUTE

Mehr Tempo, neue Herausforderungen 70

E-Bikes stellen die kommunale Radfahrplanung vor neue Aufgaben

Neue Wege für die „Allzeit Getreue“ 72

Wiener Neustadts steiniger Weg aus der Schuldenfalle

Aus den Bundesländern 76

Personalia 80

Zu guter Letzt: Der Buchstabe „Q“ 82

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Alpenländischer Kreditorenverband	46	Klimafonds Österreich	48
Containex Container-		Maschinenring Österreich GmbH	62
Handelsgesellschaft m.b.H	61	Österreichische Post AG	45
Familie & Beruf Management GmbH	75	Radarrent OEG	50
Fonatsch GmbH	57		

VERSCHOBEN

67. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE 2020

GEMEINDETAG FINDET AM 3. UND 4. SEPTEMBER STATT

Der 67. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2020 finden am 3. und 4. September in Innsbruck statt. Was in 72 Jahren undenkbar war, hat das Corona-Virus in ein paar Wochen geschafft: Eine Verschiebung von Gemeindetag und Kommunalmesse.



**UM DIE GESUNDHEIT
DER TEILNEHMER ZU
GARANTIEREN, WIRD DER
GEMEINDETAG UND DIE
KOMMUNALMESSE IN DEN
HERBST VERSCHOBEN.“**

Ernst Schöpf, Bürgermeister von Sölden und
Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes

Der Österreichische Gemeindebund arbeitet gemeinsam mit dem Tiroler Gemeindeverband bereits seit Monaten an der Umsetzung des 67. Österreichischen Gemeindetags in Innsbruck, ebenso lange der Kommunalverlag an der Vorbereitung der Kommunalmesse 2020. Aufgrund der aktuellen Ereignisse rund um das Coronavirus wurde nun beschlossen, Gemeindetag und Messe auf den 3. und 4. September 2020 in der Messe Innsbruck zu verschieben.

Programm und Ablauf sowohl von Gemeindetag als auch Messe werden im Wesentlichen gleich bleiben, bei den Programmen werden vermutlich Nachschärfungen passieren. So ist zu vermuten, dass die Corona-Krise und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden und die Wirtschaft breiten Raum einnehmen werden.

Und Corona hin oder her, die Aufgaben der Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge hören nicht auf. Und für die Erfüllung dieser Aufgaben brauchen die Gemeinden auch weiterhin die Angebote aus der Wirtschaft – gerade die Kommunalmesse wird also breiten Raum einnehmen.

Ein Blick zurück. Österreichische Gemeindetage finden seit 1948 jährlich statt. Seitdem gab es in lediglich fünf Jahren keinen Gemeindetag, eine Verschiebung wurde heuer erstmals notwendig – auch dies eine Auswirkung der Corona-Krise. 1962 fand kein Gemeindetag statt, weil in diesem Jahr der europäische Gemeindetag in Wien stattfand. 1964 besuchte eine große Delegation des



Auf den Websites des
Gemeindebundes
gemeindebund.gv.at



des Kommunalverlags
kommunal.at und



diekommunalmesse.at



finden Sie laufend
weitere Infos.

Österreichischen Gemeindebundes den europäischen Gemeindetag in Rom, auch 1969 fand kein Gemeindetag statt. 1974 hätte statt des Gemeindetags eigentlich wieder ein europäischer Gemeindetag stattfinden sollen, der allerdings kurzfristig abgesagt wurde. 1980 wurde unter dem Eindruck des verheerenden Erdbebens in Italien mit fast 3000 Toten der Gemeindetag nicht durchgeführt.

Ein Blick voraus. Da sich der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband und der Österreichische Kommunalverlag aber der Ernsthaftigkeit der Krisensituation bewusst sind, wird erst Ende Juni endgültig beurteilt, ob der 67. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse dieses Jahr stattfinden können oder nicht. Bitte schenken Sie uns auch weiterhin ihr Vertrauen und bleiben Sie dem Österreichischen Gemeindetag und der Kommunalmesse treu. 🇦🇹

Schau auf dich, bleib zu Hause!

Es gibt nur 4 Gründe, hinauszugehen:

- unaufschiebbare berufliche Tätigkeiten
- dringend notwendige Besorgungen wie Lebensmittel
- Hilfe für Mitmenschen oder die Allgemeinheit
- Bewegung im Freien alleine oder mit Mitbewohnern – mit einem Mindestabstand von 1m zu allen anderen

Schau
auf
dich, **schau**
auf
mich.

So schützen wir uns:

Indem wir zu Hause bleiben, schützen wir uns und andere vor einer Ansteckung. Die eigenen vier Wände sollten deshalb nur im akuten Notfall verlassen werden, damit wir eine weitere Ausbreitung verhindern. #schauaufdich

 Bundesregierung



KOMMENTAR

FINANZAUSGLEICH IN ZEITEN DER CORONA KRISE



Noch vor einigen Wochen war die Welt eine andere, nicht nur in Österreich. Fiskalregelungen der EU, angepeilte Überschüsse im Budget – die Budgetrede sollte dieser Tage stattfinden – und die Gespräche über einen neuen Finanzausgleich ab 2022 sollten im Herbst beginnen.

Natürlich war man bemüht, sich gut darauf vorzubereiten und schon in Stellung zu bringen. In Oberösterreich beklagten die Stadtchefs von Linz, Wels und Steyr die ungleiche Verteilung von Bedarfsmitteln. Die kleinsten Gemeinden würden die 15-fache Pro-Kopf-Förderung von mittleren und großen Städten erhalten. Die schon im letzten Finanzausgleich diskutierte regionale Versorgungsfunktion von Städten werde nicht berücksichtigt, wurde argumentiert. Zwar gaben die Bürgermeister ein Bekenntnis zu einem solidarischen Ausgleichssystem ab, aber wohl nicht zu ihren Lasten. Natürlich wurde auch nicht erwähnt, dass diese drei Städte allein mehr als ein Drittel der gesamten Kommunalsteuereinnahmen aller oberösterreichischen Gemeinden erhalten. An eine solidarische Aufteilung auf andere Gemeinden durfte man dabei gar nicht denken.

Auch Themen die im letzten Finanzausgleich schon intensiv diskutiert wurden und letztlich kein Ergebnis brachten, wurden wieder in die Diskussion geworfen – etwa Abgabenautonomie und Aufgabenorientierung, wie jüngst auch von LH Stelzer. Dass gerade die Aufgabenorientierung bald eine völlig andere Bedeutung erhalten wird, war da noch nicht absehbar.

Mit voller Wucht ist in den letzten Monaten die Corona-Krise über Europa und Österreich hereingebrochen. Ziele der Europäischen Union,

„Dass die Aufgabenorientierung bald eine völlig andere Bedeutung erhalten wird, war vor ein paar Wochen noch nicht absehbar.“

formuliert im Stabilitätspakt, der Schuldenabbau und das Nulldefizit sind – berechtigt – nicht mehr von Bedeutung. Die Gesundheitskrise soll nicht zu einer Wirtschaftskrise, ja zu einem Kollaps unseres Systems mutieren. Wirtschaftsforscher prognostizieren schon eine Rezession. Was das für die Steuereinnahmen bedeutet, liegt auf der Hand. Für die Gemeinden gab es zuletzt starke Zuwächse bei den Ertragsanteilen. Das wird sich in den kommenden Monaten in ein gewaltiges Minus verwandeln. Der Bund hat schon Milliardenpakete zur Unterstützung angekündigt: zuerst vier, dann 38 Milliarden Euro. Dass hier kein Stein mehr auf dem anderen bleiben wird, ist schon vorhersehbar. Ebenso, dass die Länder und Gemeinden ihre Beiträge leisten müssen. Der Terminus der Aufgabenorientierung bekommt hier eine ganz andere Dimension. Wir werden das spätestens beim nächsten Finanzausgleich merken.

Dass das viele noch nicht erkannt haben, merken wir leider anhand von etlichen Anfragen. Warum sind die Gemeinden nicht von der Kurzarbeitszeitregelung erfasst, fragen manche. Manche überlegen auch, Kündigungen für nicht benötigte Mitarbeiter auszusprechen. Das würde nur eine Verschiebung der Kosten von einer Gebietskörperschaft zur anderen bewirken. Und dass das nicht sinnvoll wäre, liegt auf der Hand. Wenn in Appellen an die Wirtschaft verlangt wird, keine Arbeitnehmer zu kündigen, sollten die Gemeinden mit gutem Beispiel vorangehen. Binnen zwei Tagen 49.000 neue Arbeitslose wurden beim AMS angemeldet. Diese Entwicklung sollte nicht auch noch von den Gemeinden befeuert werden. Und wir brauchen die Mitarbeiter hoffentlich in der nicht allzu fernen

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentare bitte an
leserbriefe@kommunal.at

LESER STIMMEN

„Das allgemeine Interesse hat vorzugehen“;
Kommentar von Hans Braun in KOMMUNAL 03/2020

Lieber Herr Chefredakteur

Wissen Sie, wer die Raumordnung machen muss? Der gesunde Hausverstand. Der ist üblicherweise dort am besten vertreten, wo die Bürger am nächsten sind!

Ehrlich gesagt geht mir das Gerede von „die Bürgermeister sind zu nahe an den Bürgern“ seit Jahren auf die Nerven! Welche Kompetenz haben diese Leute? Die das sagen, sind meist nicht gewählt oder sonst wie demokratisch legitimiert. Sie fahren diese Kampagnen mit öffentlichem oder halböffentlichem Geld. Und ist das Aufgabe beispielsweise der Hagelversicherung? Das Gerede vom „Schutz von landwirtschaftlichen Flächen“ ... die Landwirte sind meist die Ersten, die Widmungen beanspruchen oder Umwidmungen in Bauland verlangen.

Beim Land ist höchste Kompetenz vorhanden? So wie bei der immer wieder vom Land vorangetriebenen Waldviertelautobahn? Sollte man nicht im Waldviertel eher über strukturierte Entvölkerung auch aus Klimaschutzgründen nachdenken? Der Wildwuchs bei Windkraft vor der Zonierung ist auch vom Land zu verantworten.

Und natürlich wird es in zentralen Räumen mehr Flächenversiegelung geben. Dort lebt halt eine große Mehrheit der Bevölkerung.

Wenn in Österreich allein im Jänner/Februar dieses Jahres rund 2500 Menschen aufgenommen wurden, dann reden wir von der Durchschnittsgröße eines Dorfes – und das bei 2100 Kommunen in unserem Land. Soll es für diese Leute keinen Wohnraum geben? Schlafen die auf nicht versiegeltem Boden? Also die obersten Würdenträger des Landes, die der EU, wären da auch gefordert. Die Frage muss lauten: Verträgt die Erde tatsächlich zehn Milliarden Menschen? Und wird es dann weniger versiegelten Boden geben?

Raumordnung ist das tägliche Bohren harter Bretter ohne kurzfristige Erfolgsaussichten.

Herr Chefredakteur, die Kompetenz in der Raumordnung liegt am ehesten dort, wo sie mit dem Willen der Bürger übereinstimmt. Und Fehler werden auch dort weiter passieren, weil Menschen am Werk sind. Das ist bei Kommunen so. Bei den einen wird's besser funktionieren und bei den anderen schlechter.

Die Bürger haben aber die Möglichkeit, insbesondere bei höher werdender Transparenz, dies schnell zu ändern, wo es nicht passt.

Harald Hahn,
Bürgermeister der Marktgemeinde Zillingdorf, via E-Mail

Leserbriefe, Kommentare oder Zuschriften bitte an
leserbriefe@kommunal.at



DIE GEMEINDEN SIND JETZT SCHON VON DER KRISE BETROFFEN UND WERDEN DAS NATÜRLICH AUCH IN DER ZUKUNFT SEIN. DAS WIRD EIN GROSSES THEMA BEIM NÄCHSTEN FINANZAUSGLEICH SEIN.

Zukunft – ob im Gemeindeamt, in den Kindergärten oder sonstigen Einrichtungen.

Die Gemeinden sind jetzt gefordert, bei eingeschränktem Betrieb ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Kommunikation mit den Bürgern ist aufrechtzuerhalten – nicht im persönlichen Kontakt, aber mit dem Telefon oder elektronischen Medien. Die Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung oder Abfallentsorgung muss aufrecht bleiben. Besondere Herausforderungen haben Bürgermeister in Quarantänegemeinden oder wenn sie selbst in Quarantäne sind. Abgaben sind weiter einzulösen – unter besonderer Berücksichtigung der Betriebe, die jetzt ums Überleben kämpfen.

Wirtschaftsforscher prophezeien kein Wirtschaftswachstum mehr, sondern eine drohende Rezession. Ein BIP-Minus von 4,5 Prozent wird prognostiziert. Zwar glauben einige, dass das Minus in den folgenden Jahren aufgrund der Nachholeffekte zum Teil wieder aufgeholt werden kann. Weniger Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitslose bedeuten geringere Steuereinnahmen. Die Fragen, die sich daraus ergeben, werden dann beantwortet, wenn die Gesundheitskrise überwunden ist. Priorität hätten im Moment nicht budgetäre Ziele, sondern die Hilfe für die Wirtschaft, erklärt Finanzminister Blümel. Es gilt diese Zeit zu überwinden und zu hoffen, dass sich die Lage nach ein paar Monaten wieder normalisiert. Aber die Voraussetzungen für den neuen Finanzausgleich haben sich total geändert und ganz andere Fragen werden zu beantworten sein. ❁

HOFBRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

JETZT ANMELDEN!
KOMMUNAL FÜR ALLE GEMEINDERÄTE UND
GEMEINDERÄTINNEN IM SAMMEL-ABO

KOMMUNAL: DAS ABO FÜR ALLE

INFORMATION IST DAS UM UND AUF IN DER POLITIK

30.000 der rund 70.000 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Österreich erhalten KOMMUNAL monatlich gratis zugestellt. Es sind dies die geschäftsführenden Mitglieder der Kommunalverwaltungen des Landes. Für die anderen 40.000 hat KOMMUNAL nun ein Sonderangebot geschnürt.

Richtige Informationen sind immer die Basis für gute Entscheidungen. Genau aus diesem Wissen ist KOMMUNAL erwachsen und hat in den vergangenen 30 Jahren nach diesem Grundsatz berichtet. Und da uns unsere Erfahrung gelehrt hat, dass Gemeinden zahlreiche Problemstellungen teilen, ist der Hunger nach Informationen sehr groß. Das wussten auch unsere Gründerväter und schnürten ein

Paket, durch das den Entscheidungsträgern in den Gemeinden ein „Fachmagazin für Kommunalpolitik“ zur Seite gestellt werden sollte – eben KOMMUNAL. Und als offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes war diese Leistung von Anfang an gratis. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Amtsleiterinnen und Amtsleiter, geschäftsführende Gemeinderäte, verantwortliche Mitarbeiter in den Bauhöfen,

FOTO://GASDF - STOCK.ADOBE.COM

Gut geht's.

Seminarprogramm für Bürgermeister/innen und Amtsleiter/innen 2020
Für Ihr eigenes Wohl und das Ihrer Gemeinde/Stadt



Dachverband der
österreichischen
Sozialversicherung



Österreichischer
Gemeindebund



Fonds Gesundes
Österreich

CHEFSACHE

Gesundes Führen – so geht's!

Termin: 25. – 27. Mai
Veranstaltungsort:
Egg am See, Kärnten
Hotel Karnerhof

WEITER GEHT'S!

Klimaschutz und Umwelt als
Herausforderung der Zukunft

Termin: 23. – 25. September
Veranstaltungsort:
Ehrenhausen, Steiermark
Hotel Loisium

GEMEINSAM : GESUND

Gesundheitsförderung in der
Gemeinde entwickeln

Termin: 5. – 7. November
Veranstaltungsort:
Neuhofen/Ybbs, Niederösterreich
Hotel Kothmühle

ANERKENNUNG? WIRKT!

Wertschätzung und Respekt –
Basis für ein gutes Miteinander
in der Gemeinde

Termin: 19. – 21. November
Veranstaltungsort:
Bad Waltersdorf, Steiermark
Hotel Styria

Detailinfos: www.fgoe.org/Buergermeister_innen-Seminare

Kontakt: petra.gajar@goeg.at

Einer der Vorteile: Sie erhalten das Fachmagazin an Ihre Privatadresse und können sich so abseits des papierüberfluteten Büros über die neuesten kommunalen Entwicklungen informieren.

den Wasserwerken und den Verwaltungen der heimischen Kommunen erhalten seit mehr als drei Jahrzehnten KOMMUNAL kostenlos. Dies wird auch weiterhin so bleiben.

Aber neben all diesen Gruppen gibt es auch die große Gruppe der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die KOMMUNAL nicht gratis erhalten können, einfach weil die Kosten dann nicht mehr zu bewältigen wären. Im vierten Jahrzehnt unseres Bestehens haben wir deshalb nun ein Paket geschnürt, um alle Gemeinderäte auf ein und denselben lösungsorientierten Wissensstand zu bringen.

Bestellen Sie jetzt als Gemeinde für alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen oder für Ihre Fraktion im Gemeinderat ein Sammel-Abo von KOMMUNAL – so kann jede/r monatlich eine Ausgabe nach Hause bekommen.

Weitere Infos unter abo@kommunal.at oder +43 1 532 23 88-543.

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Machen Sie mit!

Machen Sie mit - werden Sie Europa-Gemeinderätin bzw. Europa-Gemeinderat und seien Sie Teil dieser Erfolgsgeschichte!

10 Jahre „Europa fängt in der Gemeinde an“
Ein Vorzeigemodell konkreter BürgerInnenbeteiligung. Einzigartig in Europa.

Mehr Informationen, Teilnahmevoraussetzungen und Anmeldeformular unter www.bmeia.gv.at/europagemeinderaeete

Viele Entscheidungen der EU reichen weit in die österreichischen Gemeinden hinein. Und oft sind es die Gemeinden, die den Anstoß zu weitreichenden europapolitischen Entwicklungen geben. Europa fängt in der Gemeinde an, und die über **1.100 Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte** spielen dabei eine zentrale Rolle.

Gut vernetzt, mit europapolitischem Know-How ausgestattet und top informiert – Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte sind wichtige Informationsdrehscheiben für Europa-Themen in ihrer Gemeinde und oft die ersten Ansprechpersonen, wenn es um die EU geht. Unterstützt werden sie durch ein **umfangreiches und vielfältiges Serviceangebot**.

KOMMUNAL THEMA

ÖSTERREICH IM GRIFF VON COVID-19

Gemeinden sind massiv
gefordert, viele Fragen
sind zu klären



Vorsicht – Warnung – aber keine Panik!“

Mit diesen Worten leitete der Vöslauer
Bürgermeister Christoph Prinz auf der
Homepage der Stadtgemeinde die
Audio-Nachricht an seine
Mitbürgerinnen und Mitbürger ein.

GROSSER ZUSAMMENHALT IN GEMEINDEN

Das Coronavirus hat massivste Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Ausgangsbeschränkungen, Polizeikontrollen, medizinische Entscheidungen an der Schmerzgrenze – alles das gibt es seit 16. März. Dieses Datum, der 16. März 2020, wird ins kollektive Gedächtnis der Menschen in Österreich eingehen. Vor allem die Leistungen der Zivilgesellschaft und auch der Wirtschaft, um das Zusammenleben weiter zu erhalten, sind bemerkenswert. Lebensmittelgeschäfte bleiben geöffnet, Apotheken und Krankenhäuser tun weiter Dienst, die öffentliche Sicherheit ist gewährleistet, die Solidarität der Menschen untereinander ist ungebrochen. KOMMUNAL bringt Erfahrungsberichte aus den Gemeinden.

TEXT // HANS BRAUN

Die Ausbreitung des Coronavirus fordert die Gemeinden weiter intensiv. Zu Redaktionsschluss waren ganz Tirol und Teile von Vorarlberg, Salzburg und Kärnten unter Quarantäne gestellt – und weitere Hotspots in Ober- und Niederösterreichs haben sich aufgetan. In ganz Österreich dürfen die Menschen ihre Wohnungen seit 16. März nicht ohne triftigen Grund verlassen – und diese Maßnahme wird mindestens bis zum Ostermontag weiter gelten. Vor allem die Gemeinden, ob nun direkt betroffen oder nicht, sind massiv gefordert.

In den Gemeindeämtern soll weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger zumindest ein Journaldienst vor Ort sein, aber der direkte Parteienverkehr muss auf ein Minimum reduziert werden. Bürger sind angehalten, dringende Behördenwege elektronisch oder telefonisch zu erledigen.

Alle Gemeindebediensteten, nicht nur in der Verwaltung, sondern generell, wenn sie zum unverzichtbaren Schlüsselpersonal zählen, sind angehalten, ihre Dienstleistung – sofern dies möglich ist – zu Hause zu erbringen oder weitestgehend über Telefon oder per E-Mail zu kommunizieren und persönliche Kontakte zu vermeiden.

Diese Dienstleistung umfasst daher sowohl Telearbeit mit entsprechenden technischen Hilfsmitteln als auch andere Tätigkeiten, die geeignet sind, unabhängig vom Einsatz spezieller technischer Hilfsmittel zum Zweck der dienstlichen Aufgabenerfüllung zu Hause erledigt zu werden (zum Beispiel durch telefonische Erreichbarkeit oder über E-Mail-Korrespondenz, Vorbereitung und Sichtung von Unterlagen etc.).

Und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Müllabfuhr, der Wasserver- und Abwasserentsorgung, den Straßenarbeitern und den vielen, die sich um die Schwachen unserer Gesellschaft kümmern: Ihnen kann nicht genug gedankt werden.

Alle Kanäle der Gemeinde nutzen, Fake News meiden. Neben der umfangreichen Information über den ORF und die Tageszeitungen sollten alle Kanäle (auch die Websites kommunal.at und gemeindebund.at stellen Infos bereit, offizielle Informationen gibt es auch laufend auf den Webseiten des Innen- und Sozialministeriums) genutzt werden, um die direkten Informationen von Bund und Ländern in verständlicher Form an die Bürgerinnen und Bürger zu übermitteln.

Besonders zu Beginn der Krise hat Innen-



FOTOS/©vrx123 - stock.adobe.com

minister Karl Nehammer ausdrücklich auf die Gefahr der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten hingewiesen. Gerade Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten in ihrem Umfeld dafür sorgen, dass Falschmeldungen nicht verbreitet werden. Auf den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Informationskanälen sollte stets auf die offiziellen Mitteilungen der Behörden und Ministerien verwiesen sowie darauf hingewiesen werden, nur diesen Informationen Glauben zu schenken, da vor allem auf den vielen Social-Media-Kanälen immer wieder Verschwörungstheorien kursieren.

Zu Hause zu bleiben ist ein Eckpunkt im Kampf gegen das Virus. Um Corona einzudämmen, darf man sich möglichst wenig im öffentlichen Raum bewegen. Das Haus darf nur mehr verlassen werden für Arbeit, die für die Aufrechterhaltung der Versorgung und des öffentlichen Lebens notwendig ist. Und für Arbeiten, die nicht aufzuschieben oder von zu Hause aus nicht möglich sind. Lebensmittelbesorgungen für andere Menschen oder anderen zu helfen – all das ist mittlerweile für die Menschen im Land Routine genauso wie der Kampf gegen den „Lagerkoller“.

Und auch hier sind Gemeinden ganz besonders gefordert. Damit die Gesellschaft weiter funktioniert, müssen nicht nur die Arbeiten weitergehen, es braucht auch eine transparente Kommunikation mit den Bürgern. In den meisten Gemeinden funktioniert das perfekt, als Beispiel seien hier Bad Vöslau in Niederösterreich und Filzmoos in Salzburg genannt.

Transparenz bremst Panik. Mit Transparenz und zuverlässigen Informationen steuert Bad Vöslau in der Corona-Krise Falschnachrichten entgegen. Täglich werden alle Bürger mit der „Rat-

» Dieser Service wird überaus positiv aufgenommen und dankbar kommentiert.“

Andreas Klingelmayer, Leiter der Allgemeinen Verwaltung von Bad Vöslau, über die Reaktion der Menschen auf die Informationen der Gemeinde



» Wer empfindlich nahe an eine infizierte Person geraten ist, **bekommt einen roten Farbcode.**«

Ein Service des chinesischen Alibaba-Konzerns versucht Personen ausfindig zu machen, die infektiös sein können.

haus-Post“ informiert, die Gruppe „Bad Vöslau hilft“ organisiert Einkaufshilfen.

„Vorsicht – Warnung – aber keine Panik!“ Mit diesen Worten leitete der Vöslauer Bürgermeister Christoph Prinz auf der Homepage der Stadtgemeinde die Audio-Nachricht an seine Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Seit 17. März informiert er über die Homepage Bad Vöslau über die Corona-Hotline-Nummern, ruft zu „Social Distancing“ (Abstand halten) auf und appelliert: „Bitte bleiben Sie zu Hause.“

Auch sendet Bad Vöslau seither täglich eine „Rathaus-Post“ aus. Sie wird über soziale Medien und die Gemeinde-Website verteilt. Darin werden zuverlässige Informationen über die Situation in Bad Vöslau geboten, etwa welche Firmen Lieferdienste anbieten, was hinter der Absage des Wochenmarktes steht und warum der Postpartner geschlossen bleibt.

„Wir wissen, dass Gerüchte kursieren werden, wenn wir keine verlässlichen Informationen rausgeben. Daher kommunizieren wir alles rund um das Thema Corona gleich offen und zuverlässig“, sagt der Leiter der Allgemeinen Verwaltung der Stadtgemeinde, Andreas Klingelmayer. „Dieser Service wird überaus positiv aufgenommen und dankbar kommentiert.“

Bad Vöslau ist auch deswegen ein gutes Beispiel, weil das Virus auch einen Gemeinderat betroffen hat, der positiv darauf getestet wurde. „Der Mandatar hat von sich aus ersucht, dass man offen darüber informiert. Wir haben auch ganz klar kommuniziert, dass sechs weitere Mandatäre in Quarantäne, aber nicht krank sind“, berichtet Klingelmayer.

Auch im salzburgischen Filzmoos wurde ähnlich reagiert, wurde ein Einsatzstab aus Polizei, Freiwilliger Feuerwehr, Hausarzt und Bürgermeister gebildet. An die Bevölkerung wurde per amtlicher Mitteilung Basisinformation versen-

det. Täglich um 17:00 Uhr kommuniziert der Einsatzstab über Videotelefonie und erstellt gemeinsam das tägliche Update „Corona-aktuell“, das online und offline verteilt wird. Und „alleinstehende und/oder hilfsbedürftige Mitbürgerinnen und Mitbürger werden in kurzen regelmäßigen Abständen angerufen“, wie Bürgermeister Christian Mooslechner berichtet.

Gratwanderung Überwachung. Schwer beschäfftigt wird die Gemeinden vermutlich noch das Thema „Überwachung der Maßnahmen“. Richtig ist, dass es ohne nicht geht, dass es vor allem an Tagen, wo das Wetter schön ist, die Menschen auf der Flucht vor dem Lagerkoller nach draußen ziehen wird. Sie werden im Wald spazieren, auf den Wiesen sitzen und im Freien mit den Kindern spielen. Als Ausgleich zum wochenlangem Zu-Hause-aufeinander-Sitzen wird das nicht zu verhindern sein – oder besser, nur mit Überwachung und drastischen Strafen.

Als Beispiel kann China dienen. Wer empfindlich nahe an eine infizierte Person geraten ist, bekommt einen roten Farbcode. Beim Besuch einer Zone, in der sich ein mit Covid-19-Infizierter kürzlich aufgehalten hat, wird man als gelb eingestuft, ansonsten ist man grün eingefärbt und darf frei reisen: Ungefähr so funktioniert ein Service des chinesischen IT-Konzerns Alibaba Group, mit dem die chinesische Regierung das Coronavirus eindämmen möchte, wie „Der Standard“-Journalistin Muzayen Al-Youssef berichtet.*

Ein wenig anders ist, so Al-Youssef in ihrem Beitrag, „die Situation in Südkorea, einem Land, das aufgrund seines Umgangs mit der Krise immer wieder gelobt wird – dort wird flächendeckend getestet. Gemeinsam mit Smartphone-Tracking wird so eruiert, wie sich die Krankheit ausbreitet. Dabei werden Daten wie Kreditkartentransaktionen von Infizierten und Aufnahmen von Überwachungskameras eingesetzt, die mit den behördlichen Informationen über nachweislich Infizierte kombiniert werden. Nutzer können dann sehen, wo sich Personen mit dem Virus aufgehalten haben.“

Mag sein, dass derartige Überwachungsmethoden zum Wohl des großen Ganzen notwendig sind. Aber wir als Gesellschaft müssen uns sehr gut überlegen, wie lange wir solche Big-Brother-Szenarien wollen. Nach der Krise sollte damit eigentlich wieder Schluss sein. Genauso wie mit „Blockwarten“, die Nachbarn bespitzeln und anzeigen.

* „Der Standard“ vom 19. März, „Wie leicht und schnell Massenüberwachung in Zeiten der Corona-Krise möglich ist“, www.derstandard.at/story/2000115927281/das-coronavirus-zeigt-wie-leicht-und-schnell-masseneueberwachung-moeglich-ist?ref=rec

SCHUL- UND NACHMITTAGSBETREUUNG

WIE GEHT ES MIT DER BETREUUNG WEITER?

Zum Thema Schulen, Unterricht und Betreuung von Schulkindern während der corona-bedingten Schließungen gibt es in den Gemeinden viele Fragen. KOMMUNAL fasst die Antworten mit Stand 20. März zusammen.

TEXT // HELMUT REINDL

Wer darf sein Kind weiterhin in die Schule schicken? Und wie lange dauern die Betreuungszeiten? Diese Fragen sind im Moment nicht nur für viele Eltern sehr wichtig, sondern auch für die Gemeinden. Bei KOMMUNAL sind diesbezüglich Fragen eingetrudelt wie: „Bei uns in der Gemeinde häufen sich die Fragen nach der Nachmittagsbetreuung für Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren. Die Schulen bieten die Betreuung nur in der Zeit des üblichen Stundenplanes an. Danach wird die Betreuung in der Schule beendet. Daher die Frage: Wer ist für die Betreuung der Kinder danach verantwortlich?“

Wir haben diese und andere Fragen zum Thema zur Beantwortung an kompetentere Stellen weitergeleitet, aber bis Redaktionsschluss keine Antworten erhalten. Auf den Seiten des Bildungsministeriums gibt es aber eine sehr ausführliche „Frage- und Antwort“-Unterseite, die viele Informationen bereithält.

Aber zurück zur Eingangsfrage: Wer darf sein Kind weiterhin in die Schule schicken?

Aufgrund der vom Nationalrat beschlossenen Maßnahmen stehen seit dem 16.3. auch die Volksschulen, die AHS-Unterstufe, die Neuen Mittelschulen sowie die Sonderschulen nur mehr für jene Schülerinnen und Schüler offen, deren Eltern außer Haus erwerbstätig sein müssen und deren Kinder nicht betreut sind. Ein eingeschränkter Betrieb zur Betreuung jener Schülerinnen und Schüler, deren Eltern am Arbeitsplatz unabkömmlich sind, ist auf jeden Fall aufrechtzuerhalten.

Eine Betreuung durch Großeltern oder andere Personen, die aufgrund einer Vorerkrankung gefährdet sind, sollte keinesfalls gefördert werden.



LINKS ZUM THEMA

[www.bmbwf.gv.at/
Themen/schule/
beratung/corona/
corona_fua.html](http://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/corona_fua.html)

Nicht nur Zigtausende Eltern arbeiten im Moment im „Homeoffice“, auch Zehntausende Schülerinnen und Schüler werden derzeit via Internet zu Hause unterrichtet.

Muss der Schulleiter vor Ort sein?

„Bei einer gänzlichen Schließung muss der Schulleiter nicht mehr vor Ort sein, niemand darf mehr persönlich an der Schule sein. Eine Erreichbarkeit via E-Mail oder Telefon ist in diesem Fall sicherzustellen. Bei einer teilweisen Schließung muss die Schulleitung bzw. ein autonom eingerichteter Journaldienst vor Ort sein, abhängig davon, welche Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus bei bestimmten Personengruppen getroffen wurden (bspw. Schulleitung ist in Quarantäne).“

Wer aus dem Schulteam muss anwesend sein, wenn Kinder zu betreuen sind?

„Die Schulleitung entscheidet, welche weiteren Personen (Lehrer/innen und Verwaltungspersonal) am Schulstandort anwesend sein sollten. Die Anwesenheitszeiten der Schulleitung bzw. des autonom definierten Journaldienstes richten sich nach dem Stundenplan der Schule. Das heißt, der jeweilige Stundenplan am Standort gibt die Dauer der Anwesenheit des Journaldienstes vor.“

ABER: Hier setzen auch die Fragen vieler Gemeinden an: Wer ist danach für die Betreuung der Kinder zuständig? Diese Antwort steht aus.



Welche Lehrpersonen sind in der Überbrückungsphase einzusetzen?

„Grundsätzlich sind Lehrpersonen gemäß ihrer Diensteinteilung einzusetzen. Auf folgende Personengruppen sollten besonders Rücksicht genommen werden:

Personen ab 60 Jahren bzw. mit Vorerkrankung sowie Lehrpersonen mit besonderen Pflege- und Betreuungspflichten. Sofern eine größere Zahl an Personen mit Betreuungspflichten am Schulstandort beschäftigt ist, muss – gegebenenfalls in Absprache mit der Bildungsdirektion – abgewogen werden, welche und wie viele Lehrpersonen zur Betreuung ihrer Kinder zu Hause bleiben können und welche zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs jedenfalls erforderlich sind. Hier gilt dieselbe Regelung wie beispielsweise für Krankenpflegepersonal, wo die Vorgesetzten auch abwägen müssen, ob die betreffende Person zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben kann oder eine Anwesenheit erforderlich ist.“

Wie verhält es sich, wenn ein Schüler oder eine Schülerin aktuell negativ beurteilt würde und derzeit keine Möglichkeit besteht, die Note zu verbessern?

„Der Leistungsstand kann mit Hilfe von Mitarbeit verbessert werden. Zur Mitarbeit zählt u. a. die Erledigung der von den Lehrpersonen erteilten Arbeitsaufträge mittels Distance-Learning.“

Gelten die schulautonomen Tage oder ist auch an diesen Betreuung anzubieten?

„Schulautonome Tage bleiben unverändert aufrecht.“

Werden seitens des Bundes während der Überbrückungsphase weiterhin Zweckzuschüsse an die Schulerhalter für Personal im Freizeitteil ganztägiger Schulformen zur Verfügung gestellt?

„Da die Freizeitpädagogen ihre Dienstpflichten weiter wahrnehmen, liegen vorerst weiterhin die Voraussetzungen zur Gewährung von Zweckzuschüssen zum Personalaufwand an die Schulerhalter vor. Die Abwicklung erfolgt wie bisher durch die im jeweiligen Land zuständige Behörde.“

Alle diese und weitergehende Infos, Fragen und Antworten finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung

 www.bmbwf.gv.at/Ministerium/Informationspflicht/corona.html

GLOSSE

HANS BRAUN ÜBER DEN BREITBANDAUSBAU AM LAND NACH DER KRISE



Aus dieser Erfahrung **müssen** Lehren gezogen werden!

„Der Internetzugang von Lehrern zu Hause ist zu schwach. Gibt es eine Möglichkeit zur Unterstützung durch das Unterrichtsministerium?“ Antwort des BMBWF: „Die Erweiterung der Bandbreiten der Internetzugänge von Haushalten fällt in die Zuständigkeit der jeweiligen Internetprovider und liegt außerhalb des Einflussbereichs des Ministeriums.“

Diese kurze Frage und eine wenig hilfreiche Antwort zeigen ein Dilemma unseres Staates auf, das in diesen Tagen überall massiv aufpoppt: die Benachteiligung der Menschen im ländlichen Raum durch mangelhafte Breitband-Anbindung! Wir erleben das aus erster Hand: Die Mitarbeiter unseres Verlags sind zum Teil über ganz Österreich verstreut und im Homeoffice und wir merken an der digitalen Kommunikation, vor allem bei Videokonferenzen und -besprechungen, wie schlecht es mancherorts um die Bandbreite der Internetanbindung bestellt ist.

Die Zigtausenden Eltern und Kinder, die derzeit in ihren Wohnungen „kaserniert“ sind, können davon auch ein Lied singen. In Ballungszentren funktioniert die Anbindung nicht, weil auf einmal viel zu viele im Netz sind. Aber auf dem Land funktioniert's nicht, weil die Anbindungen oft genug viel zu schwach sind. Und die billige

Ausrede, dass es „sich dort nicht lohnt, weil die Leute eh nur Filme streamen oder online Spiele spielen wollen“, zieht nicht mehr.

Es wird eine Zeit nach dieser Krise geben. Unser Leben wird weitergehen und der Staat wird – wenn auch vermutlich ziemlich verschuldet – weiter funktionieren. Viele Experten, Wissenschaftler, Zukunftsforscher und so weiter prognostizieren, dass die Gesellschaft nach der Krise eine andere sein wird.

Aber hier liegt auch eine Chance: Der Staat wird Vorkehrungen treffen, dass uns so eine Krise nicht wieder „fast blank“ trifft. Und dazu muss gehören, dass als eine der ersten Maßnahmen nach der Krise der Breitbandausbau massiv vorangetrieben wird! Unsere Wirtschaft, unser Leben können davon abhängen, dass wir uns online vernetzen können.

Daher die Bitte an die Verantwortlichen in der Bundesregierung, an die Verantwortlichen in den Landesregierungen: Überlassen Sie den Breitbandausbau nicht der Wirtschaft! Der Staat muss sich darum kümmern, dass Breitband rasch flächendeckend und für alle verfügbar ist!

[@hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)

MAG. HANS BRAUN IST
CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL

ANSTECKUNGSGEFAHR

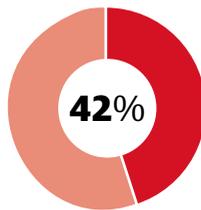
WIE INFEKTIÖS IST DAS CORONAVIRUS?

Wie groß ist die Ansteckungsgefahr mit SARS-CoV-2, und auf welchen Wegen kann man sich infizieren? Virologen klären auf.

Abstand halten & Hände waschen! Das sind die beiden wichtigsten Regeln, die wir verinnerlicht haben und die der allergrößte Teil von uns auch sehr sorgsam befolgt. Es gibt aber noch weitere Regeln, und bei einer davon hapert es mit der Selbstdisziplin ganz besonders – nämlich bei der, sich nicht ins Gesicht zu greifen.

Freilich missachten wir diese Regel nicht bewusst, sondern sind Opfer unserer Automatismen. Dennoch und gerade deshalb ist es umso wichtiger, sich ihre Sinnhaftigkeit vor Augen zu führen, denn neben der Tröpfcheninfektion ist auch eine Schmierinfektion möglich, und die läuft zumeist so ab, dass das Virus von den Händen über eine Eintrittspforte am Kopf (hauptsächlich über den Mund, aber auch über Nase oder Augen) den Weg in den Körper findet.

Wie lange das Virus auf Oberflächen bleibt, variiert. „Wenn man in die Hand hustet oder niest und dann eine Türklinke oder sein Telefon anfasst und weiterreicht, kann das Virus so übertragen werden“, meint der Sprecher der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Christian Lindmeier. Der Leiter der Abteilung für Infektions- und Tropenmedizin des Kaiser-Franz-Josef-Spitals in Wien, Christoph Wenisch präzisiert das: Es gehe um die Tenazität, also die Widerstandsfähigkeit eines Mikroorganismus (z. B. eines Virus) gegenüber äußeren Einflüssen. Diese sei abhängig von Material, Temperatur und (Luft-)Feuchtigkeit. Verschiedene Studien kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, was die Dauer betrifft, die das Virus auf Oberflächen aktiv ist. Eine Untersuchung zweier



der Infizierten zeigen keinerlei Symptome.

Sie machen eine „stille Feiung“ durch. Ohne zu erkranken, entwickelt ihr Körper einen Schutz durch Antikörper. Bis es so weit ist, verbreiten sie das Virus dennoch weiter. Laut Virologen sind sie wahrscheinlich sieben bis neun Tage infektiös, womöglich aber auch länger.

deutscher Universitäten hat im Februar ergeben, dass das neuartige Coronavirus auf Oberflächen aus Metall, Glas oder Kunststoff bis zu neun Tage überleben könne. Eine aktuelle Studie aus den USA hingegen kommt zu dem Schluss, dass das Coronavirus Sars-CoV-2 auf Kunststoff und Edelstahl bis zu 72 Stunden überlebt – also nur bis zu drei Tage. Einig sind sich die bisherigen Forschungsergebnisse jedenfalls darin, dass Plastik- und Metalloberflächen das Virus am längsten überleben lassen. „Wenn sie sich also, nachdem sie eine Türschnalle angegriffen haben, in den Mund fahren, können sie sich infizieren“, warnt Wenisch und empfiehlt dringend, den Mund und das Gesicht in Ruhe zu lassen. Übrigens fühlt sich das Coronavirus auch auf Handydisplays sehr wohl. Achten Sie daher besonders darauf, ob Sie das Smartphone auch benutzen, wenn ihre Hände möglicherweise kontaminiert sind und die Viren durch diese Ausweichroute selbst das gründlichste Händewaschen überleben.

Wie leicht man sich den Covid-19-Erreger einfängt, ist umstritten. Anfangs war medial zu vernehmen, er wäre rund 30 Prozent effektiver in der Übertragung als Grippe. Die Virologen Alexander Kekulé und Martin Hoch vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hingegen sagen, das Coronavirus sei nicht so infektiös wie Influenza





Auf Metall- und Kunststoffoberflächen hält sich das Coronavirus am längsten. Neben Türklinken, Druckknöpfen und Ähnlichem sollte man aber auch das Handydisplay als möglichen Überträger bedenken und regelmäßig reinigen.

FOTO: @TDA555 - STOCK.ADOBE.COM

oder Masern. Das Perfide an Corona ist jedenfalls die Inkubationszeit, während der die Infizierten, ohne es zu ahnen, das Virus weiterverbreiten. Bei der Grippe dauert diese nur ein bis zwei Tage, während sie bei Covid-19 zwischen zwei und 14 Tagen liegen kann, zumeist aber circa fünf bis acht Tage dauert. Hinzu kommt, dass vier von zehn Infizierten überhaupt keine Symptome zeigen. Sie erkranken also nicht, dennoch verbreiten auch sie die Viren so lange, bis sie Antikörper dagegen entwickelt haben – etwa sieben bis zehn Tage lang.

Eine Übertragung des Virus durch die Luft ist laut Wenisch relativ unwahrscheinlich. „Zwei bis drei Stunden hält sich das Virus maximal in der Luft. Wenn jemand auf der Straße vor Ihnen hustet und Sie laufen genau in dessen Husten hinein, ist eine Infektion möglich, ansonsten aber verbläst es der Wind.“ Einen Mundschutz zu tragen, sei für Infizierte insofern sinnvoll, da dieser die Viren am weiten Ausschleudern hindert, für Gesunde allerdings ergebe es keinen Sinn, einen zu tragen.

Der häufigste Weg einer Infektion bleibt die Weitergabe über Tröpfchen. Deshalb empfiehlt Wenisch, virtuell statt real zu Netzwerken und natürlich Abstand zu halten, denn „mehr als zwei Meter hat niemand eine feuchte Aussprache“.

Von Haus- und Nutztieren geht keine Gefahr aus

Derzeit gibt es keine Hinweise, dass Haustiere oder auch Nutztiere mit dem Coronavirus infiziert werden können.

Es gab zwar einen Bericht über einen Hund in Hongkong, der – nach dem Kontakt mit einer infizierten Person – selbst positiv auf das Coronavirus getestet wurde. Es „ist anzunehmen, dass er mit den Viren durch Schnüffeln in Kontakt gekommen ist“, sagte dazu laut ORF.at der Virologe Norbert Nowotny von der Vetmed. Er geht davon aus, dass der hochempfindliche Test auf Viren in der Schnauze des Hundes angeschlagen hätte. „Inzwischen wurde bei diesem Hund auch ein Antikörpertest gemacht, der negativ ausfiel.“

Die Vetmed empfiehlt jedoch, dass Hunde häufiger gewaschen oder gebadet werden, besonders, wenn sie sich beim Gassi-Gehen am Boden gewälzt haben. Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) rät Tierhaltern, die mit dem Coronavirus infiziert sind, als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme, den Kontakt mit ihren Haustieren so gering wie möglich zu halten.

Eine Übertragung des Virus über eine Leine sei genauso unwahrscheinlich wie dass Hunde das Virus beim Spaziergang aufnehmen und nach Hause bringen. Nowotny empfiehlt häufiges Händewaschen nach dem Kontakt mit Haustieren. „Die Maßnahme gilt nicht nur aktuell, sondern generell – so kann auch vermieden werden, dass E.

Coli-Bakterien oder Salmonellen zwischen Mensch und Tier übertragen werden.“

Es gebe derzeit, so in dem ORF-Bericht weiter, keinerlei Anhaltspunkte, dass landwirtschaftliche Nutztiere von SARS-CoV-2 betroffen sein können. Ausschließen kann man das jedoch freilich nicht, da es „in der Welt der Biologie kein 100 Prozent gibt“. Derzeit gibt es aber keine Hinweise darauf. Dennoch müsse man, wie im Humanbereich auch, besonders darauf achten, dass die tierärztliche Versorgung nicht in Gefahr kommt. Auch landwirtschaftliche Betriebe müssten sich nun bewusst werden, dass sie ebenfalls zur kritischen Versorgungsstruktur einschließlich der tierärztlichen Betreuung gehören.

„Alle gemeinsam müssen wir nun dafür Sorge tragen, dass die Versorgungssicherheit mit tierischen Lebensmitteln in dieser prekären Situation nicht leichtfertig gefährdet wird. Denn müssen Tierärzte in Quarantäne, ist die tierärztliche Versorgung in bestimmten Regionen in Gefahr“, erklärt Kurt Frühwirth, Präsident der Österreichischen Tierärztekammer, und betont weiter: „Die Akutversorgung steht im Vordergrund, planbare und nicht dringliche Maßnahmen müssen warten.“

STAND: 21. März

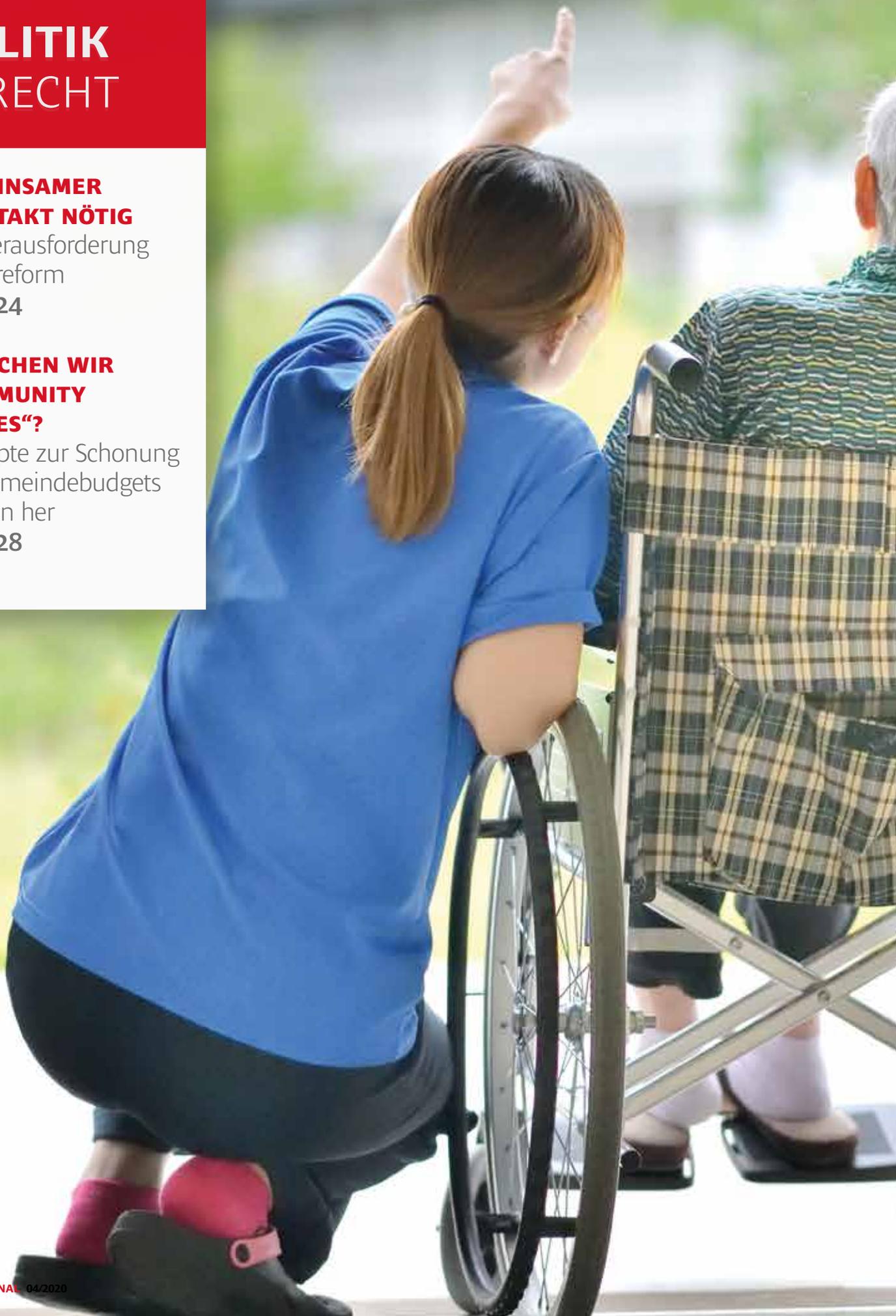
QUELLEN: Uni für Veterinärmedizin (www.vetmed.uni.ac.at); Kammer der Tierärzte (www.tieraerztekammer.at/oeffentlicher-bereich/coronavirus-oetk-info-service/); ORF (www.orf.at/corona)

GEMEINSAMER KRAFTAKT NÖTIG

Die Herausforderung
Pflegerreform
Seite 24

BRAUCHEN WIR „COMMUNITY NURSES“?

Konzepte zur Schonung
der Gemeindebudgets
müssen her
Seite 28





PFLEGE IN ÖSTERREICH

ZIVILDIENER, SOLDATEN, KOSTEN & AUSBLICKE

Das Fortschreiten der Corona-Epidemie in Österreich hat viele geplante Reformen und Vorhaben der Regierung zumindest verzögert. Eines der ganz dringenden und auch in der Krise nicht zu vernachlässigenden Handlungsfelder ist die Pflege. Viele Pflegekräfte kommen aus Nachbarländern, deren Grenzen mittlerweile dicht sind. Daher schwebt vor allem über der Sicherstellung der Pflege derzeit ein Fragezeichen. Ein KOMMUNAL-Schwerpunkt.

NEUE TAUGLICHKEITSKRITERIEN

MEHR ZIVILDIENER, MEHR SOLDATEN

Mit Fortschreiten der Corona-Epidemie in Österreich griff die Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in den letzten Wochen auch verstärkt auf Soldaten und Zivildienner zurück.

TEXT // ANDREAS STEINER

Nach nur drei Tagen hatten sich bereits mehr als 3000 ehemalige Zivildienner freiwillig gemeldet und ihre Unterstützung angeboten. Die Bundesregierung will aber auch in Hinkunft für mehr Soldaten und Zivildienner sorgen und überarbeitet die Tauglichkeitskriterien.

Beim Zivildienstgipfel am 10. März im Bundeskanzleramt trafen sich Regierungsvertreter mit Sozialpartnern, Gemeinde- und Städtebund und den Organisationen, die Zivildienner einsetzen, zum gemeinsamen Austausch über die zukünftigen Herausforderungen. Zu diesem Zeitpunkt waren die harten Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung des Coronavirus im Detail noch nicht bekannt, dennoch wussten alle, dass das Coronavirus alle Bereiche des Staates noch intensiv beschäftigen würde. Im Zuge des Zivildienstgipfels haben Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger Reformen bei den Tauglichkeitskriterien angekündigt. Man erwartet sich damit ab 1. Jänner 2021 zwischen 2000 und 3000 zusätzliche Grundwehrdiener und 500 zusätzliche Zivildienner.

Aber auch schon mit Fortschreiten der Corona-Krise zeigte sich, dass Zivildienner und Soldaten dringend gebraucht werden. Nur fünf Tage nach dem Gipfel kündigten die beiden Ministerinnen an, aktuelle Grundwehr- und Zivildienner zu verlängern, Milizsoldaten einzuberufen und ehemalige Zivildienner um Unterstützung zu bitten. Die Einsatzfelder der Soldaten im Zuge der Pandemie seien um ein Vielfaches größer geworden. Sie helfen bei der Gesundheitshotline,

den Grenzkontrollen oder in den Supermärkten aus. Mit der Aussetzung der Ausmusterung können somit 5000 Wehrpflichtige zu einem längeren Dienst verpflichtet werden.

Ähnlich war es auch beim Bedarf an den Zivildiennern. Speziell im Bereich der systemkritischen Infrastruktur steigen die Belastungen, das betrifft das Rettungswesen, Krankenanstalten, Sozial- und Behinderteneinrichtungen, aber vor allem auch das Pflegesystem, Krankenbetreuung und natürlich auch die gesamte Gesundheitsvorsorge. Um rechtzeitig Personalreserven zu mobilisieren, hat die Regierung den „außerordentliche Zivildienst“ nach dem Zivildienstgesetz aktiviert. Der Dienst der aktuellen Zivildienner wurde um drei Monate verlängert und ehemalige Zivildienner wurden eingeladen, sich freiwillig zu melden. Der Appell der Regierung an Freiwilligkeit und Solidarität bewegte innerhalb von drei Tagen 3000 ehemalige Zivildienner dazu, sich bei den Organisationen freiwillig zu melden.

Es zeigt sich auch in dieser schwierigen Situation die große Welle an Hilfsbereitschaft. Im Zuge des Fortschreitens der Pandemie könnte die Bundesregierung auch Paragraph 21 des Zivildienstgesetzes zurückgreifen. Er erlaubt bei „Elementarereignissen und außerordentlichen Notständen“ die Einberufung von ehemaligen Zivildiennern, die jünger als 50 sind. Erfahrungswerte mit dem außerordentlichen Zivildienst gibt es bis dato nicht.

Der Zivildienst hat sich als Wehrrersatzdienst seit dem Jahr 1975 als wesentliche Säule in Österreich etabliert. Er ist ein Türöffner für das Ehrenamt, denn rund 27 Prozent aller Zivil-



40%

2019 waren die meisten Zivildienner im Rettungswesen tätig (40 Prozent), dann folgte die Sozial- und Behindertenhilfe (30 Prozent) und die Altenbetreuung (10 Prozent).



FOTO: ORK/Kellner, Thomas Holly

diener bleiben ihrer Einrichtung einige Jahre als ehrenamtliche Mitarbeiter erhalten. In insgesamt 18 Sparten können junge Männer ihren Dienst leisten. Dazu gehören die Blaulichtorganisationen wie das Rote Kreuz, der Samariterbund oder die Johanniter ebenso wie der Behinderten- und Sozialbereich, die landwirtschaftliche Betriebshilfe, inländische Gedenkstätten oder die Kinder- und Jugendarbeit. Die verschiedenen Einrichtungen sind auf die Unterstützung durch die Zivildienstler angewiesen. Ohne sie wäre ein Regelbetrieb kaum möglich. Der Zivildienst dauert seit 2006 neun Monate, drei Monate länger als der Grundwehrdienst. Bis zum Jahr 2014 mit über 16.600 Meldungen zum Zivildienst hat die Anzahl der Zivildienstler laufend zugenommen. Aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge ist nun auch ein Rückgang bei den Zivildienstlern zu spüren. War früher mit der Abgabe der Zivildienstlerklärung ein Waffenverbot für 15 Jahre verbunden, was etwa der Aufnahme der Polizei hinderlich war, so erlaubt eine Novelle des Zivildienstgesetzes aus dem Jahr 2010 nun unter gewissen Umständen eine Ausnahme vom Waffenverbot. Mit einem nachträglichen Widerruf der Zivildienstlerklärung, kann nun auch eine Laufbahn bei Polizei oder Justizwache angestrebt werden.

Seit dem Jahr 2016 ist es auch möglich, statt des Zivildienstes ein Freiwilliges Soziales Jahr zu leisten. Dieses steht auch Frauen offen. Es bietet jungen Erwachsenen die Möglichkeit, die Arbeit im Sozialbereich kennenzulernen. Ziel ist die Stärkung sozialer Kompetenzen, das Kennenlernen von Arbeitsfeldern im Sozialbereich und die Förderung des freiwilligen sozialen Engage-

„ Die Aufrechterhaltung soll einerseits mit einer Verlängerung des Grundwehr- und Zivildienstes und andererseits mit einem Aufruf an ehemalige Zivildienstler erfolgen.“



ANDREAS STEINER IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

ments. Klassische Einsatzbereiche sind: Betreuung von behinderten oder älteren Menschen, Arbeit mit Kindern oder mit Jugendlichen.

Ein Blick auf die Zahlen: Von den knapp 45.000 jungen Österreichern, die sich im Vorjahr der Musterung unterzogen haben, entschieden sich rund 16.000 für den Grundwehrdienst (das Heer bräuchte aber 20.000 pro Jahr), circa 13.500 entschieden sich für den Zivildienst und fast 10.000 waren untauglich, mehr als 5.000 vorübergehend untauglich. In Summe sank die Zahl der tauglichen Wehrpflichtigen in den vergangenen zehn Jahren um 25 Prozent. Und bis 2033 wird die Zahl der Stellungspflichtigen generell auf rund 37.000 junge Männer sinken. Zum Vergleich: Mitte der 2000er-Jahre gab es noch 56.800 Stellungspflichtige, wobei damals etwa 70 Prozent tauglich waren. Die meisten Zivildienstler waren im letzten Jahr übrigens im Rettungswesen tätig (40 Prozent), dann folgte die Sozial- und Behindertenhilfe (30 Prozent) und die Altenbetreuung (10 Prozent). 23 Prozent der Personen waren in Wien stationiert, rund 19 Prozent in Oberösterreich, 16 Prozent in Niederösterreich. Die beliebtesten Trägerorganisationen waren unter anderem das Rote Kreuz, der Samariterbund, die Caritas und die Diakonie sowie Feuerwehrverbände.

Ziel der Regierung ist nun, dass künftig mehr männliche österreichische Staatsbürger zum Einsatz kommen. „Volltaugliche“ sollen wie bisher uneingeschränkt Dienst beim Bundesheer oder beim Zivildienst machen können. „Teiltaugliche“ sollen eine individuell passende Tätigkeit, etwa im Verwaltungs- oder Versorgungsbereich ausüben. Nur wer dazu aufgrund körperlicher und geistiger Beeinträchtigung tatsächlich nicht in der Lage ist, wird auch in Zukunft keinen Dienst tun müssen.

Die Pläne der Regierung zielen auf mehr Soldaten und Zivildienstler ab. Der Ersatzdienst wird zwar immer beliebter, aber die Trägerorganisationen können ihren Bedarf kaum decken. Jede zehnte Stelle ist unbesetzt. Alle Organisationen begrüßen die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung des Zivildienstes und des Grundwehrdienstes – auch außerhalb der herausfordernden Corona-Epidemie. 

HERAUSFORDERUNG PFLEGEREFORM

GEMEINSAMER KRAFTAKT NOTWENDIG

Das Regierungsprogramm 2020–2024 enthält eine erfreuliche Anzahl an Reformmaßnahmen für die Bereiche Pflege und Betreuung, viele davon stammen auch aus dem Anfang 2019 gestarteten Reformprozess „Masterplan Pflege“. Einige dieser Maßnahmen müssen jedoch nun im Zuge der Corona-Krise in neuem Licht betrachtet werden.

TEXT // KONRAD GSCHWANDTNER

Der türkis-grüne Reformstart im Bereich der Pflege, der eigentlich zeitnahe nach der Budgetrede des Finanzministers zum Bundesvoranschlag 2020 (ursprünglich für 18. März vorgesehen) erwartet wurde, wird sich – wie viele andere Vorhaben – nun durch Covid-19 nach hinten verschieben, da größere Arbeitsgruppensitzungen von Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden in den nächsten Wochen nicht zu erwarten sind. Auch könnte sich angesichts der steigenden Staatsausgaben (Stichwort Covid-19-Krisenbewältigungsfonds) und sinkender Staatseinnahmen (Lohnsteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer etc.) der Fokus der Reform auf die weniger ausgabenintensiven Maßnahmen verschieben.

Laut der aktuellen Prognose der Gesundheit Österreich GmbH wird der Personalbedarf im Jahr 2030 (gegenüber den 2017er-Zahlen) bei gut 34.000 zusätzlichen Pflegekräften liegen – vom Diplompersonal in Krankenanstalten über die Pflege(fach)assistenz bis hin zur Heimhilfe. Bei einem aktuellen Ist-Stand von rund 127.000 Personen entspricht das einem Plus

von fast 30 Prozent (ohne Berücksichtigung von Nachbesetzungen wegen Pensionierungen, Job-Wechseln etc.). Die Gründe dafür sind weit hin bekannt und liegen vor allem in der demografischen Entwicklung, im gesellschaftlichen Wandel sowie im starken Anstieg demenzieller Erkrankungen.

Die öffentlichen Ausgaben Österreichs für die Pflege und Betreuung liegen mit rund 2 Prozent des BIP im oberen Mittelfeld der EU-Staaten, lediglich die Benelux- und die skandinavischen EU-Staaten liegen teils deutlich darüber. Deutschland – das im Gegensatz zu Österreich die Pflege nicht über Steuern, sondern über Sozialversicherungsbeiträge samt Zuzahlungen der Pflegebedürftigen und Angehörigen finanziert – liegt mit etwa 1,3 Prozent des BIP weit hinter uns.

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt, dass rund 80 Prozent der Pflegegeld-Bezieher in den eigenen vier Wänden und rund 20 Prozent in stationären Einrichtungen bzw. vergleichbaren Wohnformen betreut werden. Bei den stationären Einrichtungen war von 2017 auf 2018 (Stichwort bundesverfassungsgesetzliches Pflegeregressverbot) ein deutlicher Anstieg von über 15 Prozent zu verzeichnen. Die Zahlen zu



LAUT DER AKTUELLEN PROGNOSE DER GESUNDHEIT ÖSTERREICH GMBH WIRD DER **PERSONALBEDARF IM JAHR 2030 BEI GUT 34.000 ZUSÄTZLICHEN PFLEGEKRÄFTEN LIEGEN.**“

FOTO // ©jsphoto - stock.adobe.com

den Pflegegeldbeziehern anteilig zur Wohnbevölkerung zeigen auch, dass im Ländervergleich das Burgenland, Kärnten und die Steiermark vor noch größeren Herausforderungen in der Pflege stehen.

Um dem vorrangigen Wunsch der Menschen nach Pflege und Betreuung in den eigenen vier Wänden Rechnung zu tragen, ist es auch dringend geboten, die Situation der aktuell rund eine Million an betreuenden Angehörigen in unserem Land weiter zu verbessern und sozialrechtlich abzusichern. Jeder, der schon unmittelbar mit Pflegebedürftigkeit und Demenz zu tun hatte, weiß, wie erfüllend, aber auch wie anstrengend und emotional fordernd die Betreuung und Pflege sein kann, vor allem auch dann, wenn das eigene (Berufs-)Leben immer mehr in den Hintergrund tritt.

Die Maßnahmen des Regierungsprogramms.

Eine kürzlich von Kommunalnet durchgeführte Befragung der Kommunen zeigte einmal mehr, dass das Thema Pflege und Betreuung sowohl organisatorisch wie auch finanziell eine enorme Herausforderung für die Gemeinden darstellt – nicht zuletzt deshalb, weil die Pflege von Angehörigen innerhalb der Familien in den

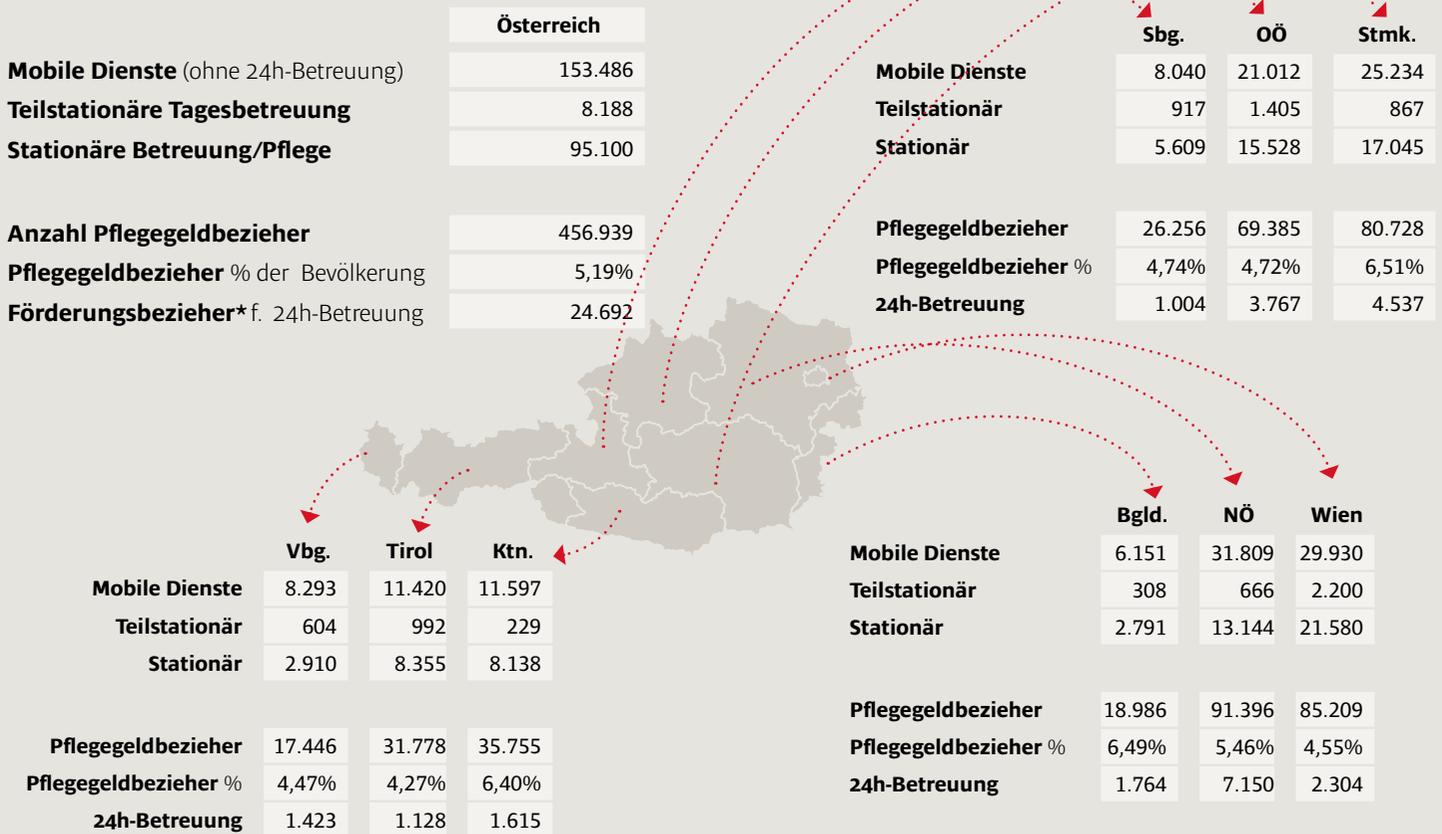
letzten Jahren mehr und mehr bröckelt und die Gemeinde auch im Pflegebereich häufig die erste Ansprechpartnerin ist. Auch wird in den Umfrageergebnissen die Einbindung der Gemeindeebene in die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene als ausbaufähig erachtet (Stichwort Abschaffung des Vermögensregresses in der stationären Pflege ohne Einbindung der kommunalen Interessensvertretungen während des Kern-Wahlkampfs zur Nationalratswahl 2017). Nachstehend nun eine Aufstellung (Punktation) einiger im Regierungsprogramm vorgesehener Maßnahmen im Bereich der Pflege und Betreuung sowie einige Anmerkungen dazu:

So viel wie möglich daheim und ambulant – so viel wie nötig stationär

- Um Menschen zu ermöglichen, weiterhin in ihrem Zuhause betreut zu werden, wird zur Entlastung der pflegenden Angehörigen die mobile Pflege und Betreuung ausgebaut und weiterentwickelt.
- Wohnortnahe und dezentrale Angebote schaffen
- Schaffung einer Möglichkeit zur Beschäftigung einer 24-Stunden-Betreuung für mehrere Kunden
- Verbesserung der Pflegegeld-Einstufung: Entwicklung eines Pflegegeldsystems, in dem alle Bedarfe berücksichtigt sind; Neubewertung der Einstufung nach betreuendem, pflegerischem und medizinischem Bedarf unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung; Weiterentwicklung des Pflegegeld-Einstufungsprozesses (Mehr-Augen-Prinzip); Verbesserung der Demenzbewertung

Bereits jetzt gibt es eine Vielzahl an Pflege- und Betreuungssettings, von Privatinitiativen, »

GEPFLEGTE UND BETREUTE PERSONEN 2018



Besuchsdiensten und der 24-Stunden-Betreuung über professionelle mobile Pflegedienste, die teilstationäre Tagesbetreuung, die stationäre Kurzzeitpflege bis hin zu alternativen Wohnformen und stationären Einrichtungen für Betreuungs- und Pflegebedürftige. Dass angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen die Kapazitäten in allen Bereichen ausgebaut werden müssen, steht außer Frage – und auch dass die Kräfte und finanziellen Mittel besser gebündelt werden könnten. So braucht es etwa auch Klarheit in der Frage, wie die Finanzierung vonstatten geht, wenn ein älterer Mensch im räumlich weitaus näheren Pflegeheim der Nachbargemeinde aufgenommen werden soll, die zufällig im Nachbarbundesland liegt.

Neben der Aufstockung von Betreuungsangeboten und Pflegepersonal und damit letztlich auch finanziellen Mitteln (der Bund muss hier eine deutlich größere Verantwortung übernehmen als bisher) müssen die Menschen aber auch besser informiert und vorbereitet werden, noch bevor das Thema Pflege und Betreuung akut wird. Wer gut und rechtzeitig informiert ist, kann frei, selbstbestimmt und möglicherweise noch vor stärkeren Einschränkungen seiner

„ Auch wenn man Inhalte und die fachliche Diskussion in den Vordergrund stellen will, **wird letztlich dennoch die Finanzierung den Rahmen der Reform darstellen.**“

Gesundheit und Bewegungsfreiheit seine Entscheidungen treffen – sei es nun der Verbleib in den eigenen vier Wänden mit Unterstützung von mobilen Diensten oder der Umzug in eine alternative Wohneinrichtung mit Betreuungs- und eventuell auch Pflegeangebot vor Ort.

Auch wenn man Inhalte und die fachliche Diskussion in den Vordergrund stellen will, wird letztlich dennoch die Finanzierung den Rahmen der Reform darstellen. Das betrifft sowohl die Pflegebedürftigen und deren Angehörige (die angekündigte stärkere Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen bei der Pflegegeld-Einstufung ist ausdrücklich zu begrüßen) als auch die staatliche Finanzierung, die in Österreich von Bundesseite in Form von Geldleistungen und von Gemeinde- und Landesseite vor allem über die Bereitstellung von Sachleistungen erfolgt. Das überhastete und unüberlegt in Wahlkampfzeiten eingeführte Vermögensregress-Verbot sollte zum einen ein mahnendes Beispiel sein, wie man Reformen nicht machen sollte (im Alleingang vorbei an Ländern und Gemeinden), und zum anderen sollte über eine Adaptierung nachgedacht werden, um die gesetzten Anreize (Run auf die Pflegeheime) und die Finan-

zierungsfolgen für den Staat zu mildern. Das Ziel des Erhalts von Eigentum in der Familie ist gerechtfertigt und verständlich, ebenso aber auch das Leisten eines Beitrags für das Gemeinwohl (nicht alle Lebensrisiken – zu denen auch Pflege und Betreuung gehören – können zur Gänze dem Staat übertragen werden). In diesem Sinne könnte das Vermögensregressverbot in der stationären Pflege etwa auf 70 Prozent des Vermögens bzw. Immobilienwerts begrenzt und gleichzeitig eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit für die einantwortenden Erben geschaffen werden, um das Elternhaus im Familien-eigentum halten zu können.

Pflegende Angehörige, Information und Zivilgesellschaft

- Pflegefreier Tag als Unterstützung für pflegende Angehörige und Burn-out-Prophylaxe [...] Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
- Ausbau und Flexibilisierung von ambulanten Diensten im Bereich Pflege und Betreuung; Ersatz- und Entlastungspflege für pflegende Angehörige (z. B. im Krankheitsfall): Sicherstellung von finanzieller Unterstützung
- In Zusammenarbeit mit den Ländern: Ausbau der kostenlosen und wohnortnahen Beratung zu Pflege und Betreuung für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige bzw. Case-Management in Fragen zu Unterstützungsangeboten, Finanzierung, Rechtsfragen; zur Gestaltung von individuellen Pflege- und Betreuungsarrangements
- Etablierung einer umfassenden Informationsplattform für Betroffene und Angehörige
- Stärkung der Selbsthilfe und Zivilgesellschaft sowie des ehrenamtlichen Engagements: Stärkere Förderung von Angehörigengruppen, Besuchsdiensten und Koordination von Freiwilligen

Personaloffensive und Projekt „Community Nurses“

- Personal und Ausbildung: Prüfung der Etablierung eines Ausbildungsfonds; Ansprechen von neuen Zielgruppen (zweiter und dritter Bildungsweg, Angehörige mit Pflegeerfahrung); GuKG-Novelle zur Kompetenzerweiterung für Pflegefachassistenz
- Prüfung der Reduktionsmöglichkeiten von Dokumentations- und Bürokratieverpflichtungen (Entbürokratisierung, u. a. auch

„Wie in anderen Politikfeldern wird die Corona-Krise auch in der Pflege **viele Standpunkte und Blickwinkel auf notwendige Reformen verändern**. Leider wird aber wohl auch der finanzielle Spielraum für den Reformprozess deutlich gemindert werden.“



KONRAD GSCHWANDTNER, BAKK.BA, IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

- OPCAT), Abbau von Doppelgleisigkeiten
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Bedienstete in Sozial- und Pflegeberufen, z. B. Gesundheitschecks etc.
- In 500 Gemeinden sollen sogenannte „Community Nurses“ Ansprechperson für Angehörige werden und die Koordination von mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten, medizinischen und sozialen Leistungen sowie von Therapien, aber auch Präventionsmaßnahmen (Hausbesuche ab dem 75. Lebensjahr, Ernährung, Mobilität etc.) übernehmen
- Die Verbesserung der Information und die Stärkung der (sozialrechtlichen) Situation der Angehörigen sind dezidiert zu begrüßen und die Notwendigkeit der Entlastung und der Aufstockung der Berufsgruppen in Pflege und Betreuung steht außer Frage. Die im Regierungsprogramm angedachte Einführung von sogenannten „Community Nurses“ (die nach schwedischem Vorbild sowohl koordinierende und beratende wie auch therapeutische Aufgaben übernehmen sollen) kann eine sinnvolle Ergänzung des aktuell noch wenig ausgebauten Care- und Case-Managements auf lokaler Ebene sein. Auch hier wird es im anstehenden Reformprozess Fragen der Zuständigkeit, der Diensthoheit und letztlich auch der Finanzierung zu klären geben.

Weitere Schritte

Wie in anderen Politikfeldern wird die Corona-Krise auch in der Pflege viele Standpunkte und Blickwinkel auf notwendige Reformen verändern und möglicherweise mehr Flexibilität und Kompromissbereitschaft in Aufgaben-, Kompetenz- und Koordinationsfragen ermöglichen. Leider wird aber wohl auch der finanzielle Spielraum für den (zeitlich aktuell nicht abschätzbaren) Reformprozess deutlich gemindert werden. Gerade jetzt ist es notwendig, Zuversicht zu haben – im Fall der Pflegereform, dass am Ende des Diskussionsprozesses eine nachhaltige Sicherung samt Finanzierung unseres in weiten Bereichen hervorragenden Pflegesystems herauskommt, das regionale Stärken berücksichtigt und mit weniger Bürokratie für die Betroffenen und das Pflege- und Betreuungspersonal auskommt. ❁

KOMMUNEN IN DER PFLEGEREFORM

BRAUCHEN WIR „COMMUNITY NURSES“?

Bürokratische Aufblähung auf kommunaler Ebene oder Pflegekompetenz, die bei den Menschen ankommt? Ein türkis-grünes Vorhaben im KOMMUNAL-Faktencheck.

TEXT // MARTIN LENGAUER

Das Pflege-Kapitel des türkis-grünen Regierungsprogramms stellt sie als eines von mehreren zentralen Vorhaben vor. In 500 Gemeinden im gesamten Bundesgebiet sollen sie in absehbarer Zeit tätig werden. Doch was genau sind „Community Nurses“? Welche Aufgaben soll Community Nursing abdecken? Und wie muss es organisiert werden, damit pflegebedürftige Menschen und Gemeinden wirklich davon profitieren?

Beginnen wir mit einer Begriffsklärung. International versteht man unter „Community Nursing“ im Wesentlichen das, was wir in Österreich als Hauskrankenpflege kennen: diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegekräfte (DGKP), die ältere und chronisch kranke Menschen zu Hause, an ihrem Wohnort, in ihren eigenen vier Wänden, professionell unterstützen, pflegen, begleiten und ihnen Hilfestellung bei behördlichen und organisatorischen Angelegenheiten bieten (z. B. bei der Beantragung von Pflegegeld oder der Anschaffung von Pflegehilfsmitteln). Darüber hinaus sind sie für die Koordination – das sogenannte „Case-Management“ – zuständig: Im Bedarfsfall ziehen sie weitere Dienste hinzu, etwa die Heimhilfe für die Aufrechterhaltung des Haushalts und die Unterstützung bei der Körperpflege, und sie beraten bzw. instruieren pflegende Angehörige.

In Österreichs Regionen sind aktuell rund 22.000 mobile Fachkräfte in der Hauskrankenpflege und Heimhilfe unterwegs und versorgen über 150.000 Menschen, das sind 33 Prozent aller Pflegegeldbezieher/innen. In Pflegeheimen werden im Vergleich dazu 21 Prozent der Pflegegeldbezieher/innen betreut, durch 24-Stunden-Betreuer/innen fünf Prozent. Internationale Konzepte des „Community Health

Nursings“, aber auch die erwähnten Vorhaben der Bundesregierung beinhalten im Unterschied zum einfachen Community Nursing mehr als das Handlungsfeld der klassischen Hauskrankenpflege. Hinzu kommen eine weit umfassendere Beratung Pflegebedürftiger, Angehöriger und der Community (Gemeinde, Stadtteil, ...) sowie das wichtige Thema der Prävention. Die diplomierten Fachkräfte in der häuslichen Pflege verfügen kraft Ausbildung und praktischer Erfahrung zwar über die notwendigen Kompetenzen, deren hinreichende Anerkennung steht aber aus.

Prävention und Beratung statt Pflegeheim. „Im Prinzip könnten wir in Österreich mit den diplomierten Fachkräften in der Hauskrankenpflege umgehend ein erweitertes Konzept des Community Nursings im Sinne eines Community Health Nursings umsetzen. Auch der gesetzliche Rahmen dafür besteht bereits“, meint Elisabeth Anselm, Geschäftsführerin des Hilfswerk Österreich. „Derzeit ist aber ein Teil unserer Beratungsarbeit und unserer Informationsdienstleistungen nicht in den Tätigkeitskatalogen der Länder und in der Regelfinanzierung abgebildet. Trotz dieser widrigen Rahmenbedingungen unterstützen wir ältere Menschen und deren Angehörige bestmöglich. Es wäre jedoch notwendig, hier Spielraum zu gewinnen, um vertiefende Information und Beratung anbieten zu können. Beides kann in den eigenen vier Wänden der Betroffenen stattfinden, aber auch in Kooperation mit den Gemeinden in kommunalen Einrichtungen. Das können Informationsveranstaltungen ebenso sein wie regelmäßige Sprechstunden und individuelle Unterstützung. Es geht einfach darum, eine klare und kompetente Anlaufstelle zu bieten, die rasch weiterhelfen kann. Unsere Erfahrung zeigt, dass solche Angebote gerne angenommen werden und überaus hilfreich und zielführend sind“, meint Anselm.



„Eine Community Nurse definiert sich nicht durch ihr Anstellungsverhältnis, sondern **durch ihre Tätigkeit und insbesondere durch den Nutzen für Betroffene und Angehörige.**“

Elisabeth Anselm,
Geschäftsführerin des Hilfswerk Österreich

18.000

diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger/innen sind bereits jetzt in Österreichs Regionen im Einsatz. Als Basis für ein neues Community-Nursing-Modell könnten sie zahlreiche Vorteile bieten: sofortige Verfügbarkeit in den Kommunen, bestens vertraut mit regionalen Gegebenheiten, keine zusätzliche Verwaltungsebene, an den Bedarf flexibel anpassbar sowie geringe Investitionskosten.



Vor Ort in Regionen und Gemeinden
Flächendeckende Präsenz durch Sozialsprengel und Stützpunkte der mobilen Dienste

- Leistungsmix mobile Dienste + Community nursing***
- + Hauskrankenpflege und Heimhilfe
 - + Information und Beratung in Gemeinden
 - + Soziale Hilfestellungen
 - + Koordination (Case Management)
 - + Prävention

*Aufgrund § 16 GUKG (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz) entspricht der Leistungsmix mobile Dienste schon jetzt dem gesetzlich definierten Kompetenzbereich des gehobenen Dienstes. Entsprechende Kompetenzen werden bereits im Rahmen der Ausbildung vermittelt.

Quelle: Hilfenetz Österreich, 2020

DIE VORTEILE VON COMMUNITY (HEALTH) NURSING ALS INTEGRALER BESTANDTEIL MOBILER DIENSTE

- keine zusätzlichen Schnittstellen, keine Doppelgleisigkeiten
- kein bürokratischer Aufwand für Bürger/innen, Gemeinde, Pflegekräfte und Träger
- fachliches und personelles Back-up für die Community (Health) Nurses
- reduzierter Personalbedarf durch funktionale Synergien
- direkte Nähe zu Umsetzung und Lösung
- Stärkung der Selbsthilfe älterer und pflegebedürftiger Menschen und deren Angehöriger
- Berücksichtigung lokaler Voraussetzungen und kommunaler Angebote
- Einbindung von Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe
- Attraktivierung der Pflegeberufe

Kaum Beachtung findet in Österreich derzeit das Thema der Prävention. Gerade älteren und chronisch kranken Menschen hilft sie, Lebensqualität und Selbsthilfepotenzial zu stärken und möglichst lange zu erhalten. In diesem Kontext spricht man neben der Primärprävention, die auf den Erhalt der Gesundheit abzielt, auch von Sekundärprävention. Ihr Ziel ist es, das Fortschreiten von Erkrankungen zu verhindern. „Langzeitstudien aus der Schweiz zeigen, dass durch viermal jährlich durchgeführte Hausbesuche die Einweisungen in Pflegeheime um 35 Prozent gesenkt werden konnten“, führt Monika Wild, Leiterin der Gesundheits- und Sozialen Dienste beim Österreichischen Roten Kreuz, aus (in: „Pflege Professionell“, 28/2020). Community Nurses sorgen in der Gemeinde, im Sprengel, im Grätzel oder im Stadtteil mit präventiven Maßnahmen dafür, die Pflegebedürftigkeit bzw. den Verlust der Selbstständigkeit hinauszuzögern. Sie bieten Sprechstunden an und vermitteln ihr Wissen in Vorträgen sowie Workshops zu einschlägigen Themen wie Gesundheitskompetenz, Sturzprävention, Ernährung, Mobilität, barrierefreies Wohnen, etc. In regelmäßigen Abständen besuchen sie alle Menschen ab 75 Jahren und beraten sie individuell zu Hause.

Unkomplizierte Anlaufstellen. Nun stellt sich natürlich die Frage, wie Community Nursing auf kommunaler Ebene zu organisieren ist und wer die 500 im Regierungsprogramm genannten

Planstellen besetzen soll. Mancher Bürgermeister und manche Bürgermeisterin hat nach Ankündigung der Maßnahme schon überlegt, wo er bzw. sie im Gemeindeamt Platz für den Schreibtisch der Community Nurse findet und wie viel im kommunalen Budget dafür veranschlagt werden muss. In einigen Regionen Österreichs scheint das Modell einer auf Gemeinde- oder Bezirksebene angesiedelten Ansprech- und Koordinationsstelle als entscheidender „Hebel“ zur Verbesserung der Lage im Pflegebereich zu gelten. Immer mehr Ideen dazu kommen auf, immer mehr Verwaltungsschichten werden einbezogen.

„Ich halte das für eines der großen Missverständnisse in der Diskussion“, meint dazu Elisabeth Anselm. „Eine Community Nurse definiert sich nicht durch ihr Anstellungsverhältnis – etwa bei der Gemeinde oder bei den öffentlichen Händen, sondern durch ihre Tätigkeit und insbesondere durch den Nutzen, den Community Nursing bzw. Community Health Nursing für Betroffene und Angehörige bringen. Jede einzelne diplomierte Fachkraft, die uns ‚draußen‘ bei den Leuten fehlt, ist angesichts der prekären Personalsituation im Sektor ein Desaster. Jede zusätzliche Schnittstelle bringt mehr Bürokratie, mehr Abstimmungsbedarf, mehr Dokumentationsbedarf. Und damit ein Mehr an Tätigkeiten, die die Pflege von den Betroffenen und Angehörigen entfernen sowie unsere Fachkräfte zermürben und frustrieren“, warnt Anselm. »

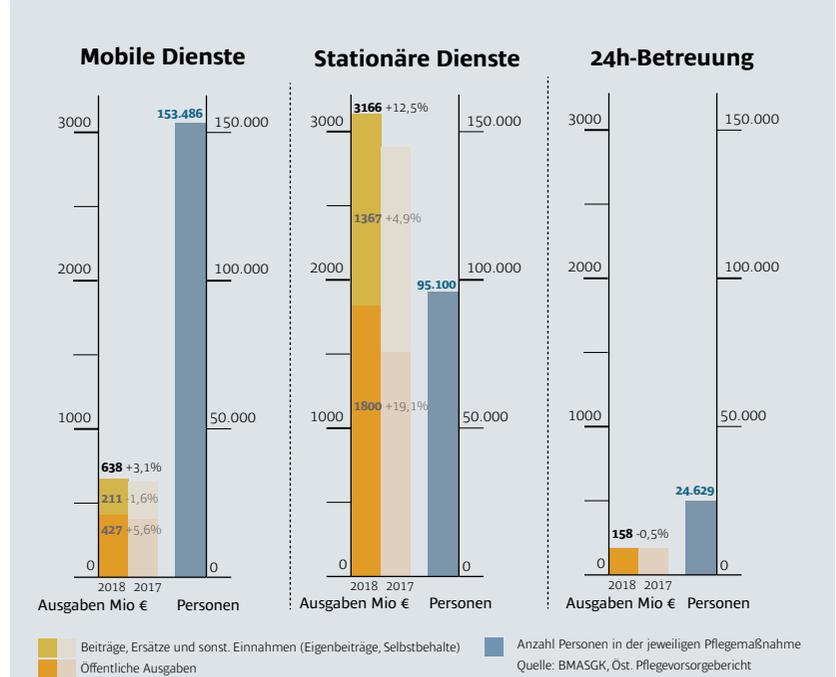
Auch Martin Schenk, stellvertretender Direktor der Diakonie, argumentiert ähnlich: „Das Angebot des Community Health nursings muss in die operativen Strukturen der mobilen Pflege und Betreuung integriert werden. Die Schaffung neuer Strukturen bindet unnötig Ressourcen, Finanzmittel und Fachpersonal in der Verwaltung und erhöht zusätzlich die Komplexität des Systems. Stattdessen sollte es darum gehen, die Komplexität für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen und deren Angehörige zu reduzieren, unkomplizierte und gut erreichbare Anlaufstellen zu bieten sowie rasch und unbürokratisch konkrete Unterstützung zu leisten. Und es geht auch darum, verfügbare Ressourcen im Sinne der Effizienz und des Nutzens für die Betroffenen direkt in die Dienstleistung am Menschen zu investieren“, ist Schenk überzeugt. Er ist derzeit Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG), eines Zusammenschlusses der großen Pflege-Träger Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe.

Mehr Vertrauen in Pflegekräfte und Träger.

In der laufenden Diskussion wird oft auf den „Buurtzorg“, das viel diskutierte niederländische Organisationsmodell der häuslichen Pflege, verwiesen. Buurtzorg ist ein gemeinnütziger Träger, dessen Gründer Jos de Blok vor allem an zufriedenen Kundinnen und Kunden, aber auch an motivierten Pflegekräften interessiert war. Im Kern von Buurtzorg stehen selbst organisierte Pflegeteams, die mit besonderem Fokus auf lokale Ressourcen sowie informelle Möglichkeiten im direkten sozialen Umfeld die Unabhängigkeit und Selbstwirksamkeit ihrer Klientinnen und Klienten stützen. Rund 10.000 diplomierte Pflegerinnen betreuen etwa 70.000 nachweislich besonders zufriedene Kundinnen und Kunden. Und auch die Pflegekräfte profitieren. Seit 2011 wurde Buurtzorg mehrmals zum beliebtesten Arbeitgeber der Niederlande gewählt. Die Fluktuationsrate der Buurtzorg-Pflegekräfte ist um 60 Prozent geringer als in anderen Pflegeunternehmen, die Krankenstandrate um mehr als ein Drittel niedriger.

Auch wichtig: Buurtzorg vertraut auf die Entscheidungsfähigkeit und das Können seiner Fachkräfte. Und die Kommunen und Finanzgeber vertrauen ihrerseits auf die Ergebnisse von Buurtzorg. Man erwartet Kundinnen und Kunden, die fachgerecht versorgt sind. Und das wird auch kontrolliert. Wie die Pflegefachkräfte die Versorgung im Detail arrangieren, liegt in ihren

BETREUUNGSFORMEN: KOSTEN, AUSGABEN UND INANSPRUCHNAHME



Kompetenzen. Auf Österreich umgelegt bedeutet dies, dass das Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit und Kompetenz der Pflegekräfte eine Grundbedingung für funktionierendes Community (Health) Nursing ist. Auch die Kooperation mit den Trägern und eine zeitgemäße Ergebnisorientierung gilt es zu erörtern. Für Praktikerinnen und Praktiker liegt recht klar auf der Hand, dass Organisation und Koordination, also das Case-Management als konzeptiver Teil des Community (Health) nursings am besten dort aufgehoben ist, wo der laufende Kontakt mit Pflegebedürftigen und Angehörigen stattfindet: beim operativen Dienst.

Die Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm ein klares Bekenntnis dazu abgelegt, dass ältere Menschen die Chance haben sollen, so lange wie möglich selbstständig zu bleiben und zu Hause zu leben. Es ist daher nicht nur höchste Zeit, ein zeitgemäßes Konzept von Community (Health) Nursing für Österreich zu entwickeln, sondern den Stellenwert mobiler Dienste und der Hauskrankenpflege sowie die Potenziale von Trägern und Pflegekräften zu erkennen und darauf aufzubauen, statt neue Verwaltungsebenen einzuziehen. Das würde nicht nur älteren Menschen und deren Angehörigen helfen. Es würde auch dazu beitragen, Ressourcen sinn- und wirkungsvoll zu investieren und dadurch langfristig die Budgets der Gemeinden zu entlasten. ●

PFLEGE GELD

2,62

Mrd. Euro betragen die Ausgaben für das Pflegegeld 2018. Gegenüber 2017 bedeutete das eine Steigerung von 0,6 %.



MARTIN LENGAUER IST FREIER JOURNALIST UND GESCHÄFTSFÜHRER DER PR-AGENTUR „DIE JUNGS KOMMUNIKATION“

DEMOGRAFIE

WIE DIE ALTEN WOHNEN WOLLEN

Mit dem Wohnen im Alter und damit verbundenen Vorstellungen der Österreicherinnen und Österreicher hat sich Prof. Franz Kolland, Soziologe und Gerontologe an der Universität Wien, intensiv auseinandergesetzt.

Die ältere Generation hält oft zu lange an ihrer gewohnten Umgebung fest und ist erst spät bereit, sich mit einer Umstellung der Wohnsituation zu befassen. Franz Kolland plädiert dafür, Übergänge zwischen Pflegeheim und mobiler Pflege zu erleichtern – denn während in den USA etwa ein Drittel der Pflegeheimbewohner wieder nach Hause geht, ist in Österreich das Pflegeheim die Endstation.

Im Zuge des „Bürgermeister Round Table“ hat Kolland über die demografische Entwicklung und die Herausforderungen für die Gemeinden referiert. Der demografische Wandel in den letzten hundert Jahren zeigt, dass die Altersgruppe der über 65-Jährigen immer größer wird. Leben aktuell rund 1,6 Millionen Senioren, werden es in 15 Jahren schon rund 2,4 Millionen sein. Aufgrund vieler Faktoren steigt die Lebenserwartung und die Senioren sind auch gesünder und länger fit als früher. In Richtung Bürgermeister stellte Kolland fest, dass „die meisten Bürgermeister in jugendzentrierten Gemeinden leben. Hier braucht es ein Umdenken.“ Den Gemeinden fehlt der Blick aufs Alter, auf die Herausforderungen der älteren Generation abseits von Pflegeheim und 24-Stunden-Betreuung.

Die Babyboomer-Generation, also die Geburtsjahrgänge von 1952 bis 1972, kommt seit einigen Jahren im Ruhestand an. Während es heute etwa 80.000 Geburten pro Jahr gibt, kamen damals bis zu 145.000 „Babyboomer“ auf die Welt. Während die Älteren andere, bescheidenere Ansprüche ans Leben im Alter haben, stellen laut Kolland „die Babyboomer selbstbewussteste Anforderungen und gelten als kritische



FOTO // Sol Haring

**LINKS ZUM THEMA**

[gemeindebund.at/
pflegereform-buerger-
meister-round-table/](https://www.gemeindebund.at/pflegereform-buergermeister-round-table/)

Im Rahmen des Bürgermeister Round Table zur Pflege gab Prof. Kolland den Gemeindevertretern spannende Einblicke in seine Forschungsergebnisse.

Redaktionell gekürzt.
Volltext auf

[kommunal.at/
wie-wollen-die-
alten-wohnen](https://www.kommunal.at/wie-wollen-die-alteten-wohnen)

Konsumenten, denen Individualität genauso wichtig wie Gemeinschaft ist. Sie wollen in der Mitte der Gesellschaft wohnen und leben.“

Kolland hat auch die Wohnpräferenzen im Alter erhoben. Wenig überraschend will die Mehrheit der über 60-Jährigen in Zukunft in Mehrgenerationenhäusern (52 Prozent) wohnen, wo ältere und jüngere Menschen selbstständig in ihren eigenen Wohnungen leben, aber bei Bedarf gemeinsame Aktivitäten möglich sind. Das Leben in einem abgegrenzten Gelände, in dem nur ältere Personen leben, mit Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten, können sich 49 Prozent vorstellen. Die klassische Wohngemeinschaft dürfte nur ein Nischenthema sein, nur 15 Prozent könnten sich eine WG vorstellen. Die Zahlen zeigen deutlich, dass es weiterhin einen starken Wunsch nach Gemeinschaft mit privaten Rückzugsmöglichkeiten gibt. 54 Prozent der Österreicher haben eine grundsätzlich positive Einstellung zu Pflegeheimen. Geschätzt werden dort vor allem das soziale Leben, die Qualität der Pflege und der Wohnkomfort. Aufholbedarf haben aber die Pflegeheime, wenn es um die Ausstattung der Zukunft geht. 83 Prozent der 60- bis 74-Jährigen erwarten WLAN im Heim (nur 42 Prozent der Generation 75+) und 50 Prozent wollen neueste Technologien wie Sprachsteuerungen.

Die Gemeinden sind besonders beim Wohnen in der Zukunft gefordert. Neben einer zunehmenden Vielfalt an auch individuellen Wohnformen braucht es demnach mehr Bewusstsein für alterssensibles Wohnen, Barrierefreiheit schon bei der Planung des Hauses und die Einbindung aller Altersgruppen ins Gemeindegesehen. **K**

LEONORE GEWESSLER IM KOMMUNAL-GESPRÄCH

„AUF GEMEINDEN UND IHRE ERFAHRUNGEN ZUGEHEN“

Klimaschutz-Ministerin Leonore Gewessler sieht die Gemeinden als wichtige Partner auf dem Weg zur Umsetzung der Klimaziele. Im Gespräch (noch vor Ausbruch der Krise) sicherte sie den Gemeindevertretern intensive Einbindung und Zusammenarbeit bei Grundsatzzfragen in den jeweiligen Themenbereichen zu.

TEXT // HANS BRAUN

Die Überraschung war groß bei der Regierungsbildung, als die ehemalige GLOBAL-2000-Geschäftsführerin Leonore Gewessler ein Ministeramt erhielt. Noch dazu wurde sie Chefin eines „Super-Ministeriums“ mit den Agenden Klimaschutz, Umwelt, Technologie, Mobilität und Innovation. Alles zusammen Bereiche mit jeder Menge Schnittstellen zu Gemeinden. Das war auch mit ein Grund dafür, dass bereits Ende Februar der Gemeindebund bei der Ministerin vorstellig wurden und gemeinsame Handlungsfelder besprach. Daraus resultierten fruchtbare Gespräche über Klima- und Umweltschutz, öffentlichen Verkehr und die Eisenbahnkrenzungsverordnung, Baumhaftung, Bodenverbrauch, den Breitbandausbau und vieles mehr (gemeindebund.at/gewessler-sieht-gemeinden-als-wichtige-partner/). Und natürlich bat auch KOMMUNAL die Ministerin um Stellungnahmen. Anfang März war es so weit und Leonore Gewessler nahm sich Zeit für ein Gespräch.

Frau Ministerin, im Regierungsprogramm stehen im Kapitel „Klimaschutz und Energie“ sehr, sehr viele Punkte, von denen Gemeinden oft direkt betroffen sind. Gleich zu Beginn findet sich beispielsweise der Punkt „Neue, ebenen-übergreifende Governance für den Klimaschutz“, wo es heißt: „Auf bestehenden Bundeskompetenzen basierend wird die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und Gemeinden forciert, um die Zielerreichung zu steuern.“ Wie soll das genau vor sich gehen? Sitzen die Gemeinden – oder besser der Gemeindebund – da mit am Tisch?

Unser Ziel ist ambitioniert: Österreich soll bis 2040 klimaneutral sein. Wir möchten die Chancen, die wir durch die Bewältigung der Klimakrise bekommen, möglichst umfangreich nutzen. Wir fördern daher Initiativen wie die e5 Gemeinden, Klima- und Energie-Modellregionen und die Klimaanpassungsregionen. Auch das Klimabündnis ist ein wichtiger Partner. Viele Gemeinden haben einen langen Erfahrungsschatz und viele innovative Ideen. Diese wollen wir einbinden und nutzen, um am Ende zu guten Ergebnissen zu kommen. Denn nur gemeinsam können ambitionierte Ziele umgesetzt werden.

Angesprochen ist auch ein „Verantwortlichkeitsmechanismus“ bei einer Zielverfehlung. Woran ist bei so einem Mechanismus gedacht? Und soll es auch Sanktionen geben?

Wenn wir so weitermachen wie bisher, drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe, ganz abgesehen von den vielen Chancen, die uns dadurch entgehen: saubere Luft, saubere Umwelt und regionale Wertschöpfung, vor Ort, in den Gemeinden. Bereits im bisherigen Klimaschutzgesetz, das bis 2020 gilt, gibt es eine Aufteilung von möglichen Strafzahlungen zwischen Bund und Ländern. Auch in Zukunft wollen wir wirksame Ziel für den Klimaschutz festlegen, mit denen wir sicherstellen, dass alle an einem Strang ziehen und wir uns Strafzahlungen ersparen. Am wichtigsten ist daher, dass wir rasch durch konkrete Maßnahmen, beispielsweise durch eine ökosoziale Steuerreform und Investitionen in die erneuerbaren Energien und eine echte Öffi-Wende mit mehr Angebot und besserer Anbindung dafür sorgen, dass wir die Weichen in Richtung Klimaneutralität stellen.

Wichtige Klimaschutzprogramme sollen laut Programm weitergeführt werden. Läuft das

einfach weiter oder ist auch an eine Ausweitung/Erhöhung der Mittel für Gemeinden gedacht?

Das heurige Budget kann das Regierungsprogramm natürlich noch nicht voll abbilden, es ist ein Übergangsbudget. Für die nächsten Schritte gehen wir nun gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in die Vorbereitung und werden die im Regierungsprogramm verankerten Ziele in konkrete Projekte gießen. Dazu gehört auch, dass wir dort weitermachen, wo es schon gute erste Schritte gibt – mit einer Sanierungsoffensive, mit dem Ende der Ölheizungen und einem umfassenden Umstieg auf erneuerbare Energien. In diesen Bereichen wird es rasch losgehen, denn viel Zeit bleibt uns allen nicht mehr.

Wenn man im Programm in die Tiefe geht, finden sich weitere Punkte, bei denen sich Fragen ergeben: so bei der dreiprozentigen Sanierungsquote und den Leitlinien für eine ökologische Sanierung für alle Institutionen des Bundes. Wie weit ist da an Gemeinden gedacht?

Es braucht aus meiner Sicht ein gut aufeinander abgestimmtes Bündel an Maßnahmen, das neben Bewusstseinsbildung auf soziale Gerechtigkeit und effektives Umsteuern setzt. Mit einem solchen Bündel an Maßnahmen wird es uns gelingen, auch den Gebäudebestand sozial verträglich auf ein innovatives und zukunftsfitte Niveau zu bringen. In den nächsten Monaten arbeiten wir die Details dazu aus. Wir möchten als Bund mit gutem Beispiel vorangehen und zählen darauf, dass uns auf diesem Weg viele folgen. Wir können natürlich auch voneinander lernen und unsere Aktivitäten laufend gemeinsam verbessern. Gemeinden sind dabei wichtige Partner.

Der Fuhrpark ist auch so eine Sache: Wenn emissionsfreie Fahrzeuge für die öffentliche Hand Standard werden sollen, wie steht es mit Fahrzeugen des Winterdienstes? Ein Schneepflug-Lkw mit „alternativem Antrieb“ wird nicht so schnell verfügbar sein. Dasselbe gilt für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren, an deren Anschaffung Gemeinden oft massiv beteiligt sind.

Wir wollen in der öffentlichen Verwaltung Vorbild sein. Wir stellen zum Beispiel die Fuhrparks um, beginnend mit emissionsfreien Fahrzeugen in den Ministerien und im öffentlichen Dienst. Hier sollen bereits 2022 emissionsfreie Antriebe

„Viele Gemeinden haben einen reichen Erfahrungsschatz und viele innovative Ideen. Diese wollen wir einbinden und nutzen.“

Über die Zusammenarbeit mit den Gemeinden

„Ich bin zuversichtlich: Die Innovationskraft ist hier groß und wir haben in Österreich schon so manches geschafft.“

Über emissionsfreie Fahrzeuge für die öffentliche Hand

zum Standard werden, bei großen Flotten-Taxis und Mietwägen ab 2025. Bei gewöhnlichen PKWs wird der Elektroantrieb rasch die beste Option sein, in anderen Bereichen wird es noch dauern, bis emissionsfreie Fahrzeuge breit verfügbar sind. Dazu gehören sicher auch die angesprochenen Nutzfahrzeuge. Aber ich bin zuversichtlich: Die Innovationskraft ist hier groß und wir haben in Österreich schon so manches geschafft.

Ein für Gemeinden heißes Thema ist die geplante „Weiterentwicklung der Wohnbauförderung“. Vor allem die Formulierung „raumordnungsrelevanter Aspekte wie z. B. die Bebauungsdichte“ zielt aus unserer Sicht darauf ab, Ortskerne zu stärken. Damit laufen Sie bei Gemeinden sicher offene Türen ein, aber es gibt eine Menge an Fragen zu klären. Oft scheitern solche Konzepte an der fehlenden Bereitschaft von Besitzern von nicht genutzten Gebäuden, diese auch den Gemeinden zu verkaufen. Die Frage ist: Mit welchen (auch rechtlichen) Werkzeugen sollen die Gemeinden ausgestattet werden, um hier eingreifen zu können?

Das ist natürlich ein großes Projekt. Aber nur weil die Umsetzung bei manchen Dingen zu Beginn schwierig wirkt, heißt das noch lange nicht, dass wir sie nicht trotzdem angehen müssen. Bei der Umsetzung sind natürlich sowohl Städte und Gemeinden als auch die Länder gefragt. Das ist genau so ein Thema, wo Bund, Länder und Gemeinden eng zusammenarbeiten müssen, um es gemeinsam zu lösen.

Das Thema „erneuerbare Energie“ ist ein anderer Punkt, wo Gemeinden bereits jetzt schon vorbildhaft agieren – Beispiel PV-Anlagen auf Dächern. Aber oft sind ihnen aus rechtlicher Sicht die Hände gebunden. Eine Bürger-Photovoltaik-Anlage wird auf Dächern nicht klappen, dazu braucht es oft bis zu zehntausend Quadratmeter Fläche. Erstens steht diese in vielen Gemeinden nicht zur Verfügung und zweitens ist der Boden dann für andere Nutzungen auch verschlossen – z. B. Parkplätze. Oder ist daran gedacht, diese Flächen zu überdachen?

Bisher war die Planungssicherheit ein großes Problem. Jährlich wechselnde Bundesförderungen, kurzfristige Zusagen und andere Aktivitäten waren oftmals nicht hilfreich. Wir wollen jetzt mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz stabile Rahmenbedingungen für die Menschen und die Wirtschaft schaffen. Das heißt: langfristig plan-



bare Förderungen. Zweitens betrifft das natürlich rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen. Wir wollen in koordinierenden Gesprächen identifizieren, wo wir helfen können. Für all das braucht es immer eine laufende Abstimmung über mögliche Verbesserungspotenziale. Ein wichtiges Element sind für uns die Energiegemeinschaften: So können verfügbare Flächen gemeinsam genutzt werden. Beim Thema Freiflächen liegt unsere erste Priorität bei der Doppelnutzung.

Noch ein Punkt, der uns unklar erscheint, ist die Frage nach den Schwankungen in den Netzen bei der Einbindung von Solar- oder Windkraftwerken. Eine Lösung wäre die Förderung großer Energiespeicher, wobei damit auch die immer wieder auftauchende Frage nach der Reaktion auf Blackouts geklärt wäre. Wie sieht hier Ihr Lösungsansatz aus?

Hier gibt es eine Menge an europäischen, aber auch nationalen Aktivitäten. Dahinter liegt ein wesentlich größeres Thema, nämlich, dass unser Stromsystem nicht nur lokal, sondern vor allem durch europaweite Ereignisse geprägt ist und historisch rund um fossile Kraftwerke herum gestaltet wurde. Derzeit läuft der Umbau. Stromnetze, Speicher, aber auch Gesetze und Regularien müssen angepasst werden, um „fit“ für erneuerbare Energien zu werden. Und das ist möglich! Dieser Umbau ist ein langfristiger Prozess, aber wir sehen uns derzeit gut aufgestellt und bringen laufend neue Initiativen auf den Weg, um die notwendigen Änderungen durchzuführen. Insofern sollten wir uns nicht vor Blackouts oder ähnlichen Dingen fürchten, sondern die Maßnahmen treffen, um es gar nicht so weit kommen zu lassen.



Für eine Dekarbonisierung bis 2040

braucht es unter anderem eine zukunftsfähige Raumordnung, Flächenrecycling und eine umfassende thermisch-energetische Sanierung bislang nicht sanierter Gebäude.“



Leonore Gewessler
im Gespräch mit dem
Autor.

Im Kapitel „Technologieoffensive“ findet sich der Unterpunkt „energieeffizientes Dorf“ als neues Projekt. Woran ist da genau gedacht?

Wir haben ein großes Ziel: Klimaneutralität in Österreich bis 2040. Um die Weichen dafür richtig zu stellen, haben wir – wie es uns die Wissenschaft sagt – zehn Jahre Zeit. Für eine Dekarbonisierung bis 2040 braucht es deutlich verstärkte Anstrengungen in allen Sektoren. Dazu gehören zukunftsfähige Raumordnung, Flächenrecycling, eine umfassende thermisch-energetische Sanierung bislang nicht sanierter Gebäude und der zügige und konsequente Ausstieg aus der Nutzung von fossilen Brennstoffen.

Spannend in diesem Zusammenhang sind auch die ganzheitlichen und individuell zugeschnittenen Konzepte „energieeffiziente Stadt“ und „energieeffizientes Dorf“. Städtische und ländliche Regionen benötigen unterschiedliche Konzepte für die Energiewende: Während im städtischen Bereich mit einer hohen Bevölkerungsdichte beispielsweise eine leitungsgebundene Wärmeversorgung wirtschaftlich ist, können in ländlichen Regionen dezentral verfügbare erneuerbare Energieträger eingesetzt werden.

Verkehr und Mobilität ist der nächste Brocken. Der verstärkte Öffi-Ausbau in den ländlichen Gebieten ist längst überfällig, aber die Kostenfrage vor allem unter Berücksichtigung der Frage „Fahrgastanzahl zu Kilometerleistung“, sprich die Auslastung, ist ungeklärt. Mit welchem Investitionsbedarf rechnen Sie, damit wirklich flächendeckende, leistbare Mobilität vor allem im ländlichen Bereich umgesetzt werden kann? Und wer soll das bezahlen?

Wir wollen beim Verkehr die notwendige Trendwende bei den CO₂-Emissionen schaffen. Dafür bedarf es engagierter Umsetzungsprogramme, für die wir nun Schritt für Schritt Maßnahmen entwickeln. Die Ziele sind klar: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern und Verkehr verbessern. Dazu gilt es, den Anteil umweltverträglicher Mobilität – Fuß- und Radverkehr, öffentliche Verkehrsmittel und Shared Mobility – deutlich zu steigern und verbleibende Autofahrten und Transporte auf emissionsfreie Antriebe umzustellen.

Ich komme selbst vom Land, aus einem kleinen Ort mit 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in der Steiermark und ich weiß daher, wie es ist, wenn man nach dem Kino nicht mehr mit dem Bus nach Hause fahren kann. Unser Ziel ist es, dass jeder Ortskern – auch am Wochenende oder in den Abendstunden – öffentlich erreichbar

sein soll. Mit dem 1-2-3-Ticket, einem meiner Herzensprojekte, wollen wir öffentliche Verkehrsmittel für noch mehr Menschen zur ersten Wahl machen. Damit das alles gelingt, leistet der Bund seinen Beitrag – finanziell, aber auch mit den richtigen Rahmenbedingungen.

Nicht ganz sicher sind wir uns beim Punkt „Verkehrssicherheit“ – fällt das in Ihr Ressort oder liegt das beim Innenminister? Aber falls es bei Ihnen ist: Temporeduktion ist nur ein Schritt, die notwendige Überwachung der Einhaltung der zweite. Sollen Gemeinden eine Radarmessung auf Gemeindegebiet erhalten? Das ist etwas, was Gemeinden seit Langem fordern. Ganz klar: Wir begrüßen jegliche Maßnahme für mehr Verkehrssicherheit, wie Temporeduktionen vor Schulen. Und es ist klar: Je schneller man fährt, desto mehr Emissionen stößt man aus. Deshalb habe ich mich auch entschlossen, den Tempo-140-Test zu beenden und in ganz Österreich wieder Normaltempo 130 einzuführen. Das Einhalten der bestehenden Geschwindigkeitsregeln verbessert nicht nur die Luftqualität – bei etwa jeder vierten im Verkehr getöteten Person wird überhöhte Geschwindigkeit als Hauptunfallursache angenommen. Wir haben im Regierungsprogramm daher vereinbart, die sogenannten Straftoleranzen bei überhöhter Geschwindigkeit österreichweit zu vereinheitlichen. Zuständig dafür sind die Länder bzw. ihre Bezirksverwaltungsbehörden und Stadtpolizeikommandos. Viele der anderen Themen liegen in meinem Ressort.

Letzte Frage zum „Bürokratieabbau im Straßenverkehr“: Gemeinden stoßen im Zusammenhang mit „Schilderwäldern“ immer wieder auf große Schwierigkeiten. Wie soll die angekündigte „Evaluierung der Beschilderung“ aussehen? Soll es für Gemeinden Erleichterungen geben, zum Beispiel bei der Ausweisung von zentrumsnahen Begegnungszonen?

Wo es praktikable und konsensfähige Vorschläge zur Reduktion des Verwaltungsaufwandes im Straßenverkehr gibt, werden wir das sicher gerne aufgreifen. Hinsichtlich Anpassungen der Straßenverkehrsordnung wollen wir in diesem Jahr vor allem bei der Förderung aktiver Mobilität, also des Zufußgehens und Radfahrens, beginnen. Für einen attraktiven öffentlichen Raum spielen dabei neben rechtlichen Erleichterungen und einer Ausweitung des Rücksichtnahmepinzips auch Infrastruktur und Verkehrsorganisation eine wichtige Rolle.

ZUR PERSON

Leonore Gewessler, BA, war von Oktober 2019 bis Jänner 2020 stellvertretende Klubobfrau des Grünen Klubs im Parlament – Klub der Grünen Abgeordneten zum Nationalrat, Bundesrat und Europäischen Parlament und von 2014 bis 2019 Geschäftsführerin der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000.

GESTALTEN & ARBEITEN

VERGABE UNTER ZEITDRUCK

Corona ermöglicht
kurzfristige Vergaben
Seite 42

ORTSENTWICKLUNG

Arbeiten, Wohnen,
Handel wieder enger
miteinander verbinden
Seite 58



STRASSEN UND STARKREGEN- RISIKOMANAGEMENT

Extreme Wetterereignisse nehmen zu. Doch Schäden aus massivem Niederschlag lassen sich mindern. Das gelingt mittels wassersensibler Stadtentwicklung. Planer können auf eine Fülle von Maßnahmen zurückgreifen, um Fluten klug zu managen und gleichzeitig dem urbanen Hitzestress entgegenzuwirken.

TEXT // HEIKO SIEKER

Der Klimawandel stellt durch zunehmende Extremwetterereignisse neue Herausforderungen an die Orts- und Stadtentwicklung. Es ist zu erwarten, dass Starkniederschläge intensiver und häufiger auftreten werden, als es heute bereits der Fall ist. Immense Schäden an Infrastruktur und Gebäuden, Umweltschäden sowie auch Gefahren für Menschen können die Folge sein. Darüber hinaus verstärkt die Bautätigkeit in den Kommunen sowohl die Starkregenprobleme als auch die Austrocknung der Landschaft. Flächenversiegelung führt in Kombination mit den Entwässerungssystemen zu erhöhten Abflüssen im Regenwetterfall – sowohl hinsichtlich des Abflussvolumens als auch der Spitzenabflüsse – und gleichzeitig zu Verlusten an naturnahen Flächen sowie einer Reduzierung von Versickerung und Verdunstung.

Das extrem trockene Jahr 2018 hat zudem eindrücklich gezeigt, wie wichtig es ist, Regenwasser vor Ort zu halten. Nicht nur die Landwirtschaft hatte erhebliche Schäden durch Ernteauffälle zu beklagen, auch in den Städten wurden die Folgen der Trockenheit an Stadtbäumen und Kleingewässern deutlich sichtbar. In weiten Teilen Österreichs wie auch Deutschlands waren kleinere Weiher und auch kleinere Fließgewässer gegen Ende des Sommers ausgetrocknet – mit drastischen Folgen für die gewässergebundene Flora und Fauna.

Die Klimaprognosen lassen erwarten, dass beide Arten von Extremereignissen – Trockenperioden und Starkregen – zukünftig verstärkt und häufiger auftreten werden. Beide Effekte sind das Ergebnis steigender Temperaturen, die unzweifelhaft zu beobachten sind und zukünftig weiter zunehmen werden. Für den Umgang mit Starkregen kann der alleinige Ausbau der öffentlichen Entwässerungs- und Gewässersysteme nicht die Lösung sein. Starkregenabflüsse würden nur „nach unten“ verlagert und dort unter Umständen zu weiteren Problemen führen. Daher beginnt vorbeugender Schutz am besten schon auf den Grundstücken. Es gilt, Niederschläge so weit wie möglich vor Ort zu belassen und dem natürlichen Wasserhaushalt zuzuführen. Die Erhöhung der Verdunstung in Städten stellt dabei eine neue Zielsetzung für die Siedlungswasserwirtschaft dar. Das früher vorrangige Ableiten von Regenwasser würde Negativeffekte nur zusätzlich verschärfen und



kann somit keine sinnvolle Antwort mehr auf die Starkregen- und Hitzeproblematik sein.

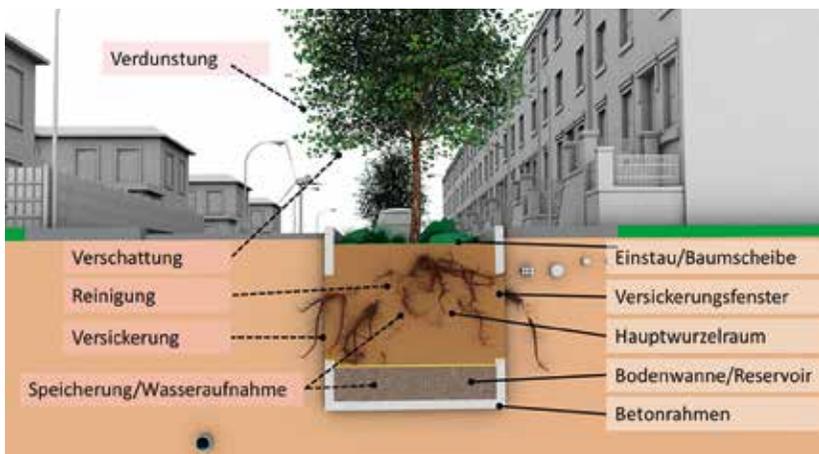
Risikomanagement vs. Schutzversprechen.

Mit der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) wurde in Deutschland für Hochwasser an Fließgewässern der Risiko-Ansatz eingeführt. Risiko ist dabei definiert als die „Kombination der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses und der hochwasserbedingten potenziellen nachteiligen Folgen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten“. Vereinfacht bedeutet Risiko damit:

**Risiko = Eintrittswahrscheinlichkeit x Schadens-
erwartung.**

Ziel des Risikomanagements ist es, das Risiko von Hochwasserschäden zu verringern. Entsprechend der Definition kann dies erfolgen, indem entweder die Eintrittswahrscheinlichkeit reduziert wird – beispielsweise durch den Bau eines Deiches – oder indem die möglichen Schäden minimiert werden, etwa durch Objektschutzmaßnahmen oder Warnsysteme. Dieser Ansatz unterscheidet sich deutlich vom früher praktizierten Hochwasserschutz(-versprechen), das unabhängig von den betroffenen Gebieten einen Schutz zum Beispiel vor einem Jahrhunderthochwasser angestrebt hat.

Bislang gilt die HWRM-RL in Deutschland nicht für Starkregenereignisse. Die Richtlinie bietet aber ausdrücklich die Möglichkeit, den Hochwasserbegriff auf Überflutungen von Abwassersystemen auszudehnen.



Die vielen Schadensereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass ein vollständiger Schutz vor Hochwasser beziehungsweise Starkregen nicht möglich ist. Sobald für ein Gebiet eine Schutzmaßnahme realisiert worden ist, fühlen sich die Menschen sicher und senken dann häufig unbewusst ihre Schadenserwartung. Die Erhöhung eines Deiches lässt die Ausweisung von Baugebieten dahinter sicher erscheinen. Diese Sicherheit ist im Fall eines besonders starken Hochwassers jedoch trügerisch; die Schäden wären dann ungleich größer. So kann es also vorkommen, dass durch eine technische Schutzmaßnahme das Risiko sogar noch steigt. Im Englischen wird dies als „levee paradox“ (deutsch: „Eindeichungsparadoxon“) bezeichnet.

Eine Kombination von technischen Schutzmaßnahmen (Deiche, Rückhalt) mit nicht konstruktiven Vorsorgemaßnahmen (Warnsysteme, kluge Ausweisung von Baugebieten) sowie

Beispiel für eine Grünfläche mit Rückhaltung.

Prinzipiskizze einer Baumrigole. Nach Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker.

einem Wasserrückhalt in der Fläche wird heute im Hochwasserschutz als Stand der Technik angesehen. Es liegt nahe, diesen Ansatz auch auf das Starkregen-Risikomanagement zu überführen.

Ziele für das Starkregen-Risikomanagement.

Die Ziele eines klimaangepassten Umgangs mit Regenwasser liegen auf der Hand. Eine wassersensible Stadtentwicklung sollte die Risiken zunehmender Starkregenabflüsse möglichst weitgehend reduzieren. Gleichzeitig soll aber auch einer übermäßigen Entwässerung der Stadtlandschaft entgegengewirkt werden, sodass genügend Wasser für die Speisung von Gewässern und für die Kühlung während Hitzeperioden zur Verfügung steht.

Für diesen Ausgleich zwischen Zeiträumen mit Wassermangel – mit Austrocknung und verstärktem Hitzestress als Folge – und Starkregenereignissen bedarf es zusätzlicher Speicherräume. Allerdings müssen diese Speicher grundsätzlich anders konzipiert sein als die bisher in der Siedlungswasserwirtschaft angewendeten Regenrückhalteräume. Die schnelle Entleerung innerhalb weniger Stunden, so wie es das Regelwerk bislang vorsieht, ist nicht geeignet, Wasser über längere Trockenphasen vorzuhalten. Vielmehr sind auch in Siedlungsgebieten Speicherräume erforderlich, die ähnlich wie große Talsperren Wasser über längere Zeiträume zwischenspeichern. Je nach örtlichen Randbedingungen können diese Zeiträume mehrere Wochen oder einige Monate umfassen. Als Speicherräume kommen dabei sowohl technische Bauwerke, etwa Zisternen, als auch natürliche oder naturnahe Strukturen – Boden, Teiche, Feuchtgebiete – in Betracht.

Neben solchen wasserwirtschaftlichen Aspekten hat eine wassersensible Stadtentwicklung weitere Zielsetzungen. Die meisten der entsprechenden Maßnahmen haben einen nicht unerheblichen Flächenbedarf. Dieser Bedarf sollte jedoch nicht zu einem erhöhten Flächenverbrauch insgesamt führen. Der Schlüssel hierfür liegt in einer guten Integration der Regenwasserbewirtschaftung in die Freiraumgestaltung. Das kann vor allem durch eine Mehrfachnutzung von Flächen (Multi-Codierung) erreicht werden. Beispielsweise lassen sich Grünflächen so ausbilden, dass damit gleichzeitig Rückhalteräume für Starkregenabflüsse bereitgestellt werden. Auf diese Weise erhöht

die wassersensible Stadtentwicklung auch die Attraktivität urbaner Räume.

Entscheidend ist, den Rückhalt nicht am Ende eines Entwässerungssystems (end-of-pipe) anzuordnen, da hier Eingriffe in den Wasserhaushalt des Einzugsgebietes nicht mehr kompensiert werden können. So sind beispielsweise zentrale Retentionsbodenfilter, Stauraumkanäle oder Regenklärbecken weder geeignet, Trockenheit und Hitzestress zu mindern, noch leisten sie einen Beitrag zur Reduzierung von Überflutungen bei Starkregen.

Überflutungsnachweis minimiert Schäden.

Die Normung hat diesen Entwicklungen bereits frühzeitig Rechnung getragen. Die 2008 erschienene DIN 1986 normiert die Grundstücksentwässerung und formuliert als vorrangiges Ziel, „die Einleitung von nicht nachteilig verunreinigtem Regenwasser ... in die Kanalisation zu reduzieren“. Dazu sollen „vorrangig alle Möglichkeiten der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung genutzt werden“, wie zum Beispiel Maßnahmen zur Speicherung und Nutzung oder zur Versickerung von Regenwasser.

Frühere Ausgaben dieser Norm hatten nur die Bemessung der Grundstücksentwässerungsanlagen zum Gegenstand. Starkniederschläge jenseits der Bemessungsgrenze waren nicht relevant, galten quasi als ‚höhere Gewalt‘. Die aktuelle Fassung der DIN 1986 hat dagegen neben der Bemessung den Überflutungsnachweis neu eingeführt – analog zu den Überflutungsnachweisen für Kanalisationssysteme, die nach DIN EN 752 sowie dem darauf aufbauenden DWA-Arbeitsblatt A 118 erstellt werden. Demzufolge ist eine „Entwässerungsanlage ... so zu bemessen, dass ein ausreichender Schutz vor unplanmäßiger Überflutung gegeben ist“. Unplanmäßige Überflutung meint dabei zum Beispiel den Wasseraustritt in Gebäuden oder die Flutung von Flächen, auf denen Schutzgüter oder wassergefährdende Stoffe lagern.

Dem steht die kontrollierte und schadlose Überflutung eines Grundstücks gegenüber. Sie kann beispielsweise durch Hochborde, Mulden, Rückhaltebecken und andere Rückhalteräume erreicht werden. Eine Ableitung auf öffentliche Flächen oder Nachbargrundstücke ist nicht zulässig. Es obliegt dem Planer einer Grundstücksentwässerung, die Sicherheit gegen Überflutung des Grundstücks oder eben dessen kontrollierte schadlose Überflutung rechnerisch nachzuweisen. Führt der Planer diesen Nachweis nicht und

kommt es infolge von Starkniederschlägen zu Schäden, können sich für ihn haftungsrechtliche Konsequenzen ergeben.

Für Grundstücke über 800 Quadratmeter ist gemäß DIN 1986 ein solcher Sicherheitsnachweis gegen schadlose Überflutung mit einem mindestens 30-jährigen Regenereignis zu führen. Haben Dachflächen und nicht schadlos überflutbare Flächen – dazu gehören auch Innenhöfe – einen Anteil von über 70 Prozent des Grundstücks, so ist bei der Überflutungsprüfung sogar ein 100-jähriges Regenereignis anzusetzen.

Die aktuelle Fassung der DIN 1986 hat also einen abgestuften Ansatz für das Starkregenerisikomanagement eingeführt: Bemessung und somit Schutz für relativ häufig vorkommende Ereignisse, Schadensminimierung für seltene Ereignisse. Dieser Ansatz findet sich mittlerweile auch in den technischen Regelwerken wie beispielsweise dem DWA-M 119 wieder.

Bei größeren Flächen kann es sinnvoll sein, über den einfachen Nachweis nach DIN 1986 hinaus eine detaillierte Überflutungsmodellierung durchzuführen. Dabei wird auf Grundlage eines hochauflösenden digitalen Geländemodells eine zweidimensionale Modellierung der Oberflächenabflüsse durchgeführt (Skizze S. 41). Die Werkzeuge für derartige 2D-Modellierungen sind inzwischen am Markt verfügbar.

Maßnahmen zur Verringerung des Starkregenerisikos. Die grundlegenden Techniken und Verfahren für eine wassersensible Stadtentwicklung sind seit Längerem bekannt und erprobt. Entsprechende Speicherräume können in vielfältiger Form realisiert werden:

- * Begrünte Dächer vermindern Abflüsse und erhöhen die Verdunstung gegenüber herkömmlichen Dachbedeckungen. Zusätzlich können Gründächer einen positiven Beitrag zur Biodiversität in Städten leisten.
- * Fassadenbegrünungen – idealerweise mit Regenwasser bewässert – erhöhen ebenfalls die Verdunstung und bewirken durch Verschattung eine geringere Erwärmung von Gebäuden.
- * Zisternen speichern Regenwasser für Bewässerungs- und andere Zwecke. Mit dem Einbau einer Staulamelle lässt sich zusätzlich ein Rückhalt bei Starkregen erzielen.
- * Teiche und technische Feuchtgebiete (constructed wetlands) speichern Regenwasser. Wasserflächen und vor allem emerse Wasserpflanzen erreichen hohe Verdunstungsraten.



LINK ZUM THEMA

www.mall-umweltsysteme.at/produkte/fachbuchreihe-oekologie-aktuell/ratgeber-rueckstauschutz.html

Dieser Text ist in der Ausgabe 2/2020 des Ratgebers für Kommunen erschienen. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von MALL-Umweltsysteme.

- Versickerungsanlagen sind in verschiedenen Ausführungen, etwa als Mulden oder Rigolen, seit Jahren Stand der Technik. Die Versickerung aktiviert Boden und Grundwasserleiter als natürliche Wasserspeicher. Mulden-Rigolen-Systeme erreichen selbst bei schwierigen Bodenverhältnissen im Fall eines Starkregens noch einen Rückhalt und eine Teilversickerung.
- Rückhalteräume nach dem Prinzip der Multi-Codierung stellen Speicherraum bei Starkregen bereit und können darüber hinaus durch Versickerung und Verdunstung zum Erhalt des natürlichen Wasserhaushalts beitragen.

Neben diesen etablierten Verfahren der Regenwasserbewirtschaftung gibt es verschiedene Neuentwicklungen, die gezielt auf den Ausgleich zwischen dem notwendigen Retentionsraum bei Starkregen einerseits und dem Wasserspeicher für Trockenzeiten andererseits abzielen. Ein entsprechendes Wirkprinzip realisieren Baumrigolen.

Ein anderes Prinzip besteht darin, Speicherräume so zu steuern, dass sowohl Rückhaltevolumen bei Starkregen als auch Wasser für Trockenzeiten bereitgestellt wird. Das lässt sich durch die Steuerung des Abflusses auf der Basis von Niederschlagsvorhersagen erreichen. Steht ein Regenereignis bevor, wird der Speicher rechtzeitig entleert, um das neu anfallende Wasser speichern zu können. Gesteuerte Gründächer und sogenannte „intelligente Zisternen“ arbeiten bereits in diesem Sinn.

Besondere Bedeutung kommt auch der Gestaltung von Straßenprofilen zu. Mit der traditionellen Form des Dachprofils kann es bei Starkregen zur Überflutung angrenzender Grundstücke kommen. Eine Ausführung im V-Profil stellt

zumindest für Wohnstraßen eine gute Alternative dar.

Und selbst für die wassersensible Entwicklung ganzer Stadtquartiere gibt es mittlerweile gute Beispiele. So wurden in Berlin bereits in den 1990er-Jahren Baugebiete – zum Beispiel in der Rummelsburger Bucht mit 130 Hektar Wohnbebauung oder in Adlershof mit einem Wissenschaftsstandort auf 400 Hektar – weitgehend ohne Regenwasserkanalisation erschlossen. Die Erfahrungen mit den Anlagen waren auch während der Starkregenereignisse 2017 außerordentlich positiv. Anders als in anderen Teilen der Stadt gab es hier keine Probleme mit Überflutungen.

Neben Neubauvorhaben auf der „grünen Wiese“ sollten gerade auch für innerstädtische Vorhaben wie Lückenbebauung, Nachverdichtung oder Stadtteilsanierung die Aspekte der wassersensiblen und klimaangepassten Stadtentwicklung berücksichtigt werden. In die zahlreichen Projekte, die es auch hier inzwischen gibt, reiht sich das Berliner Humboldtforum ein. Vor dem Wiederaufbau des Stadtschlusses wurden mit Hilfe eines Überflutungsmodells die Risiken für eine Flutung der Untergeschoße untersucht. Dort sollen künftig Archive unterkommen, in denen wertvolle Kunstgegenstände lagern.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der wassersensiblen Stadtentwicklung heute eine Vielfalt etablierter wie auch innovativer Maßnahmen zur Verfügung steht. Deren Wirksamkeit haben zahlreiche Forschungsprojekte untersucht und bestätigt. ●



PROF. DR. ING. HEIKO SIEKER IST HONORARPROFESSOR AN DER TU BERLIN UND LEHRBEAUFTRAGTER AN DER TU COTTBUS

Neue Aufträge. Neue Chancen.

auftrag.at

Das Bieterportal auftrag.at enthält alle öffentlichen EU-weiten-, Bundes- und Landesausreibungen. Sie suchen Ausschreibungen einer bestimmten Branche? Erstellen Sie einfach Ihr individuelles Suchprofil und erhalten Sie täglich Ihr maßgeschneidertes Suchergebnis per E-Mail. www.auftrag.at



CORONA-KRISE ERMÖGLICHT KURZFRISTIGE (NOT-)VERGABEN

VERGABE UNTER ZEITDRUCK

Das Coronavirus beunruhigt weltweit. Auch wenn davon ausgegangen wird, dass wir erst am Anfang stehen, gibt es bereits jetzt bis hinunter zur Gemeindeebene einen hohen Bedarf an Waren und Dienstleistungen.

TEXT // STEPHAN HEID

Beschaffungen wie zum Beispiel Produkte nach dem Arzneimittel- und Medizinproduktegesetz, Gesichtsmasken und Schutzkleidung, Seuchenteppiche, Leistungen zur Versorgung von in Quarantäne stehenden Personen und Infrastrukturleistungen unterliegen grundsätzlich dem Vergaberecht. Im Bundesvergabegesetz 2018 finden sich drei Möglichkeiten für beschleunigte Verfahren, die öffentlichen Stellen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene in einer solchen Krisensituation eine zeitnahe (medizinische) Versorgung ermöglichen sollen.

Möglichkeit 1: Beschleunigtes Verfahren bei Dringlichkeit. § 74 BVergG 2018 legt für Vergaben im Oberschwellenbereich fest, dass der öffentliche Auftraggeber verkürzte Fristen vorsehen kann, „sofern wegen einer vom öffentlichen Auftraggeber hinreichend begründeten Dringlichkeit die Einhaltung der Fristen [...] nicht möglich ist“. Der öffentliche Auftraggeber hat dabei folgende (Mindest-)Fristen vorzusehen:

- im offenen Verfahren eine Angebotsfrist von mindestens 15 Tagen;
- im nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung und im Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung eine Teilnahmeantragsfrist von mindestens 15 Tagen und
- im nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung und im Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung eine Angebotsfrist von mindestens zehn Tagen.



„Die Anwendung der verkürzten Fristen **setzt eine Dringlichkeit in jenem Umfang voraus**, der eine Einhaltung der regulären Fristen nicht möglich macht.“

Die Anwendung der verkürzten Fristen setzt eine Dringlichkeit in jenem Umfang voraus, der eine Einhaltung der regulären Fristen nicht möglich macht. Eine Dringlichkeit iSd § 74 BVergG 2018 liegt demnach dann vor, wenn die Umstände für den jeweiligen Auftraggeber weder vorhersehbar waren noch seinem Verhalten zuzuschreiben sind und somit außerhalb seines Wirkungsbereichs liegen. Dies ist bei der auch für Fachleute nicht ausreichend vorhersehbaren Ausbreitung einer hochinfektiösen Krankheit wohl der Fall.

Möglichkeit 2: Verkürzung der Teilnahmeantrags- und Angebotsfrist im Unterschwellenbereich. Der öffentliche Auftraggeber kann im Unterschwellenbereich nach § 77 BVergG 2018 die regulären Teilnahmeantrags- und Angebotsfristen „in besonders begründeten Fällen, insbesondere aus Gründen der Dringlichkeit, bei Bekanntmachung einer Vorinformation gemäß § 65 Abs 1 sowie bei Lieferaufträgen über Waren mit allgemein auf dem Markt verfügbaren Merkmalen“ verkürzen.

Die Gründe für eine Verkürzung der Fristen hat der öffentliche Auftraggeber schriftlich festzuhalten. Für die Beurteilung, ob bzw. in welchem Umfang eine Fristverkürzung nach § 77 BVergG 2018 angemessen ist, ist jedenfalls eine Einzelfallprüfung vorzunehmen. Auch hier wird die Inanspruchnahme dieses Tatbestandes wohl

RA DR. STEPHAN HEID IST PARTNER DER ANWALTSKANZLEI HEID & PARTNER IN WIEN





jedenfalls so lange gerechtfertigt sein, bis Fachleute einen realistischen Verlauf der Krankheit seriös abschätzen können.

Möglichkeit 3: Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung. Aufträge können in einem Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung vergeben werden, wenn „äußerst dringliche, zwingende Gründe, die nicht dem Verhalten des öffentlichen Auftraggebers zuzuschreiben sind, im Zusammenhang mit Ereignissen, die der öffentliche Auftraggeber nicht voraussehen konnte, es nicht zulassen, die [...] vorgeschriebenen Fristen einzuhalten“ (§§ 35 Abs 1 Z 4, 36 Abs 1 Z 4 und 37 Abs 1 Z 4 BVergG 2018).

Bei diesem Ausnahmetatbestand handelt es sich um ein eingeschränkt transparentes Vergabeverfahren, bei dem Auftraggeber unmittel-

Im Bundesvergabegesetz 2018 finden sich drei Möglichkeiten für beschleunigte Verfahren, die öffentlichen Stellen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene in einer Krisensituation eine zeitnahe (medizinische) Versorgung ermöglichen sollen.

bar mit möglichen Auftragnehmern verhandeln können. Exklusivverhandlungen mit einem vorab ausgewählten Wirtschaftsteilnehmer sind jedoch ausschließlich dann möglich, wenn nur ein Wirtschaftsteilnehmer in der Lage sein wird, den Auftrag unter den durch die zwingende Dringlichkeit auferlegten technischen und zeitlichen Zwängen zu erfüllen. Die Wahl dieser Verfahrensart ist darüber hinaus nur dann gerechtfertigt, wenn die oben angeführten Voraussetzungen kumulativ vorliegen, wobei die Beweislast für das Vorliegen dieser Kriterien derjenige trägt, der sich darauf beruft.

Unter einem Ereignis, das der öffentliche Auftraggeber nicht vorhersehen konnte, versteht man ein Ereignis, „welches das wirtschaftliche und soziale Leben erheblich beeinträchtigt“, was bei der Corona-Krise sicherlich der Fall ist. Die Anwendung dieses Ausnahmeverfahrens ist allerdings nur für Einkäufe zulässig, die angesichts der Notsituation unmittelbar erforderlich sind. Diese Verfahrensart dient daher – im Sinne einer Übergangslösung – nur so lange zur Bedarfsdeckung, bis die Durchführung von Regelverfahren (auch unter Berücksichtigung von verkürzten Fristen!) zur Vergabe der benötigten Leistungen möglich ist.

Öffentliche Auftraggeber benötigen zur Deckung eines dringenden Bedarfs bzw. bei Aufträgen zur Versorgung und Betreuung von unmittelbar erkrankten Personen sowie bei der Verhinderung der weiteren Ausbreitung der Krankheit Flexibilität, die das Vergaberecht – wie aufgezeigt – durchaus ermöglicht. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Wahl des für die jeweilige Auftragsvergabe passenden Werkzeugs stets eine Einzelfallentscheidung darstellt, die in einem „Vergabevermerk“ zu begründen ist. ●

Die Wissensplattform zum Vergabewesen.

Aktuelle Blogbeiträge aus der Praxis und viele Tipps, Tricks und Trends.





Der neue Bankettbau

Effizienz und Sicherheit im Straßenbau

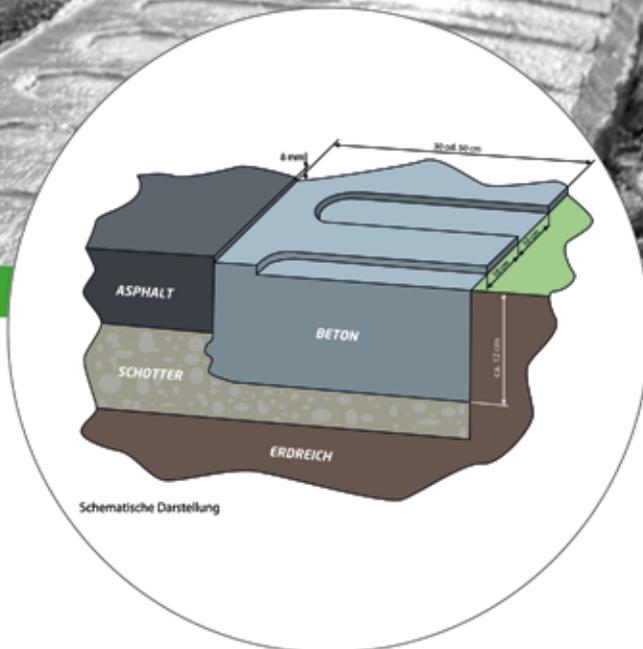
das Zauberwort im Straßenbau

Dank **W Quadrat** gehört der Zeit und Kostenintensive Bankettbau mithilfe von Pflastersteinen und Plattenbelägen nun endlich der Vergangenheit an. Durch den **Bankettmaster 1901** wird das Bankett **direkt an die Straßenform angepasst**.

Der **neu entwickelte Bankettmaster 1901** arbeitet effizient und schnell – und sehr zur Freude der vielen Verkehrsteilnehmer, die auf Schilder wie „Bankett in Arbeit“ gerne verzichten werden.

Durch den Einsatz modernster Technik garantieren wir das **hochwertigste Bankett** in der Branche! Unsere innovative Qualitätsarbeit begeisterte schon viele **Straßenmeistereien, Erhaltungsverbände und Gemeinden!**

W Quadrat spart Zeit und Geld



- **EINFACH**
- **SICHER**
- **SCHNELL**
- **KOSTENGÜNSTIG**



Der Bankettmaster 1901
in Aktion.

W Quadrat-GmbH
Salzburger Straße 44
A-4690 Schwanenstadt

tel.: +43 664 75102508
mail: office@wquadrat-gmbh.at
web: www.wquadrat-gmbh.at



KOSTENGÜNSTIG VERSENDEN

GANZ BÜRGERNAH – DER E-BRIEF

Die Post übernimmt Ihre Dokumente und stellt sie E-Brief-Empfängerinnen und -Empfängern elektronisch zu. So sparen Sie ab der ersten Sendung.



Beim E-Brief fallen keine Fixkosten an, und jede Zustellung in den E-Briefkasten wird zum halben Briefporto verschickt.

Durch den Service der „Dualen Zustellung“ nimmt die Sendung automatisch den kostengünstigsten Weg zum Empfänger: Findet sich Ihr Adressat im E-Brief-Verzeichnis der Post, ergeht die Sendung elektronisch, andernfalls wird der Brief in gedruckter Form auf dem klassischen Postweg zugestellt. Die Vertraulichkeit der Daten wird durch die zuverlässige Informationsübermittlung per E-Brief garantiert.

E-Brief in der Gemeinde Mistelbach. Seit März 2018

setzt auch die Stadtgemeinde Mistelbach auf den E-Briefkasten der Österreichischen Post. Durch den Einsatz des E-Briefs finden Sendungen künftig immer den kostengünstigeren Weg zur Bürgerin bzw. zum Bürger. Beim E-Brief fallen keine Fixkosten an, und jede Zustellung in den E-Briefkasten wird zum halben Briefporto verschickt. Die eingesparten Druck- und Versandkosten machen sich bei einer Einwohnerzahl von 11.000 Personen positiv im Stadtbudget bemerkbar. „Seit der Anwendung konnten

wir mit dem E-Brief 3 Prozent der Sendungen elektronisch abwickeln und entsprechende Einsparungen lukrieren“, sagt Mag. Reinhard Gabauer, Stadtdirektor in Mistelbach.

Ihre Vorteile

- Sofortige Kostenreduktion
- Garantierte Zustellung elektronisch oder physisch
- Hohe Trefferquote durch Identitätsmatch
- Signatur von Dokumenten mit Amtssignatur und durch den Bürger
- Integrierte Bezahlungsfunktion

MEHR INFOS

Mehr Informationen zum E-Brief der Post erhalten Sie bei der Business-Hotline unter 0800 212 212 oder businessservice@post.at sowie unter e-brief.at

Effiziente
**BUSINESS-
LÖSUNGEN**
der Post

GLÄUBIGERSCHUTZVERBAND ALS KOMPETENTER PARTNER DER GEMEINDEN

EFFEKTIVE HILFE FÜR GEMEINDEN

Hans Musser, der geschäftsführende Direktor des Alpenländischen Kreditorenverbandes, erläutert im Gespräch mit KOMMUNAL das partnerschaftliche Verhältnis seines Verbands mit den Gemeinden.



Was ist denn ein bevorrechteter Gläubigerschutzverband?

Unser Verband ist ein nach § 266 IO staatlich bevorrechteter Gläubigerschutzverband und kein Inkassobüro im üblichen Sinn, sondern genießt vom Gesetzgeber besondere Vorrechte (wie Einsicht in nicht allgemein zugängliche Insolvenzakten bei Gericht, Einschreiten bei Insolvenzverfahren und Ausübung des Stimmrechts vor Gericht) und hat demnach eine entsprechende Vertrauensstellung.

Warum nehmen Gemeinden die Hilfe Ihres Verbandes in Anspruch?

Wir können den Gemeinden effektiv helfen, Geld und (zusätzliches) Personal zu sparen, ihre Liquidität zu stärken und gleichzeitig ihr Gemeindebudget zu verbessern. Durch verschiedenste außergerichtliche Interventionen erreichen wir

die Bezahlung der offenen Forderungen, was für Gemeinden aus sozialpolitischen Gründen oft nur sehr schwer oder überhaupt nicht möglich ist. Gemeinden gewinnen durch professionelles Einziehen ihrer Forderungen neue Spielräume (z.B. für dringende benötigte Investitionen).

Ich glaube, es ist kein Geheimnis zu sagen, dass es für Gemeinden aus politischen Gründen oft sehr schwierig ist, die nötige Strenge in der Betreibung der Forderungen einzuhalten. Die Erfahrung zeigt, dass diese Forderungen mit einer hohen Sensibilität bearbeitet werden müssen.

Welche konkreten Hilfestellungen bieten Sie Gemeinden bei der Forderungsbeziehung?

Der AKV wird bereits seit vielen Jahren als bewährter und zuverlässiger Partner bei der Betreibung von privatrecht-

lichen Außenständen (Wasser, Mieten, Kindergartengebühren etc.) durch Gemeinden und Gemeindeunternehmen beauftragt.

Das Tätigwerden des AKV ist für Gemeinden vorteilhaft, da es eine Zwischenstufe zwischen den eigenen Mahnungen der Gemeinde und der Exekutionsführung darstellt. Es ist allgemein bekannt, dass Exekutionen sehr oft (z.B. bei kleineren Gewerbetreibenden) erfolglos verlaufen, da die vorhandenen Gegenstände zum Betreiben des Unternehmens erforderlich und sonstige pfändbare Gegenstände nicht vorhanden sind.

Eine Exekutionsführung brächte daher den Gemeinden kaum Vorteile. Durch gezielte außergerichtliche Interventionen kann unser Verband aber oft eine Zahlung erreichen. Ein unabhängiger Dritter, wie dies der Alpenländische Kreditorenverband ist, gelangt häufig

zu einem schnelleren Ergebnis und es kann dadurch oft auch ein langes und kostenintensives Gerichtsverfahren vermieden werden. Die Erfolgsquote des AKV ist entsprechend hoch.

Kann eine Gemeinde darüber hinaus Dienstleistungen des AKV in Anspruch nehmen?

Als bevorrechteter Gläubigerschutzverband werden wir selbstverständlich immer wieder mit der Vertretung in Insolvenzverfahren beauftragt. Von der Anmeldung der Forderung bei Gericht, dem Besuch der einzelnen Tagsatzungen bis hin zur Überwachung der jeweiligen Quotenzahlungen stehen wir an der Seite der Gemeinde.

Die Anmeldung von bevorrechteten Forderungen bei Liegenschaften und die Betreibung der neuen Rückstände als Masseforderung gehören zu



»

Wir können den Gemeinden effektiv helfen, **Geld und Personal** zu sparen, ihre **Liquidität** zu stärken und gleichzeitig ihr **Gemeindebudget** zu verbessern.“

Hans Musser

unserem täglichen Geschäft. Und damit Gemeinden bei der Auswahl der Geschäftspartner das Risiko einer schlechten Bonität verringern, bieten wir natürlich auch Wirtschaftsauskünfte in verschiedenen Stufen an.

Sozusagen ein umfassendes Schutzpaket – und das nicht nur für Gemeinden, sondern auch für alle gemeindenahen Institutionen, wie Feuerwehren, Musikschulen, Veranstaltungszentren, Kindergärten, Wassergenossenschaften etc.

Über wie viel Erfahrung verfügen Sie in der Zusammenarbeit mit Gemeinden?

Der Alpenländische Kreditorenverband ist in allen Bundesländern mit eigenen Geschäftsstellen vertreten und wir sind stolz darauf, dass wir seit vielen Jahrzehnten österreichweit eine sehr große Zahl an Gemeinden betreuen dürfen.

Wir sind daher für die Gemeinden der ideale Partner im sich ständig verändernden Wirtschaftsleben.



MEHR INFOS

AKV EUROPA, Alpenländischer Kreditorenverband
 Tel.: +43 (0)5 04 1000
 Fax: +43 (0)5 04 100-1522
 Schleifmühlgasse 2, 1040 Wien
www.akv.at

AKV EUROPA:

Auf Kompetenz Vertrauen ...

IN HOCHFORM DER X950R



JOHN DEERE

NOTHING RUNS LIKE A DEERE

Dieser Rasentraktor mit Heckauswurf und Heckgrasfangbehälter ist mit robustem Rahmen und 122 cm-Mähwerk aus Stahl für viele sorgenfreie Einsatzjahre gerüstet.

AKTIONSPREIS AB € 16.990,-*



Lagerhaus Technik lagerhaus.at

*unv. empf. Verkaufspreis in Euro inkl. aller Steuern und Abgaben. Aktion gültig bis 30.04.2020 bzw. solange der Vorrat reicht bei allen teilnehmenden John Deere Vertriebspartnern.

WIR STEHEN AUF UMWELTFREUNDLICHEN ASPHALT.



UND DAS SEIT ÜBER 30 JAHREN!

Unser Ziel ist es, Asphaltflächen im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu erhalten und zu sanieren.

Dafür entwickeln wir Asphaltprodukte und Emulsionen mit gesteigerten Eigenschaften und setzen dabei stets neue ökologische Maßstäbe:

- Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen
- Vermeidung von Lösungsmittel
- Hauseigener Stromerzeugung (Wasserkraft & Photovoltaik)
- Verwendung von Recycling-Asphalt in Flächenbauweisen



Vialit www.vialit.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KLIMA- UND ENERGIEFONDS

IMMER MEHR GEMEINDEN STARTEN DIE WÄRMEWENDE

Zahlreiche Kommunen haben mit Unterstützung des Klima- und Energiefonds auf erneuerbare Energien umgesattelt. Erfolgreiche Projekte in Klima- und Energie-Modellregionen wie Murau und Hartberg zeigen, wie die Wärmewende gelingen kann.

Die Energieversorgung in Österreich ist im Wandel. Zunehmend werden die Weichen für ein neues Energiesystem gestellt, das den Ansprüchen des Pariser Klimaabkommens gerecht werden soll und somit den schrittweisen und vollständigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energie forciert. „Wichtige Vorreiter für die Wärmewende sind unsere Klima- und Energie-Modellregionen“, so Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

Mehr als die Hälfte des österreichischen Endenergieverbrauchs wird durch den Wärmebedarf verursacht. Anders als in der Stromerzeugung überwiegt im Wärmebereich die Nutzung fossiler Energie mit einem Anteil von rund 60 Prozent. Daher ist zukunftsfähiges Handeln insbesondere in diesem Bereich wichtig für die Erreichung der Ziele der österreichischen Klima- und Energiestrategie. Zahlreiche Gemeinden haben

das erkannt und sind auf einem guten Weg der Umsetzung.

Schritt für Schritt werden Projekte erfolgreich umgesetzt, die in Summe eine nachhaltige Wärmewende bewirken. In Böhmeimkirchen wurde beispielsweise das historische Rathaus im Rahmen des Klimafonds-Förderprogramms „Mustersanierung“ saniert und zu einem Bürgerzentrum erweitert. Bei der Sanierung wurden hauptsächlich Passivhauskomponenten verbaut, und die Konditionierung des Gebäudes erfolgt nun zu einem großen Teil mittels Betonkernaktivierung, wobei die Wärme mit Fernwärme bereitgestellt wird. Für das Free-Cooling-System wird Energie direkt aus den Gebäudefundamenten (Energiepfähle) entnommen. Über eine Sole/Wasser-Wärmepumpe kann zusätzlich Kälte erzeugt werden. Der Heizwärmebedarf sank so von zuvor 45 kWh auf 5 kWh pro Kubikmeter und Jahr, wodurch jährlich 30t CO₂ eingespart werden.

Pischeldorf in Kärnten hat sein Nahwärmenetz erweitert und versorgt seine Bürger mit zwei Biomasse Kesselanlagen, ergänzt um eine thermische Solaranlage zur Effizienzsteigerung im sommerlichen Teillastbetrieb.

Zur Verfeuerung nehmen die Pischeldorfer ausschließlich regionales Waldhackgut mit einer Lieferdistanz von höchstens drei Kilometern.

Auch in der steirischen Klima- und Energie-Modellregion Murau macht man sich die walddreiche Umgebung zur klimafreundlichen Wärmegewinnung zunutze. „Schon in den späten 80er-Jahren erkannte man hier das Potenzial der Biomasse und hat dementsprechende Heizwerke errichtet. Heute haben wir 45 Biomasse-Heizwerke, die eine thermische Leistung jeweils größer 100 kW besitzen.“ erklärt der lokale KEM-Manager Erich Fritz. In nahezu jedem Ort und Ortsteil gibt es mittlerweile Biomasseheizwerke. Bereits 2013 kamen so 75 Prozent der Wärmebereitstellung



im Bezirk Murau aus erneuerbaren Energiequellen. Durch den permanenten Ausbau und das somit attraktive Angebot der Fernwärme gelang es, große Teile der Bevölkerung auf einen Umstieg weg von der Ölheizung zu bewegen.

Gegen die Ölheizung, aber auch gegen die Gasheizungen kämpft auch Anton Schuller. Er ist der KEM-Manager der Kleinregion Hartberg in der Oststeiermark mit der gleichnamigen Bezirkshauptstadt als Zentrum. 2014 sollte dort das Erdgasnetz ausgebaut werden. Für hochwertige Produktionswärme gestatte man dies zwar, doch der Gemeinderat beschloss einstimmig, dass



Auch in der steirischen Klima- und Energie-Modellregion Murau macht man sich die waldreiche Umgebung zur klimafreundlichen Wärmegewinnung zunutze. In nahezu jedem Ort und Ortsteil gibt es mittlerweile Biomasseheizwerke.

auf öffentlichem Grund das Erdgasnetz nicht zum Zwecke der Raumwärme ausgebaut werden darf. „Eine ganz wichtige Entscheidung!“, erklärt Schuller. „Die Gasheizung ist nämlich nur marginal besser als die Ölheizung. Doch wenn die Leute heute auf Gaskessel umsteigen, kommt es zum sogenannten Lock-in-Effekt, sprich, diese fossilen Energieträger bekommen wir die nächsten 20 Jahre nicht mehr raus.“

In den KEM-Regionen wird der Umstieg auf Pellets-Heizung bzw. andere erneuerbare Wärmeenergie stark forciert. Neben dem Klimaschutzgedanken gibt es aber noch

einen anderen gewichtigen Aspekt zu bedenken - die lokale Wertschöpfung. „Alleine durch die Umrüstung vom Landeskrankenhaus Stolzalpe und der Brauerei Murau werden jährlich 1,6 Millionen Liter Heizöl eingespart, die von außen zugekauft werden mussten. Die 750.000 Euro bleiben nun in der Region“, erklärt Erich Fritz.

Murau, Hartberg, Pischeldorf oder Böheimkirchen stehen exemplarisch für über 800 österreichische Gemeinden, die mit Unterstützung des Klima- und Energiefonds daran arbeiten, mehr auf Sonnen-, Wind-, Wasser- und Bioenergie zu bauen, um



Ganze 45 Biomasse-Heizwerke, mit jeweils mehr als 100 kW Wärmeleistung versorgen heute die Bürger in der KEM-Region Murau.

so unabhängig von fossilen Brennstoffen zu sein. Sie zeigen heute schon, wie unsere Klima- und Energiezukunft aussehen kann. Insgesamt setzen die 96 Klima- und Energie-Modellregionen (KEM) in 841 Gemeinden bereits mehr als 4800 Klimaschutzprojekte um. Sie unterstützen insbesondere Gemeinden mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung. Im Bereich der Energiesysteme und Netze liegt der Schwerpunkt der Förderungen in der Verzahnung von Strom, Wärme und Mobilität, damit erneuerbare Energien optimal genutzt und integriert werden können.

FAKTCHECK WÄRMEWENDE

Wussten Sie, dass...

- der Wärmebereich für mehr als die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Österreich verantwortlich ist?
- der überwiegende Teil der Wärmeversorgung nach wie vor durch fossile Energieträger gedeckt wird?
- rund zwanzig Prozent des heimischen CO₂-Ausstoßes auf Raumwärme- und Warmwasserversorgung entfallen?
- die Energiewende im Raumwärme- und Warmwasserbereich jährlich an die drei Milliarden Euro an Heizkosten einsparen könnte?

Der Klima- und Energiefonds liefert im „Faktencheck“ aktuelle Zahlen, Daten und Analysen, greift die wichtigsten Argumente der Energiewende-Diskussion auf und erörtert sachlich die Fakten.

faktencheck-energiewende.at



INFOS

Detaillierte Informationen für die Wärmewende auch in Ihrer Gemeinde finden Sie auf:

www.klimafonds.gv.at
www.mustersanierung.at
www.klimaundenergiemodellregionen.at
www.solare-grossanlagen.at

KOMMUNALE VERKEHRSSICHERHEIT MIT RADARRENT OEG

IMMER EINE FRAGE INDIVIDUELLER LÖSUNGEN

Radarrent OEG hat für jede Gemeinde und jede Stadt die passende Lösung für die Optimierung der kommunalen Verkehrssicherheit.

Ob Sicherheit, Verkehrszählungen, die Lieferung von Tempodisplays („Sie fahren ...“), die Projektierung von Geschwindigkeitsmesssystemen mit den modernsten Messgeräten wie Traffistar S350 Laser, die Lieferung modernster Bodenkabinen ROB4 oder die digitale VSTV-Anzeigenauswertung und -übermittlung: Radarrent OEG ist mit seinem Netzwerk zu Verkehrspolizei, Verkehrsbehörden, Verkehrs-

experten und Verkehrstechnikfirmen der ideale Partner für Ihre kommunale Verkehrssicherheitsarbeit.

Andreas Morgenbesser, Amtsleiter der Marktgemeinde Leobersdorf, schildert den gesamten Prozess von der Verkehrszählung bis zur Evaluierung der Verbesserungen der Verkehrssicherheit durch eine maßgeschneiderte Überwachung in Kooperation mit der Landespolizeidirektion NÖ: „Leobersdorf machte

zunächst verdeckte Geschwindigkeitsmessungen mittels Seitenradar, die Erhebungen vor Ort und die Analysen des bisherigen Unfallgeschehens in der Marktgemeinde wurden in einem Verkehrskonzept zusammengefasst. In diesem Konzept wurden die örtlichen Gefahrenpotenziale aufgezeigt und auch die Angaben bzw. Beschwerden der Bevölkerung über erhöhte Geschwindigkeiten in bestimmten Ortsteilen berücksichtigt. Ein besonderes

Augenmerk wurde auf die unmittelbare Umgebung von Kindergärten, Schulen, Busstationen etc. gelegt.“

Die Firma Radarrent OEG hat die Marktgemeinde Leobersdorf von Projektbeginn an mit ihrem fachspezifischen Wissen bestens unterstützt und vor allem im Behördenverfahren perfekt begleitet. „Nach Abschluss des Behördenverfahrens und der Bewilligung von fünf Standorten zur stationären Geschwindigkeits-



Maschinen für jeden Einsatz

Zeppelin Österreich GmbH
bietet mit den drei Marken Caterpillar, Thwaites und Weber MT eine breite Produktpalette für Kommunen an.
Profitieren Sie von unseren umfassenden Serviceleistungen!

zeppelin-cat.at












„Die Leasingvariante beinhaltet für die Gemeinde ein ‚Sorglospaket‘ und umfasst auch Reinigung, Eichung, Versicherung, Wartung, Service und Justierungen.“

Andreas Morgenbesser,
Amtsleiter von Leobersdorf

überwachung sowie aufgrund der positiven Erfahrungen mit Radarrent OEG hat sich der Gemeinderat zu einer Leasing-

variante mit Radarrent OEG entschlossen. Diese Variante beinhaltet für die Gemeinde ein sogenanntes ‚Sorglospaket‘ und umfasst auch die Reinigung der Bodenkabinen, die Eichung, die Versicherung, die Wartung, das Service und die Justierungen“, so Morgenbesser.

Die Auswertung der Daten sowie die Übermittlung der Anzeigen an die Behörde erfolgen ausschließlich durch Organe der zuständigen Landespolizeidirektion.

Nach mehr als einem Jahr Vollbetrieb kann von der Ge-

meinde nun ein erstes, äußerst positives Resümee gezogen werden. „Radarrent zeichnet sich als professioneller Partner aus und die entsprechende Verkehrssicherheit an den Standortstellen konnte wesentlich erhöht werden“, so Andreas Morgenbesser.

Radarrent OEG kann Ihrer Gemeinde die beste Lösung anbieten, als Exklusivhändler Österreichs für die Bodenkabinen ROB4, als Vertriebspartner von Jenoptik Wien und als Kooperationspartner von Traffix Verkehrsplanung GmbH für Verkehrsgutachten. Weiters

liefert Radarrent OEG noch verschiedene Tempodisplays und Verkehrszählgeräte eines renommierten deutschen Herstellers.



MEHR INFOS

RADARRENT OEG
Manfred Szumovski
2500 Baden
Schimmergasse 11/1
E-Mail: office@radarrent.co.at
Home: www.radarrent.co.at
T: 0664 100 7988

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



AS MOTOR **PELLENC** **ECHO** **METESIA**

Pellenc Rasion 2

NEU



Etesia Buffalo



ECHO Akku-Motorsäge DCS-2500T

NEU



Der Spezialist für innovative Maschinen zur professionellen Grünpflege.

www.hochfilzer.com



GENERALVERTRETUNG: 6250 Kundl, Weinberg 18
T +43 5338 8405, F -32 | info@hochfilzer.com

Hochfilzer

WIR SIND IHR PARTNER

NEUERUNGEN IM BUNDESVERGABEGESETZ (BVERGG)

ÖKOLOGISCH, REGIONAL, BESTBIETER

Im neuen Regierungsübereinkommen hat es sich die Bundesregierung zum Ziel gemacht, das Vergaberecht und die öffentliche Beschaffung als wichtige Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels einzusetzen.

Die Einführung von **verbindlichen ökologischen Vergabekriterien** für die bundesweite Beschaffung ist geplant. Angedacht ist eine Erweiterung der allgemeinen Grundsätze des Vergaberechts, eine Regelung der Bestimmungen für Leistungsbeschreibung und technische Spezifikationen, der Zuschlagskriterien oder der Vertragsbestimmungen des Leistungsvertrags. Diese Überlegungen sind allerdings auf den Bundesbereich beschränkt.

Konkretisiert wird das Vorhaben der Ökologisierung, indem bei der Bewertung von Angeboten nach dem Bestbieterprinzip der Fokus künftig auf den **Qualitätskriterien** liegen soll. Die bestehenden Qualitätskriterien werden um verbindliche ökologische und soziale Kriterien für die angebotenen Produkte und Dienstleistungen (z. B. für die öffentliche Bautätigkeit) erweitert. Wertvoll wäre hier die Entwicklung eines Kriterienkatalogs mit Musterkriterien.

Digitalisierung & IoT))) für Ihre Smart City



Hochwasserfrühwarnung))) Wasserwirtschaft))) Monitoring



Ein Modell zur **aktiven Beratung von Gemeinden und Ländern** hinsichtlich ökologischer und nachhaltiger Infrastrukturprojekte soll entwickelt werden. Wie dieses ausgestaltet werden soll, ist noch unklar.

Auf EU-Ebene möchte sich die Bundesregierung für die Stärkung der **Regionalität** im Rahmen EU-rechtlicher Vergaberichtlinien einsetzen. Die Chancen für regionale Unternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge sollen verbessert werden. Hintergrund dieser Überlegung ist der Gedanke des Klimaschutzes. Diese Zielsetzung steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zum Grundgedanken des Binnenmarktes in der Europäischen Union. Fraglich ist daher, ob es zu einem Umdenken auf Unions-ebene kommen kann.

Die Geltung der **Schwellenwertverordnung** soll verlängert werden. Davor ist die Überprüfung einer möglichen Anhebung der Schwellenwerte durchzuführen. Eine Anhebung hätte positive Auswirkungen auf die Regionalität, weil mehr Direktvergaben durchgeführt werden könnten.



» Bei der Bewertung von Angeboten nach dem Bestbieterprinzip soll der **Fokus künftig auf den Qualitätskriterien liegen.**“

Geplant ist eine Stärkung von **Verwaltungs-kooperationen** iSd § 10 Abs 3 BVergG (zB im Bereich IT, Gebäudemanagement), insbesondere auch auf Gemeindeebene. Ebenso ist eine weitere Reduzierung des Gold-Plating geplant. Nationale Verschärfungen gegenüber EU-Vorgaben, die keine sachliche Rechtfertigung haben, sollen somit reduziert werden. Dadurch soll es im Vergabeverfahren zu einem Bürokratieabbau kommen.

Im Rahmen eines **Kontroll- und Transparenzpakets** möchte die Regierung das Amtsgeheimnis abschaffen und das Recht auf Informationsfreiheit durchsetzen. Das Vergaberecht wird von diesem Vorhaben betroffen sein, weil die Veröffentlichung von Verträgen ab einem bestimmten Schwellenwert geplant ist. Das Recht auf Informationsfreiheit muss jedoch im Verhältnis zur Wahrung von Geschäfts- und Berufsgeheimnissen stehen. ❖

DR. MATTHIAS ÖHLER IST PARTNER BEI SCHRAMM ÖHLER RECHTSANWÄLTE OG

✉ M.Oehler@schramm-ohler.at



Leuchtende Innovationen aus Melk



WENN GEMEINDEN UND BIG GEMEINSAM BAUEN

ZWANGSHEIRAT ODER GESCHÄTZTE PARTNERSCHAFT?

Polzeischießstände, Justizgebäude, Kasernen, Gymnasien, Universitäten: Wenn der Bund baut, kommt sehr oft die BIG, die Bundesimmobiliengesellschaft, zum Einsatz.

Sie ist einer der größten Immobilien-Eigentümer Österreichs und, nicht anders als viele Gemeinden, mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: Bauen in historischer Bausubstanz, und das zudem nachhaltig oder gar im laufenden Betrieb, gehört zum täglichen Geschäft.

Von den gehandelten Summen können Gemeinden und Kommunen allerdings nur träumen: 450 Millionen Euro beträgt das Investitionsvolumen, das die BIG jährlich im Zuge von Neubauten oder auch Generalsanierungen zu bewegen hat. Diese werden vom Bodensee bis zum Neusiedler See, in Gemeinden wie auch in Städten investiert.

Aufgabe der BIG ist, ganz vereinfacht gesagt, die Bereitstellung von Raum für Bundeszwecke. Darüber hinaus entwickelt und bewirtschaftet die 2012 gegründete Tochtergesellschaft ARE (Austrian Real Estate GmbH) Büro- und Wohnimmobilien. Die BIG wurde 2019 gleich dreimal mit dem Staatspreis Architektur und Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Ein Grund für KOMMUNAL, zum Interview zu bitten.

Herr Gleissner, Sie sind Geschäftsführer der BIG. Welche Schwerpunkte begleiten die BIG bei den Projekten?

WOLFGANG GLEISSNER: Etwa 75 Prozent des Portfolios im Bereich der BIG machen Schulen, Universitäten und Sicherheitsimmobilien aus. 25 Prozent macht die ARE aus, die man aber bei einer Größenordnung von drei Milliarden Euro Bilanzsumme auch nicht kleinreden darf. Was die BIG von vielen Immobilienunternehmen unterscheidet: Wir sehen uns, neben der gesetzlichen Verpflichtung, österreichweit Raum für den Bund zu schaffen, ganz klar als Partner der

Länder, Gemeinden und Ortschaften. Erfolgreiche Projekte und Ergebnisse, die beide Seiten zufriedenstellen, brauchen eine konstruktive und aktive Zusammenarbeit. Ein Beispiel dafür ist das Thema Nachhaltigkeit – eine enge Abstimmung mit den EntscheidungsträgerInnen vor Ort ist ein absolutes Muss.

Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Stichwort. Wie darf man sich den Umgang damit genau vorstellen?

Die nachhaltige Entwicklung von Immobilien gewinnt national wie international rasant an Bedeutung. Als Bundesimmobiliengesellschaft sehen wir uns in der Verantwortung, in diesem Bereich besondere Standards zu setzen. Das betrifft mehrere Ebenen – abgesehen von der gesellschaftlichen Verantwortung wird das Thema schon allein aufgrund unserer Größe zum ökonomischen Faktor.

Wir forcieren etwa die Verwendung unterschiedlicher und nachhaltiger Materialien. Wir haben, um ein Beispiel zu nennen, den ersten Vollholz-



Die im Eigentum der Stadt Waidhofen/Ybbs stehende Sporthalle wird derzeit einer Generalsanierung unterzogen. Umkleidekabinen, Wasch- und Duschräume sowie Halle und Nebenanlagen werden zeitgemäß adaptiert. Baubeginn ist im Juli 2020, Fertigstellung und Übergabe sind für August 2021 geplant.



**Dipl.-Ing.
Wolfgang Gleissner**

Universitätsbau umgesetzt und probieren jetzt bei einem Wohnbauprojekt in Wien verschiedene Materialien nebeneinander. In den nächsten Jahren investieren wir massiv in den Photovoltaik-ausbau. Kurzfristig werden wir Dachflächen von 200.000 Quadratmetern für die Errichtung von Photovoltaikanlagen verwenden. Das entspricht dem Energiebedarf von rund 5.000 Haushalten. Innerhalb des Unternehmens haben wir zu Beginn dieses Jahres verpflichtend unseren nachhaltigen Mindeststandard eingeführt, der für alle Neubauten und Generalsanierungen gilt. Dieser BIG-Mindeststandard stellt sicher, dass alle Projekte von BIG und der Tochter ARE jedenfalls den „klimaaktiv SILBER“-Standard erreichen. Damit geht unser Konzernstandard deutlich über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. Gleichzeitig müssen sich die Rahmenbedingungen weiterentwickeln. Ein wichtiger Hebel ist dabei der Bereich der Vergabe. Die jetzige Bundesregierung hat das erfreulicherweise erkannt und sich eine stärkere Ökologisierung mittels Bestbieterprinzip zum Ziel gesetzt. Damit wird erreicht, dass zukünftig deutlich intensiver auf nachhaltige Konzepte gesetzt wird, die die Regionen vor Ort stärken.

ZUR PERSON

Wolfgang Gleissner hat an der TU Wien studiert und war anschließend ebendort sowie im Wirtschaftsministerium tätig. Seit Mai 2006 ist er einer der Geschäftsführer der BIG.

Vergabe ist natürlich ein Thema in den Gemeinden. Die BIG ist ja dazu verpflichtet, bei Neubauten einen Architekturwettbewerb durchzuführen. Bedeutet das für Sie Fluch oder Segen?

(Lacht) Fluch keinesfalls. Ja, die BIG ist gesetzlich verpflichtet, bei Neubauten einen Wettbewerb durchzuführen. Das mag von außen betrachtet wie eine Fessel wirken, aber Wettbewerbe haben auch bestechende Vorteile.

Die da wären?

Sie bieten uns die Möglichkeit, aus einer Vielzahl von exzellenten Konzepten und kreativen Ideen auszuwählen. Wer seine grundsätzlichen Ansprüche und Vorstellungen betreffend das Objekt definiert, der erhält eine Vielzahl von Darstellungen. An viele davon hätte man selbst vielleicht gar nie gedacht. Ein anderer Vorteil betrifft die Bürgerbeteiligung, ein klares Plus, das öffentliche AuftraggeberInnen vermehrt erkennen und nutzen. So lassen sich etwa in einer Ausstellung der verschiedenen Wettbewerbsbeiträge und einem Jury-Protokoll die fachlichen Entscheidungen nachvollziehbar machen und alles wird wesentlich transparenter. Diese Transparenz kommt allen zugute!

Auch die ArchitektInnen-Vertreter streuen Ihnen Rosen: Der oberste Architekt, Daniel Fügenschuh, hat unlängst gegenüber KOMMUNAL die Musterauslobung für Wettbewerbe der BIG in den höchsten Tönen gelobt.

Das freut mich sehr. Wir stehen im engen Kontakt mit der Berufsvertretung der ArchitektInnen, weil wir immer das konstruktive Miteinander in den Vordergrund stellen. Daher ist es uns ein Anliegen gerade die Auslobungsunterlagen mit dem Berufsstand abzustimmen, um hier größtmögliche Akzeptanz zu schaffen, die am Ende auch in Rechtssicherheit mündet. Die Ausgewogenheit der Interessen von Auftraggeber und Auftragnehmer trägt zum besseren Ablauf von Projekten bei und ist ein weiterer Schlüssel zum Erfolg.

Rechtssicherheit, Transparenz etc. Es klingt, als wären Bauprojekte ein wahres Minenfeld geworden?

Wir sehen in unserer täglichen Arbeit mit kleinen Städten, mit Gemeinden und Kommunen, welchen Herausforderungen diese zunehmend gegenüberstehen. Gerade kleinere Kommunen in ländlichen Gebieten, die von Abwanderung ➤

und einer alternden Bevölkerung betroffen sind, versuchen oft, diesen Trends mit Bauten gegen-zusteuern. Umgekehrt gibt es größere Kommunen, deren Problem eher die Zuwanderung ist. Ein weiteres Beispiel ist die kommunale Bil-dungspolitik, die als Standortvorteil zunehmend in den Fokus gerät. All diese Entwicklungen haben eins gemeinsam: Sie sind mit herkömm-lichen Verwaltungsstrukturen nicht zu bewälti-gen. Vor diesem Hintergrund sind Rechtssicher-heit und Transparenz vielleicht die geringeren Probleme.

Ein tristes Bild, das Sie da zeichnen ...

Nein, denn mit den Herausforderungen – Durch-führung vom Planer-Findungsverfahren über die bauliche Umsetzung bis hin zur Betriebs-führung der Gebäude – wächst auch der Mut der Akteure vor Ort. In unserer Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen, beispielsweise von Sankt Oswald in der Steiermark (Neubau Kindergarten und Gemeindeamt), Premstätten (Neubau Ge-meindeamt) oder Waidhofen an der Ybbs (Gene-ralsanierung der Dreifach-Turnhalle) haben wir gesehen, wie erfolgreiche Projekte trotz dieser schwierigen Verantwortungslage umgesetzt werden können.

Diese Beispiele zeigen, dass durch konstruktive Zusammenarbeit auch innerhalb des Span-nungsfelds von Kosten und Nutzen Parameter wie Funktionalität, Wohlfühlen, Identifikation und höchste Qualität erfolgreich umsetzbar sind. ●



Die BIG errichtete für die Gemeinde Premstätten das neue zweigeschoßige Rat-haus und den neuen Hauptplatz und gestaltete den angrenzenden Park neu. Im Gebäude integriert ist nicht nur das Tourismusbüro, sondern auch ein Café mit Blick auf den Park. Die Übergabe war im Februar 2020.

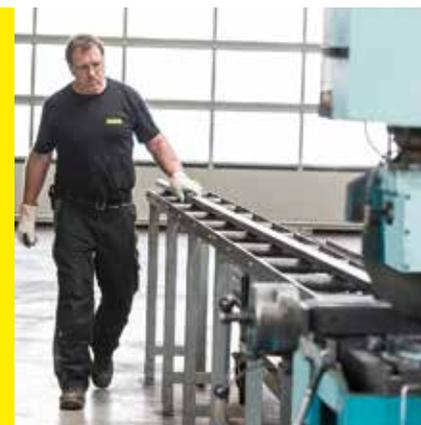


In St. Oswald bei Plankenwarth errichtete die BIG ein Multifunktionsgebäude, bestehend aus einem Gemeindeamt, Friseur, Café und Nachmittagsbetreuung für die Volksschule sowie den Kindergarten. Die Übergabe des neuen Gemeinde-zentrums fand im August 2018 statt.

FOTOS/BIG/E/© EDERER + HAGHIRIAN ARCHITECTEN ZT-GmbH

PROFlrund A3 mit Einwurfföffnung an der Vorderseite

zur Vermeidung von Vermüllung durch Vögel und andere Wildtiere



Modern, stilvoll und hochwertig verarbeitet

STAUSBERG
S T A D T M Ö B E L

VOM EINFACHEN LICHTMAST ...

... ZUM VERNETZTEN MULTIFUNKTIONALEN TRAGWERK



Um dem zukünftigen Bevölkerungswachstum in den Städten gerecht zu werden, muss die Stadtentwicklung innovative Lösungen finden. Eine „Smart Street“ unterstützt die Entwicklung hin zum modernen Straßenbau im kommunalen Lebensraum. Ein Grundbaustein, um diese Anforderungen zu erfüllen, ist die Möglichkeit sich frei und sicher bewegen zu können. Denn ganz gleich, ob die Menschen zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto, öffentlich oder sonst wie unterwegs sind, muss allen Verkehrsteilnehmern zukünftig eine optimale und zeitgemäße Fortbewe-

gung ermöglicht werden. Ein fixes Element der Stadt der Zukunft ist „mast have BY FONATSCH“ – das multifunktionale Design-Tragwerk aus dem Hause Fonatsch.

Neben Ladestationen für E-Autos/E-Bikes und freies WLAN, die den Komfort für die Bevölkerung steigern sollen, kann durch die Integration von Notfallknöpfen, Notbeleuchtung und ggf. Videoüberwachung die Sicherheit weiter ausgebaut werden. Das Tragwerk kann in diesem Fall auch Lichtinsel und Sammelpunkt sein, um den Menschen in Krisensituationen wie Blackouts als Anlaufpunkt

und Informationsweitergabestelle zu dienen. Der Mehrwert macht den Unterschied und die Bevölkerung soll davon profitieren.

mast have
BY FONATSCH

KONTAKT

Fonatsch GmbH
Industriestraße 6, 3390 Melk
T 02752 52723-0
masthave@byfonatsch.com
Website www.masthavebyfonatsch.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

**FÜR IHRE GEMEINDE
NUR DAS BESTE.
ICH BIN GERNE FÜR SIE DA.**

- FINANZIEREN
- ALL-INCLUSIVE LEASING
- PORTFOLIOSTEUERUNG



HYPO NOE
Mit Sicherheit unsere Bank.

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at

NEUE WEGE DER ORTS- UND STANDORTENTWICKLUNG

MITGESTALTUNG DEFINIERT ARBEITEN, WOHNEN UND LEBEN DER ZUKUNFT

Früher waren Ortskerne belebt. Geschäfte, Serviceeinrichtungen, Schulen und der eine oder andere Handwerksbetrieb sorgten für Leben auf den Straßen. In vielen Gemeinden gehört dieses Bild der Vergangenheit an. Wie schafft man es heute, die Bereiche Arbeiten, Wohnen, Bildung, Handel und soziales Leben wieder enger miteinander zu verbinden?

TEXT // MARTIN KALTENBRUNNER

Durch das Wegfallen von kleinen Handwerksbetrieben und das Aufkommen verschiedenster Online-dienste, die analoge Servicestellen und Geschäfte oftmals obsolet machen, stehen Gebäude im Ortskern zunehmend leer. In stadtnahen oder verkehrstechnisch günstig gelegenen Gemeinden entstehen rund um die Ortskerne vermehrt Wohnsiedlungen. Pendlerströme und die Versiegelung von Grund und Boden nehmen zu. Die Auswirkungen von Digitalisierung, Globalisierung, Mobilität und anderen Megatrends treffen ländliche Regionen also bereits unmittelbar.

Viele Gemeinden starten daher Initiativen, um das Ortszentrum wieder zu beleben. Es entstehen Kaffeehäuser, Kulturstätten, Nahversorgerprojekte, etc. Leider schließen sie auch oft wieder, weil ein nachhaltiges Konzept fehlt.

So entstehen wirksame Initiativen. Doch es geht auch anders. Man bindet in allen Projekten immer alle Stakeholder ein. Entscheidungsträgerinnen und -träger, die offen für eine partizipative Herangehensweise sind, haben Erfolg.

» Durch ‚Wissensarbeit‘ und die Akzeptanz neuer Lebens- und Arbeitsmodelle in der Wirtschaft **entsteht ein Riesopotenzial an der Nahtstelle zwischen Betrieben und Gemeinden.**«

Denn nur so kann eine nachhaltige Initiative entstehen.

Die strategische Ausrichtung und die regionalen Einflussfaktoren liefern die Basis für die Erarbeitung neuer Nutzungskonzepte. Anforderungen und Bedürfnisse können so frühzeitig erhoben und in den Planungen berücksichtigt werden. Mobilitätskonzepte, die Verkehrsplanung und die Anbindung der bestehenden Infrastruktur sind dabei immer miteinzubeziehen.

Am Beginn eines solchen Projekts zur Ortskernbelebung müssen die Grundlagen zu verfügbaren Grundstücken, deren Widmung, Bestandsbebauung und bereits in Planung befindliche Projekte erhoben werden. Ein Blick auf nicht realisierte Projektideen der Vergangenheit, statistische Daten und die Zielsetzung der Gemeinde ist ebenfalls aufschlussreich. Die Zusammenstellung einer Projektgruppe, die traditionelle Werte und zukünftige Chancen auf Basis der erhobenen Daten in Verbindung bringen kann, um ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten, ist der nächste Schritt.

Digitalisierung ist eine Chance für Gemeinden. Die Digitalisierung, die zum Teil dazu beigetra-





gen hat, Ortskerne auszudünnen, kann einen Gegentrend auslösen. Denn: Die sogenannte „Wissensarbeit“ gewinnt immer mehr an Bedeutung. Viele Unternehmen erkennen das und verändern ihre Struktur in Richtung agiler, orts- und zeitunabhängiger Arbeitsweisen. „Arbeit“ wird also auch wieder vermehrt dort möglich, wo man wohnt.

Hier entsteht aktuell durch die Akzeptanz neuer Lebens- und Arbeitsmodelle in der Wirtschaft ein Riesipotenzial an der Nahtstelle zwischen Betrieben und Gemeinden. Um den regionalen Bedarf zielgerichtet und nachhaltig erfassen zu können, ist die Bildung einer interessierten und gestaltungswilligen Community essenziell.

Mehrere Projekte zeigen, wie es gehen kann.

Alle aktuell erfolgreichen Projekte haben diese wesentliche Komponente gemeinsam. Am Beispiel der Entwicklung des Quartier A in Amstetten zeigt sich, dass sich durch die Möglichkeit der Mitgestaltung eine Gruppe gefunden hat, die das zukünftige Arbeiten, Wohnen und Leben in diesem Quartier gestalten will. Der Verein „Werkstatt A“ bildet die entsprechende Interessensplattform.

Das Quartier A schafft Zugänge, wo bislang verschlossene Türen waren. Neue Wohnformen sind ein Magnet für „Creative Industries“, High Potentials und Bildungseinrichtungen. Die Seele des Quartier A ist die „Remise“ (oben), die als „Future Hub“ ein Raum der Begegnung, Inspiration und Konfrontation ist.

So wurden bereits Flächen der ÖBB angemietet, um einen Coworking- und einen Maker-Space zu verwirklichen. Aus dieser Plattform sind unterschiedlichste Initiativen entstanden: Es finden beispielsweise regelmäßige Programmierer-Stammtische mit rund 80 TeilnehmerInnen statt.

Auch Coding-Contests, bei denen sich vor allem SchülerInnen und Studierende aus der Region mit der etablierten IT-Szene vernetzen und weiterentwickeln können, sind dabei. Die Initiativen sind ein Jahr nach ihrer Gründung sehr gut genutzt und suchen dringend nach Erweiterungsfächen. Die ÖBB mit ihrem Projektleiter Günther Sterlike haben bereits einen Masterplan mit ExpertInnen aus unterschiedlichen Bereichen und der Stadt Amstetten für das Areal entwickelt. Er bildet die Basis für die bald folgende Bebauung.

Auch in Waidhofen/Ybbs läuft unter der Leitung von Bürgermeister Werner Krammer und dem Verein „Beta-Campus“ eine ähnliche – bereits teilweise umgesetzte und mehrfach preisgekrönte – Entwicklung.

Linz: Tabakfabrik wurde Zentrum für Kreativwirtschaft. Wie sich eine solche Community im **»**



In einem etwas kleineren Maßstab als in Amstetten läuft derzeit ein Entwicklungsprozess in Hürm ab. Die ersten Projekte werden gerade realisiert – weitere befinden sich in der Planungsphase.

FOTO // © Architekt Haberl

Betrieb weiterentwickeln kann, zeigt die Tabakfabrik in Linz. In dem 2009 von der Stadt Linz angekauften Areal hat sich durch den Einsatz der beiden Direktoren Chris Müller und Markus Eidenberger und ihres Teams eine Innovationsökologie und ein Zentrum für Kreativwirtschaft, Digitalisierung und Start-ups entwickelt, in dem aktuell 1.700 Personen aus 250 Organisationen Zugang zu einem Arbeitsplatz haben. Am letzten Tag der Zigarettenproduktion in der ehemaligen „Tschickbude“ waren es nur 284.

Der Entwicklungsprozess in Hürm. In einem etwas kleineren Maßstab läuft dieser Entwicklungsprozess unter der Leitung von Bürgermeister Johannes Zuser in der Marktgemeinde Hürm ab, wo nach einem Leitbildprozess alle Beteiligten in die Planung eingebunden wurden.

Neben der Gemeinde selbst, der Pfarre, dem Nahversorger, der GEDESAG (Wohnbauträger) und den Vereinen im Ort haben auch Verkehrsplaner und Architekten bei der Erstellung des Masterplans mitgewirkt.

Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer BürgerInnenversammlung bereits in der Konzeptphase vorgestellt, um weitere Verbesserungen zu diskutieren. Aktuell werden die ersten Projekte realisiert – weitere befinden sich gemäß dem vereinbarten Konzept in der Planungsphase.

Die Unterstützung solcher Prozesse in unterschiedlichen Rollen hat für mich auch die



**ZUR PERSON
MARTIN
KALTENBRUNNER**

ist Senior Consultant bei M.O.O.CON, einer Unternehmensberatung, die auf wirksame und nachhaltige Gebäude, Prozesse und (Arbeits-)Welten – wie auch Ortskerne – spezialisiert ist. Aktuell entwickelt das Unternehmen kollaborative Arbeits- und Lebenswelten in der Tabakfabrik Linz, im Quartier A in Amstetten, im Beta-Campus in Waidhofen/Ybbs sowie in der Marktgemeinde Hürm.

Komponente der gesellschaftlichen Verantwortung – und sie machen zur Sicherung von Standorten und Lebensqualität absolut Sinn. Die Nachnutzung vorhandener Infrastrukturen wirkt auch der fortschreitenden Bodenversiegelung entgegen und liefert somit einen ökologisch sehr relevanten Beitrag für die Zukunft.

Ortszentren durch kollaborative Arbeitswelten wiederbeleben.

Kollaborativ genutzte Räume wie Coworking- und Maker-Spaces und multifunktionale Räume können einen entscheidenden Mehrwert für Gemeinden schaffen. Einerseits werden Gebäude in Ortszentren tagsüber wieder sinnvoll genutzt, andererseits entsteht für Erwerbstätige die Möglichkeit, in einer Bürogemeinschaft zumindest tageweise in der Nähe des Wohnorts zu arbeiten.

Der Schlüssel für die sinnvolle Gestaltung ist unter anderem ein guter Breitbandanschluss. Das Pendler- und Verkehrsaufkommen kann reduziert und die aufgewendete Zeit für „Arbeit“ durch die Wegeinsparung effektiver genutzt werden.

Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem vorhandenen Potenzial, möglichen Synergien und dem Bedarf der zukünftigen NutzerInnen lässt sich viel gewinnen. Und das Risiko der Gemeinden für die Entwicklung einer entsprechend nachhaltigen Strategie ist überschaubar. 🍷

RAUM ZUM WOHLFÜHLEN

DIE NEUE CONTAINEX PLUS LINE

Eltern wünschen sich für ihre Kinder vor allem eines: eine freundliche und sichere Lernumgebung! Die neue CONTAINEX PLUS Line ist genau das – und eignet sich damit ideal als langfristige oder temporäre Raumlösung für den Kommunalbereich.

Die hochwertige neue Produktlinie in verbesserter Modulbauweise ermöglicht ein individuelles Gestalten der Räume und bietet neben einem modernen Design in Anthrazitgrau zahlreiche Highlights. Diverse Ausstattungen wie Außenraffstores, Voll- und Teilverglasungen, Heiz- und Klimaanlage mit



Wärmepumpentechnologie und eine hochwertige Dämmung, abgestimmt auf Nutzungs- und Normanforderungen (z.B. OIB, Brandschutz serienmäßig), schaffen ein angenehmes Raumklima. Dank des akustikoptimierten

Innenraums mit abgehängter Decke, integrierter LED-Beleuchtung und harmonischen Raumübergängen können sich nicht nur die Kleinsten, sondern auch das Lehrpersonal und die Erzieher/innen rundum wohlfühlen.

CONTAINEX

KONTAKT

Überzeugen Sie sich selbst und entdecken Sie die Vorzüge der CONTAINEX PLUS Line auf www.containex.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



CONTAINEX
PLUS Line

Raum zum Wohlfühlen

→ www.containex.com



TOURISMUSVERBAND ST. JOHANN BEAUFTRAGT MASCHINENRING

FÜR SICHERHEIT AUF WANDERWEGEN

Die Sicherheit von Einheimischen und Gästen, die unsere Wanderwege benutzen, liegt uns sehr am Herzen und ist auch von der Haftung her für uns ein wichtiges Thema“, so Hannes Rieser, Geschäftsführer des Tourismusverbands St. Johann. Rieser weiter: „Kranke Bäume, insbesondere Eschen, stellen ein besonderes Risiko dar – Sturm, Starkregen und Schneedruck verschärfen die Situation. Die Stadtgemeinde arbeitet schon seit vielen Jahren im Rahmen der Wildbachbegehungen mit dem Maschinenring zusammen.

Deshalb war es für uns naheliegend, die Wanderwegkontrolle und die Entfernung der festgestellten Übelstände von den Maschinenring-Fachleuten durchführen zu lassen. Unser Wanderwegnetz umfasst ca. 90 Kilometer, für die Wegesanierung und den Wegebau beschäftigen wir zwei Wegmacher aus dem Ort, die damit voll ausgelastet sind. Für das Monitoring der Wege und für die Beseitigung der Problemfälle müssen wir daher auf speziell ausgebildetes Personal und auf die technischen Möglichkeiten des Maschinenrings zurückgreifen. Die Arbeiten werden im heurigen Frühjahr fortgesetzt, wobei das ohne großzügige finanzielle Unterstützung der Gemeinde nicht möglich wäre.“



Einsatzleiter Christopher Promok mit den Maschinenring-Dienstleistern Sepp Gfrerer aus Großarl und Thomas Rohrmoser aus Mitterberghütten. In diesem Einsatzbereich wurde mit Motorsäge bzw. Traktor mit Seilzug gearbeitet.

Christopher Promok koordiniert als Einsatzleiter die Begehungen und die Beseitigung möglicher Gefahrenbereiche im St. Johanner Wanderwegnetz. „Zuletzt haben wir 33 Kilometer darunter den Kuhbergrundweg, einem Monitoring unterzogen und sind nun dabei, die festgestellten Übelstände zu beseitigen. Im Rahmen der Begehung kennzeichnen wir schadhafte, kranke Bäume, Totholz in der Baumkrone oder

Bruchholz und verorten die Stellen mittels GPS in einem digitalen System. Es entsteht ein Begehungsprotokoll, das wir unserem Auftraggeber zur Verfügung stellen. Wie bei der Wildbachbegehung dient das dann als Basis für den Auftraggeber, um die Risiken zu beseitigen. Dafür stehen wir mit unseren erfahrenen Dienstleistern und unseren technischen Möglichkeiten zur Verfügung.“



» **Unsere Monitoring-Dienstleistungen** in den Bereichen Baum und Wildbach **werden von den Gemeinden verstärkt in Anspruch genommen.**“

Christopher Promok,
Maschinenring-Einsatzleiter

MEHR INFOS
Maschinenring Österreich
www.maschinenring.at



WERTE ERHALTEN, VERÄNDERUNG WAGEN.

HERBST
2020

BLUMENHALLE ST. VEIT

Das Kommunalwirtschaftsforum 2020 ist der Treffpunkt für BürgermeisterInnen und Führungskräfte der kommunalen Verwaltung, Wirtschaft und Industrie. Erleben Sie zwei anregende Tage mit Keynotes, interaktiven Podiumsdiskussionen und vertiefenden Workshops.

Jetzt anmelden auf
kommunalwirtschaftsforum.at

Deloitte.

Raiffeisen
Meine Bank 

SIEMENS



KOMMUNAL

„KMU DIGITAL“

Das erfolgreiche Programm „KMU DIGITAL“ wird weiter ausgebaut.

Das haben Bundesministerin Margarete Schramböck und WKÖ-Präsident Harald Mahrer Ende Februar bei einer Pressekonferenz bekannt gegeben. Die Initiative von BMBWF und WKÖ ist von den heimischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sehr gut angenommen worden. „Mehr als 2.500 Beratungs- und Umsetzungsinitiativen konnten seit Oktober 2019 dank KMU DIGITAL unterstützt werden. In Österreich sind 99,6 Prozent (337.800) der Unternehmen KMU und somit das Rückgrat unserer Wirtschaft. Fast die Hälfte dieser Betriebe (41,7 Prozent) haben allerdings einen geringen Digitalisierungsgrad“, so Schramböck.

Mehr Infos unter:

bmdw.gv.at oder www.wko.at/service/



FOTO // Electricity, Lars Adave

Göteborg fährt elektrisch

Ab heuer werden 157 neue Elektrobusse auf den Straßen von Göteborg, Mölndal und Partille verkehren – die Ladeinfrastruktur dafür stammt vom Marktführer ABB. Diese wegweisende Ankündigung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Nahverkehrslösung für die jährlich 180 Millionen Fahrten, die in der Region mit dem Bus gemacht werden.

Die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe Västtrafik gehen davon aus, dass der gesamte Stadtverkehr in Västra Götaland bis 2030 elektrifiziert wird – ganz im Einklang mit dem Ziel der schwedischen Regierung, das Land bis 2050 klimaneutral zu gestalten.

[Mehr Infos unter: new.abb.com](http://new.abb.com)

Las Vegas wehrt Hacker ab

Anfang Jänner mussten die Website und mehrere Dienste der Stadtverwaltung von Las Vegas infolge einer Ransomware-Angriffe vom Netz genommen werden. Durch eine vorangegangene Umstellung auf Cloud Data Management von Rubrik konnte die Stadtverwaltung von Las Vegas schnelle Wiederherstellungen ihrer Datensysteme durchführen und so Ausfälle kritischer Dienste verhindern. Mehr Infos unter:

www.rubrik.com

BEST PRACTICE IN ALLER KÜRZE

Plan für Kreislaufwirtschaft

Als einen der wichtigsten Bausteine für den Grünen Deal hat die EU Mitte März einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft präsentiert. Im Zentrum stehen Maßnahmen, die sich über den gesamten Lebenszyklus von Produkten erstrecken. Diese sollen länger nutzbar sein und leichter wiederverwendet, repariert und recycelt werden können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_420

Rekord bei Altglassammlung

Seit Jahren verbucht Österreichs Glasrecycling-system Zuwächse bei der Sammlung der Glasverpackungen. 2019 konnten der Glasindustrie rund 260.000 Tonnen gebrauchte Glasverpackungen als Sekundärrohstoff für das stoffliche Recycling übergeben werden. Das ist eine Steigerung von rund 10.000 Tonnen gegenüber 2018.

[Mehr auf www.agr.at](http://www.agr.at)



Gibt dicker Luft im Graben keine Chance.



Alle Produkte und Dienstleistungen auf www.wackerneuson.com/zeroemission



WACKER NEUSON
all it takes!

zero emission



Begrünungstechnologien

Die Auswirkungen des voranschreitenden Klimawandels, wie Hitze, Starkregen und andere extreme Wetterereignisse, werden spätestens zu Sommerbeginn wieder in aller Munde sein. Besonders urbane Regionen müssen sich mit den Folgen dieser Entwicklung auseinandersetzen und proaktiv reagieren. „Grünstatt-grau“ – das Innovationslabor für Bauwerksbegrünung – informiert über innovative Begrünungsstrategien und deren Stärken bei der Bekämpfung von Überhitzung und anderen negativen Auswirkungen des Klimawandels.

 Mehr Information unter: gruenstattgrau.com



Wohin mit Bauschutt, Asbest, Mineralwolle und Co?

Deponien sind sichere Orte für Abfälle, die nicht recycelt werden können oder zu gefährlich sind, um im Wertstoffkreislauf erhalten zu bleiben. So einfach das klingt, so groß scheinen die Sorgen zu sein, wenn es in der öffentlichen Diskussion um Deponien geht. Tatsache ist: Die Abfallsorger verfolgen eine klare Zielsetzung (Stichwort Abfallhierarchie), nämlich Abfall vermeiden, sammeln, recyceln, verwerten – und wenn nicht anders möglich: deponieren. Letzteres trifft sowohl auf ungefährliche, aber nicht weiter verwertbare Abfälle wie Erdaushub oder Baurestmassen als auch auf gefährliche Reststoffe zu. Rund sechs Prozent aller gefährlichen Abfälle müssen deponiert werden, damit eventuelle Schadstoffe nicht in den Wertstoffkreislauf zurückkommen. Dazu gehört auch Asbest: ein in vielen Gesteinen natürlich vorkommendes Mineral, das bei korrekter Lagerung in Deponien völlig ungefährlich ist.

 Mehr Infos unter: www.voeb.at

DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER

3 JAHRE GARANTIE
TRAC LINK

* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 90 & Lintrac 112 LDrive in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

Lindner 

lindner-traktoren.at **Der Beste am Berg**

E-BIKES

Mehr Tempo, neue Herausforderungen
Seite 70

„ALLZEIT GETREUE“

Wiener Neustadts Weg aus der Schuldenfalle
Seite 72

Ingrid Salamon ist seit mehr als 20 Jahren Bürgermeisterin von Mattersburg. „Geduld ist nicht mein zweiter Vorname“, gesteht die ehemalige SPÖ-Klubobfrau des Burgenländischen Landtags. Doch dadurch hat sie in der Gemeinde auch vieles weitergebracht.

NAME: **INGRID SALAMON**

ALTER: **61**

GEMEINDE: **MATTERSBURG**

EINWOHNERZAHL: **7.431** (1. JÄNNER 2019)

BÜRGERMEISTERIN SEIT: **30. JUNI 1999**

PARTEI: **SPÖ**

NAHAUFNAHME INGRID SALAMON

„MAN MUSS MIT ALLEN REDEN“

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Zwischen Wiener Neustadt und dem ungarischen Sopron liegt eine kleine, feine Wohlfühlstadt, mitten im Burgenland. Und für dessen Maßstab ist die Stadt gar nicht so klein. Spätestens seit der lokale Fußballverein in der obersten heimischen Spielklasse reüssierte, ist Mattersburg den meisten Österreichern ein Begriff. Sport spielt in Mattersburg eine wichtige Rolle, so zählt auch der örtliche Basketballverein zu den Spitzenteams der zweiten Bundesliga. Darüber hinaus gilt Mattersburg auch als eine bedeutende Schulstadt und ist mit seiner Handelsschule, der Handelsakademie, dem Gymnasium, dem sonderpädagogischen Zentrum und der Musikschule das Bildungszentrum der Region.

An der Spitze der Stadtgemeinde steht Bürgermeisterin Ingrid Salamon, und das schon seit mehr als zwanzig Jahren. Mit ihrem sozialen Engagement hat sie aber bereits weitaus früher auf sich aufmerksam gemacht. Ende der 1980er-Jahre war sie die treibende Kraft hinter dem Projekt, auch im Burgenland Tagesmütter zu etablieren, also Frauen, die in den eigenen vier Wänden fremde Kinder betreuen. „Zuerst mit der Volkshilfe, und dann haben wir einen unabhängigen Verein gegründet. Seitdem gibt es im Burgenland Tagesmütter, wie in den anderen Bundesländern auch“, erzählt Salamon. Ihr Engagement in dieser Sache wuchs allerdings nicht aus eigenem Bedürfnis – ihre beiden Kinder waren zu diesem Zeitpunkt dem Kleinkindalter schon längst entwachsen –, sondern aus dem

”

ICH WAR SCHON IMMER EIN MENSCH, DER SEHR VIEL HINTERFRAGT HAT.“

Ingrid Salamon, Bürgermeisterin von Mattersburg

Bestreben, etwas zu verbessern. „Ich war schon immer ein Mensch, der sehr viel hinterfragt hat und auch ein bisschen kritisch ist“, erklärt sie. Nachdem ihr ein amtierender Politiker sagte: „Es ist ja schön zu wissen, warum es nicht geht, oder zu meckern, aber es wäre interessant, wenn du dich zur Verfügung stellst, um Fraktionsarbeit zu machen und etwas zu verändern“, ging Salamon in die Politik. Aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie kommend, war die politische Zugehörigkeit klar. Zuerst war sie gewöhnliches Fraktionsmitglied, dann im Gemeinderat. Sie stieg auf zur Stadträtin, zur Vizebürgermeisterin, und ab 1999 schließlich lenkte sie die Geschichte der Stadt als Bürgermeisterin – und das bis heute. „Das war zwar nie meine Lebensplanung, aber neuen Dingen oder Herausforderungen habe ich mich immer gerne gestellt“, beschreibt sie ihren Werdegang.

Als ihr ÖVP-Vorgänger aus beruflichen Gründen sein Amt zurücklegte, kandidierte Salamon als erste Frau für die Funktion und wurde prompt >>



Mattersburg von Nordosten: In der Bildmitte der Pappelhain, der dem rechts davon zu sehenden Pappelstadion des SV Mattersburg seinen Namen gab. Direkt dahinter erkennt man das Wahrzeichen der Stadt, das Viadukt.

FOTOS // Stadtgemeinde Mattersburg

gewählt. Allerdings hatte sie keine Mehrheit im Gemeinderat. Ein Problem? Nicht für Salomon: „Das waren ganz gute Lernjahre und ich habe sie in positiver Erinnerung, da ich mit den Leuten immer so lange reden musste, bis man einen Kompromiss gefunden hat. Und dass ich gerne rede, ist mir in diesem Fall sehr zugute gekommen“, lacht sie. „Wir haben 99 Prozent der Gemeinderatsbeschlüsse über alle Fraktionen gemeinsam gemacht.“ Zwar hat Salomon seitdem von Wahl zu Wahl dazugewonnen und verfügt heute über eine absolute Mehrheit, die Gesprächskultur in der Stadtpolitik hat sie dennoch immer bewahrt.

Im Laufe der Zeit übernahm Salomon auch Aufgaben, die über die Stadtpolitik hinausgingen. So war sie von 2003 bis 2010 Obfrau des burgenländischen Müllverbandes – wiederum als erste Frau überhaupt. „Ich hab in meiner politischen Arbeit sehr viel mit Männern gearbeitet und bin in Domänen vorgedrungen, in denen bis dahin nur Männer tätig waren. Das war beim Müllverband auch so. In der Politik sind Männer und Frauen gleich wichtig. Jedes Geschlecht hat seinen eigenen Zugang und die Mischung aus beiden ist das Ideal, um die besten Kompromisse für ein Land oder eine Stadt zu finden.“

Auch auf Landesebene spielte Salomon eine gewichtige Rolle. Zehn Jahre lang war sie Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag, wurde SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt, Abfall- und Wasserwirtschaft und schließlich



Bestes Beispiel für die Schul- und Sportstadt Mattersburg: Der Bundesligaverein SV Mattersburg unterhält eine eigene Fußballakademie.

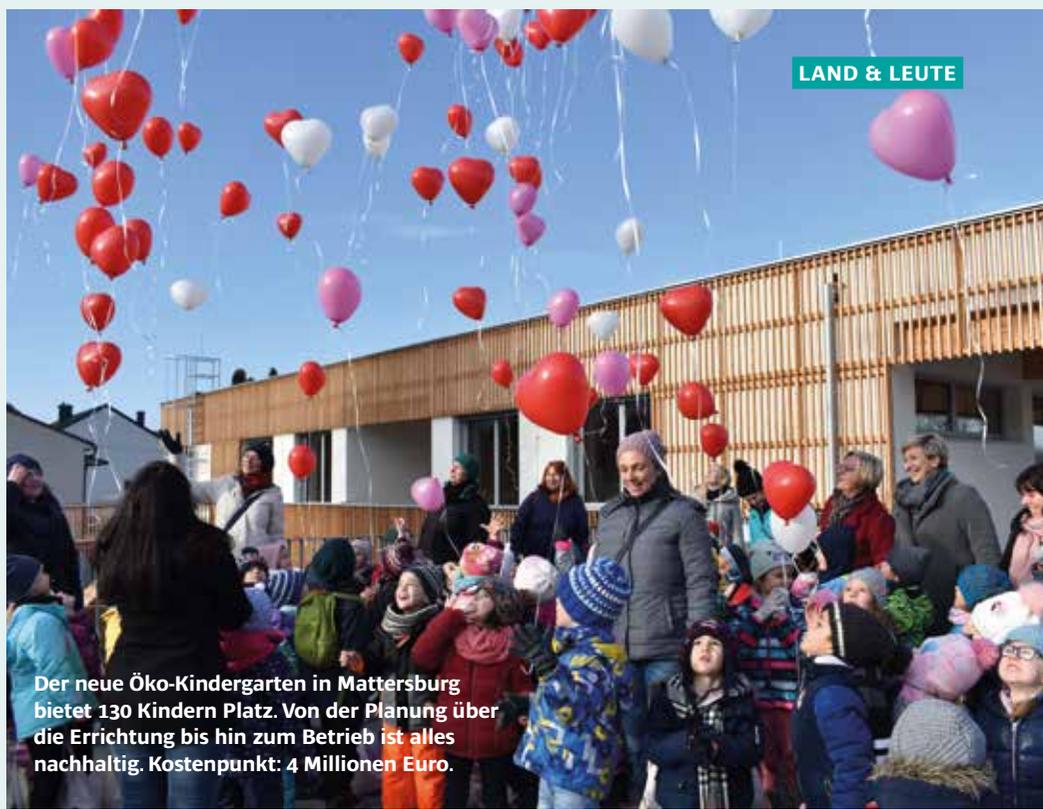
Klubobfrau. Die Landespolitik überlässt sie mittlerweile jedoch anderen: „Ich bin 61 Jahre alt und werde heuer hoffentlich 62 – irgendwann gehören auch mal die Jungen ans Ruder“, erklärt Salomon und konzentriert ihre Kräfte heute voll auf die Gemeinde. Durch ihre Erfahrungen in der Landespolitik kennt sie jedoch auch deren Perspektive: „Ich bin aus der Privatwirtschaft gekommen, und das Prozedere in einer öffentlichen Verwaltung lehrt einen schon, geduldig zu werden. Durch meine Funktionen habe ich aber auch verstanden, warum die Mühlen so lang-

„ In der Politik sind **Männer und Frauen gleich wichtig.**“

Ingrid Salomon,
Bürgermeisterin von
Mattersburg



Das Mattersburger Viadukt ist ein 1847 eröffnetes Eisenbahnviadukt von 284 Metern Länge und gilt als Wahrzeichen der Stadt.



LAND & LEUTE

Der neue Öko-Kindergarten in Mattersburg bietet 130 Kindern Platz. Von der Planung über die Errichtung bis hin zum Betrieb ist alles nachhaltig. Kostenpunkt: 4 Millionen Euro.

sam mahlen – weil sich letztendlich jeder nur in seinen Rahmenbedingungen bewegen kann.“ Und sie fügt hinzu: „Leider ist Geduld nicht mein zweiter Vorname.“

Gott sei Dank ist Geduld nicht Salomons Stärke. Sonst wäre in Mattersburg womöglich nicht so viel weitergegangen und täte es auch jetzt nicht. „Mein aktuelles Megaprojekt ist eine Parkfläche an der Wulka (Fluss durch Mattersburg Anm. d. Red.). Die wird auch als Veranstaltungsfläche genutzt und gehört saniert. Das starten wir heuer im Sommer und es kostet 3,7 Millionen Euro.“ Bereits eröffnet ist der neue ökologische Kindergarten. „Von der Planung über die Umsetzung bis zur Heizung und Gestaltung des Gartens ist alles nachhaltig. Das hat auch vier Millionen gekostet, doch es war uns sehr wichtig, dass wir im Bildungsbereich Schritt halten. In dem Bereich haben wir in den vergangenen zwei Jahren viel gemacht und der Kindergarten hat den Kreis geschlossen.“ Als Nächstes steht der Neubau des Rathauses an. Mitgestaltet wird dabei eine neue große Bank. Geschäfte und Wohnungen umfasst das Projekt ebenso. „Hier werden auch die ersten Tiefgaragen in Mattersburg gebaut, weil mir auch sehr wichtig ist, dass die Innenstadt nicht ausstirbt. Wir haben eine tolle Wirtschaftsförderung für die Innenstadt und nicht für Großkonzerne.“ Ab April kommt zudem der neue City-Bus, der den Ort Walbersdorf mitversorgen wird. Schon jetzt werden die Mattersburger Busse übrigens mit Elektromotor angetrieben.

Die Frage, ob es ein Problem gibt, dass sie bisher nicht lösen konnte, verneint Salamon, weist aber im gleichen Atemzug darauf hin, dass „ich das alles nicht alleine gemacht habe. Das war immer Teamwork. Es ist so ziemlich alles aufgearbeitet worden, was wir uns vorgenommen haben. Im Bereich der Wirtschaftlichkeit, der Innenstadt oder der Bildung – und wir scheuen uns auch nicht, Themen anzugehen, die nicht immer sehr populär sind. Das Schlimmste, was es für die Politik gibt, ist, Themen wegzuschieben, denn die kommen immer wieder. Es ist gescheitert, in die Offensive zu gehen und zu sagen: Das können wir oder das können wir nicht – aus den verschiedenen Gründen. Dann versteht es der Bürger viel mehr.“

Wie lange Salamon ihr Bürgermeisterinnenamt noch ausüben möchte, hat sie noch nicht entschieden. Doch macht sie es schon lange genug, um einen guten Ratschlag parat zu haben: „Wenn man Interesse hat, sich in der Gesellschaft einzubringen, dann kann ich rückblickend nur empfehlen, sich politisch zu engagieren. Nach 20 Jahren traue ich mich zu sagen, dass es eine schöne Aufgabe ist, dass man Veränderungen herbeiführen kann und dass es wirklich wichtig ist, das sachlich und im Gespräch mit allen zu tun. Wenn man als kritischer Mensch in die Politik geht, kann man sehr viel erreichen, und es ist sehr schön, im Nachhinein zu sehen, was man alles verändern konnte. Es zahlt sich immer aus, für die Politik seine Freizeit herzugeben.“

ANMERKUNG ZUR CORONA-KRISE

Ein Großteil des Interviews mit Ingrid Salamon drehte sich selbstverständlich um die omnipräsente Corona-Krise. Da sich jedoch die Lage von Tag zu Tag ändert und selbst die unmittelbare Zukunft völlig unvorhersehbar ist, beinhaltet es naturgemäß viele Vermutungen.

Beide Gesprächspartner halten es daher für besser, diese Spekulationen unter den aktuellen Umständen nicht medial zu verbreiten.

Ein Punkt, der jedoch sehr wohl erwähnt werden sollte – auch weil er Salamon bzw. Mattersburg vom ersten Maßnahmenpaket weg betraf –, ist das Problem, generationsübergreifende Projekte, bei denen Kinder und Senioren bewusst und mitunter auch strukturell zusammengeführt werden, nun wieder zu entflechten.

E-BIKES

MEHR TEMPO, NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Ein vom KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) durchgeführter Vergleich verschiedener Fahrradtypen zeigt: Der Trend zum E-Bike bringt neue Herausforderungen in puncto Radverkehrsplanung mit sich.

In gewisser Hinsicht wurde das Rad doch neu erfunden: Technische Weiterentwicklungen rund um sogenannte E-Bikes tragen seit einigen Jahren massiv zur Attraktivität des Fortbewegungsmittels Fahrrad bei.

Kein Wunder daher, dass sich neben klassischen Fahrrädern auch immer mehr Elektrofahräder auf Österreichs Straßen bewegen. Aufgrund des elektrischen Antriebs unterscheidet sich das Fahrverhalten von E-Bike-Nutzern jedoch von jenem der NutzerInnen „klassischer“ Fahrräder. Diese Entwicklung war Anlass für die KFV-Verkehrssicherheitsforschung, das spezifische Fahrverhalten verschiedener Fahrradtypen näher unter die Lupe zu nehmen – mit dem Ziel eines reibungslosen Miteinanders im Straßenverkehr. Dabei wurden die Temponeiveaus von „klassischen“ Fahrrädern ohne Tretkraftunterstützung, Pedelecs und S-Pedelecs genau analysiert und die daraus resultierenden Herausforderungen für Verkehrsplaner und Sicherheitsexperten abgeleitet.

101 Personen und drei Fahrradtypen im Test.

Im Rahmen der Studie führten 101 ProbandInnen auf einem 1,5 Kilometer langen Rundkurs in einer verkehrsberuhigten Zone in Wien-Meidling Testfahrten mit jeweils drei Fahrradtypen durch: mit einem klassischen Fahrrad, einem Pedelec und einem S-Pedelec. Steigung, Gefälle und flaches Gelände waren auf dem Testparcours

» Auf Straßen mit hoher Kfz-Geschwindigkeit (50 km/h oder schneller) sind **eigene Radwege, Radfahr- oder Mehrzweckstreifen notwendig.**«

ebenso zu befahren wie gerade Strecken und verschiedene Kurvenverläufe. Detaildaten zu Geschwindigkeit und Beschleunigung wurden dabei mittels GPS aufgezeichnet. Die statistische Auswertung aller Parameter ermöglichte einen objektiven Vergleich der einzelnen Fahrradtypen. Anhand eines standardisierten Fragebogens wurden alle Testpersonen nach Absolvierung aller drei Fahrten zu ihrer subjektiven Einschätzung von Sicherheit und Komfort bezüglich der unterschiedlichen Fahrradtypen befragt.

Höheres Temponeiveau im Radverkehr. Die quantitative Analyse der Testfahrten zeigte: Mit dem Pedelec wurden auf freier Strecke häufig Geschwindigkeiten um die 25 km/h erreicht. Überschritten wurde die 25-km/h-Marke – aufgrund der limitierten Tretkraftunterstützung – jedoch kaum. Bei den höher motorisierten S-Pedelecs hingegen näherten sich die gefahrenen Geschwindigkeiten auf freier Strecke eher den 30 km/h. Im Vergleich dazu: mit konventionellen Fahrrädern werden auf freien Strecken Geschwindigkeiten von rund 20 km/h gefahren. Der Radverkehr wird durch den steigenden Anteil an Pedelecs daher in Summe nicht nur schneller, sondern auch inhomogener.

Ein Ziel, getrennte Wege. Diese neue Vielfalt an Temponeiveaus im Radverkehr bringt auch neue Herausforderungen für die Verkehrsplanung mit sich: Denn ein höheres Geschwindigkeitsniveau





von Radfahrern bedeutet auch eine geringere Kompatibilität mit dem Fußgängerverkehr. Grundsätzlich sollte daher getrachtet werden, den Radverkehr getrennt vom Fußgängerverkehr zu führen. Auf Straßen mit hoher Kfz-Geschwindigkeit (50 km/h oder schneller) sind eigene Radwege, Radfahr- oder Mehrzweckstreifen notwendig. Ausreichende Sichtweiten an Kreuzungen und Querungsstellen sowie eine großzügigere Dimensionierung der Radverkehrsanlagen sind weitere wesentliche Faktoren, die es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen gilt.

Inspektion des Radverkehrsnetzes. Für Touristen und neue Bewohner gleichermaßen interessant, kann ein sorgfältig geplantes, gut ausgebautes und verkehrssicheres Radverkehrsnetz einen wesentlichen Beitrag zur Attraktivität einer Gemeinde oder Region leisten. Eine Möglichkeit zur Überprüfung der Sicherheit bestehender Radverkehrsinfrastrukturen bietet die sogenannte Rad-RSI (Road Safety Inspection). Auf diese Weise können Schwachstellen im bestehenden Radverkehrsnetz zeitgerecht erkannt und effektive Maßnahmen zur Unfallprävention gesetzt werden. Dabei begutachten Experten im Rahmen eines Lokalausgangsbesuchs die Infrastruktur im Untersuchungsgebiet, dokumentieren die Befahrungsergebnisse und erarbeiten einen Maßnahmenkatalog für das untersuchte Gebiet. ●

PEDELEC (PEDAL ELECTRIC CYCLE)

Elektrisch angetriebenes Fahrrad mit Tretunterstützung, d.h., nur wenn der Fahrer in die Pedale tritt, wird er durch den Elektromotor unterstützt. Die maximale Bauartgeschwindigkeit darf 25 km/h, die Maximalleistung des E-Motors 600 Watt nicht übersteigen. Unter diesen Voraussetzungen ist ein Pedelec rechtlich dem Fahrrad gleichgestellt.

S-PEDELEC

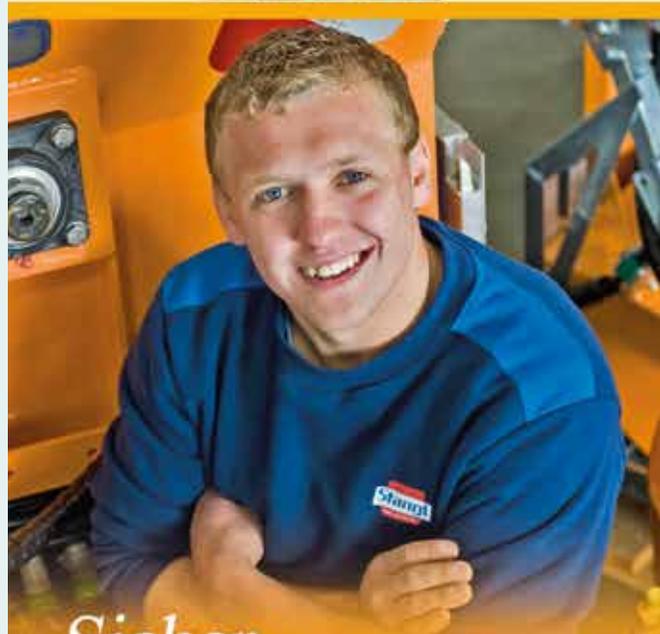
Elektrisch angetriebenes Fahrrad mit Tretunterstützung und einer maximalen Bauartgeschwindigkeit von 45 km/h. Rechtlich gesehen handelt es sich bei S-Pedelecs um Krafträder – diese Fahrzeuge benötigen Zulassung (Kennzeichenpflicht), Versicherungsschutz und sind nach § 57a überprüfungspflichtig. Der Lenker benötigt einen Führerschein der Klasse AM, muss ein Verbandszeug mitführen und die Helmpflicht beachten.

Stangl

Rein aus Prinzip.

STANGL KOMMUNALTECHNIK

Sicher MIT STANGL
REIN AUS PRINZIP.



Sicher DURCH KUNDENDIENST

STANGL IST BEKANNT FÜR SEINEN STARKEN KUNDENDIENST. UNSERE SERVICE-TECHNIKER - VIELE MIT LANGJÄHRIGER ZUGEHÖRIGKEIT ZU STANGL - WERDEN REGELMÄSSIG GESCHULT UND VERFÜGEN ÜBER OPTIMAL AUSGESTATTETE SERVICE-FAHRZEUGE. SIE SIND SPEZIALISTEN IN IHREM FACH UND MIT EINSATZFREUDE TÄGLICH FÜR SIE IM EINSATZ.

WENN ES SEIN MUSS,
AUCH AM WOCHENENDE.



STANGL REINIGUNGSTECHNIK GMBH.

5204 Straßwalchen
8772 Traboch | 2334 Vösendorf

www.kommunalmaschinen.at

WIENER NEUSTADT

NEUE WEGE FÜR DIE „ALLZEIT GETREUE“

1192 wurde Wiener Neustadt – damals „neuenstat“ – vom Babenberger-Herzog Leopold V. als Bollwerk gegen die Ungarn gegründet. Bezahlt wurde die Errichtung der Stadt größtenteils aus dem Lösegeld für den englischen König Richard Löwenherz.



TEXT // HANS BRAUN

Wiener Neustadt hat in seiner fast tausendjährigen Geschichte so manche wilde Zeit erlebt und überstanden. Kriege, Belagerungen und zum Schluss im Zweiten Weltkrieg massivste Zerstörungen – die Stadt hat alles überlebt und ist wie der Phönix aus der Asche wieder erstanden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte Wiener Neustadt mit einer ganz anders gearteten Bedrohung zu kämpfen: Der Schuldenberg war so hoch geworden, dass die Zahlungsunfähigkeit drohte.

2015 erster schwarzer Bürgermeister. Nach der Gemeinderatswahl 2015 wurde mit Klaus Schneeberger erstmals ein Vertreter der ÖVP Bürgermeister. Und er war der Erste, der dem Finanzproblem auf eine neue Art und Weise zu Leibe rückte.

Unmittelbar nach der Wahl wurde in einem Kassasturz die tatsächliche Schuldenlast ermittelt. „Fakt ist: Wir müssen ab sofort jährlich rund 15 Millionen Euro einsparen“, brachte es Finanzstadtrat Christian Stocker nach dem Kassasturz auf den Punkt. „Wenn wir nicht gegensteuern, dann ist Wiener Neustadt am 31. März 2016 nicht mehr zahlungsfähig!“

Der „Kassasturz“ hatte gezeigt, so Stocker, dass den folgenden Jahren potenzielle Haushaltsabgängen von 14,722 Millionen (2015), 18,467 Millionen (2016), 20,849 Millionen (2017), 17,975 Millionen (2018) sowie 21,602 Millionen

„Bis zum heutigen Tag entscheidet der Bürgermeister persönlich über alle Ausgaben, die 1500 Euro überschreiten. „Und oft genug schmeißt er Budgets zurück“, wird berichtet.

Euro (2019) zu erwarten wären, wenn keine Maßnahmen ergriffen würden.

Der bewertete Schulden- und Haftungsstand betrug 2015 bereits 237,57 Prozent des ordentlichen Budgets 2015. Was unter dem Strich bedeutete, dass die kumulierten Schulden und Haftungen der Stadt um mehr als das Doppelte höher waren als die gesamte Budgetsumme des Jahres 2015. Für Wiener Neustadt hieß dies, dass die Stadt ohne Gegensteuern spätestens Ende März 2016 zahlungsunfähig wäre, da zu diesem Zeitpunkt auch zugesagte Kassenkredite ausliefern und keine weiteren Eigenmittel vorhanden waren.

Der hinzugezogene Rechnungshof erarbeitete 105 Maßnahmen – diese reichten von Verkauf von Liegenschaften und Auslagerungen bis hin zur Streichung von Gehaltserhöhungen –, die es der Stadt ermöglichen sollten, sich aus diesem Teufelskreis zu befreien.

Schulterschluss in Zeiten höchster Not. Mit Hilfe eines externen Beraters (die Kosten dafür übernahm das Land) und unter Einbindung aller Beteiligten (Mitarbeiter/innen, Bürger/innen), wurden erfolgversprechende Potenziale erhoben. Schnell ergaben sich einige Handlungsfelder:

- Das städtische Pflegeheim wurde mitsamt der rund 120 Mitarbeiter/innen an einen externen Betreiber ausgelagert.
- Für die höheren Schulen wurden von Bund und Land höhere Förderungen zugesagt, die



Links oben: Jahrzehntlang lag die südwestliche Eckbastion der alten Stadtbefestigungen unter der Erde. Ausgrabungen förderten die historischen Mauern in den 1990ern zutage. Im Hintergrund die Theresianische Militärakademie, gegründet 1752 von Maria Theresia und damit die älteste im Dienst stehende Militärschule der Welt.

Oben: Heftiger Niveauunterschied zwischen heute und dem Mittelalter: Die Kanone markiert das Niveau in den Kasematten im späten Mittelalter.

Links: Restaurierte Stadtmauer, stimmige Beleuchtung, leere Flächen: Ein Hauptproblem der Stadt ist die „austrocknende Innenstadt“.

- Elternvertreter stimmten höheren Beiträgen zu.
- Die verbleibenden rund 900 Mitarbeiter/innen stimmten einem Aussetzen der jährlichen Vorrückungen zu (ausgenommen waren hier die niedrigsten Einkommensklassen).

Diese und zahlreiche andere Schritte haben dazu geführt, dass Wiener Neustadt von den 105 empfohlenen Maßnahmen des Rechnungshofs zum heutigen Tag rund 100 abgearbeitet hat.

Noch ein Effekt: Bis zum heutigen Tag entscheidet der Bürgermeister persönlich über alle Ausgaben, die 1500 Euro überschreiten. „Und oft genug schmeißt er Budgets zurück“, wird berichtet.



LINKS ZUM THEMA

Auf der KOMMUNAL-Website finden Sie einen Beitrag über die Geschichte Wiener Neustads sowie ein Interview mit Bürgermeister Klaus Schneeberger kommunal.at/index.php/wir-wollen-mehr-tourismus-der-stadt

Neue Herausforderungen. Als wären die Finanzen nicht genug, steht Wiener Neustadt vor weiteren Herausforderungen: Die Innenstadt droht auszutrocknen – Grund dürften die beiden Einkaufszentren am westlichen und östlichen Stadtrand sein. Trotz Renovierung und Gestaltung von mehreren Fußgängerzonen schließen immer mehr Geschäfte. Potenzielle Besucher wie die Studierenden der Fachhochschule und die Mitarbeiter/innen der MedAustron frequentieren die Innenstadt nur spärlich. Ein neues Verkehrskonzept, die Ansiedlung des FH-Campus im Zentrum sowie ein Stadtentwicklungsplan und ein Tourismuskonzept sollen helfen, das zu ändern. 📍

Damit Ihre Bürger **mehr als nur** **Bahnhof** verstehen

KOMMUNAL und die RIS GmbH präsentieren:

DAS GEMEINDE-GLOSSAR

**Wollen Sie Ihren Bürgern Begriffserklärungen
zu juristischen Themen bereitstellen?**

Bauen Sie unser Glossar auf Ihrer Gemeinde-Homepage ein. Wenn Ihre Homepage mit RIS Kommunal erstellt wird, ist der Einbau schon durch das Setzen eines Häkchens möglich.

Bei Fragen kontaktieren Sie gerne:
patrick.berger@kommunal.at

Bedarfszuweisungs- Stopp für Gemeinden

Bereits zugesagte Mittel werden zwar noch vom Land Tirol ausbezahlt, neue vorerst aber nicht genehmigt. Der Budgetvollzug soll laut einem Bericht der „Tiroler Tageszeitung“ vom 19. März neu überdacht werden.

Positive Meldungen sind dieser Tage rar gesät. Doch dass die Landesregierung die erste Ausschüttung im laufenden Jahr von Bedarfszuweisungen an die Gemeinden freigegeben hat, ist so eine. In Summe sind es 33,17 Millionen Euro, die nun projektbezogen verwendet werden können. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 schüttete das Land in Summe 137 Millionen Euro aus diesem Topf aus, 2019 war es mit 131 Millionen Euro nur geringfügig weniger.

Und nun zur schlechten, wenngleich wohl vielerorts erwarteten Nachricht: Die Gemeinden sind dieser Tage darüber informiert worden, dass bis auf Weiteres neue Ansuchen für neue Bedarfszuweisungen nicht möglich sein werden. Der für Gemeinden zuständige Landesrat Johannes Tratter (ÖVP) bestätigt den Stopp, hält aber fest: „Das ist eine reine Vorsichtsmaßnahme und gilt nur für neue Zusagen.“ Nicht betroffen seien alle bereits fixierten Zusagen – diese Mittel würden alle noch wie vereinbart ausbezahlt. Jedoch müsse man von Seiten des Landes angesichts der Corona-Krise Vorsicht walten lassen.

Die Rechnung ist simpel und dennoch kompliziert: Bricht die Wirtschaft wie erwartet massiv ein, kommt es auch zu einem großen Ausfall bei den Abgabenertragsanteilen. Also jenen Anteilen, welche Länder und Gemeinden vom Bund aus den Einnahmen von Bundessteuern zustehen. Geregelt ist dies im Finanzausgleichsgesetz. Ein Teil jener Abgabenertragsanteile (rund elf Prozent), welche den Gemeinden zustehen, wird direkt in den Gemeindeausgleichsfonds des Landes eingespeist. Daraus wiederum werden dann die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden entnommen.

Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf empfiehlt den Kommunen daher, ihre Budgets noch einmal nach Einsparpotenzialen zu durchforsten und den Budgetvollzug neu zu überdenken: „Auch die kommunalen Einnahmen werden nicht so sprießen.“ Alles, was nicht unbedingt benötigt werde, solle hintangestellt werden.

Mehr Infos unter: www.tt.com/artikel/16765685/bedarfszuweisungs-stopp-fuer-die-gemeinden

Für ein familienfreundliches Österreich.

Familienfreundlichkeit bringt Vorteile - Für den Standort und die Bürgerinnen und Bürger.



canva.com

Familienfreundlichkeit lohnt sich.

Ob Bürgerinnen und Bürger, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, jung oder alt, jeder profitiert von familienfreundlichen Maßnahmen. Die Vorteile von familienfreundlichen Maßnahmen liegen auf der Hand: Die Gemeinden profitieren durch eine Aufwertung des Standorts und einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Wohnort. So lässt sich auch Abwanderung gezielt vorbeugen. Eine rezente Studie im Auftrag der Familie & Beruf Management GmbH hat gezeigt, dass in zertifiziert familienfreundlichen Gemeinden das Bevölkerungswachstum stärker und auch die Erwerbsquote höher war als in nicht zertifizierten Gemeinden.

Audit familienfreundlichegemeinde

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung aller Generationen, familienfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu verankern. Nach erfolgreichem Abschluss des Audits, das europaweit als Vorzeigebispiel gilt, wird die Gemeinde von der Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Im Rahmen des Audits werden Maßnahmen für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien, Singles und älteren Menschen sowie auch

generationenübergreifende Projekte umgesetzt. Die Individualität der Maßnahmen zeigt die Flexibilität des Auditprozesses.

Sind Sie schon Teil der Initiative für mehr Familienfreundlichkeit in Österreich?



UNTERNEHMEN
FÜR FAMILIEN

Über 570 Gemeinden und Unternehmen österreichweit engagieren sich bereits im Netzwerk und tauschen ihre Erfahrung aus. Machen auch Sie mit.

Jetzt kostenlos Partner werden.

www.unternehmen-fuer-familien.at

Bezahlte Anzeige

Interesse bekommen? Besuchen Sie uns auf www.familieundberuf.at



BURGENLAND



FOTO // PRILL_Mediendesign/stock.adobe.com

Die burgenländischen Gemeinden sollen auch digitaler werden. (Symbolbild Apetlon)

Gemeinden sollen entlastet werden

Angesichts wachsender, insbesondere finanzieller Herausforderungen sollen die Gemeinden spürbar entlastet werden.

Bei der Vorstellung der Vorhaben in der neuen Legislaturperiode erklärte LH-Stellvertreterin Landesrätin Astrid Eisenkopf, dass den Gemeinden mehr Service angeboten werden soll. Dafür soll ab 2021 ein Kompetenzzentrum mit einem Sachverständigenpool eingerichtet werden. „Dieses Kompetenzzentrum kann etwa große Investitionsvorhaben mit einer Projektbegleitung unterstützen“, nannte Eisenkopf ein Beispiel.

Die Gemeinden sollen auch digitaler werden: Ab 2022 sollen ihnen bedarfsangepasste Softwarelösungen für die Abgabenverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Eisenkopf kündigte auch an, dass das Jagdgesetz weiterentwickelt und modernisiert werden solle. Die dazu

geplante Novelle beinhalte ein Verbot des Aussetzens von Wildtieren und der Jagd auf gezüchtetes und für die Jagd ausgesetztes Federwild, etwa von Enten.

Ein weiterer Schwerpunkt: **Stromproduktion aus Sonnenenergie soll forciert werden.** Beim Klimaschutz und bei der Erzeugung erneuerbarer Energie aus Windkraft sei das Burgenland bereits vorbildlich aufgestellt, meinte Eisenkopf. Diese Vorreiterrolle soll weiter ausgebaut werden. „Die Stromproduktion aus Sonnenenergie soll verzehnfacht werden“, kündigte die LH-Stellvertreterin eine Photovoltaik-Offensive an.

Im Bereich des Naturschutzes wird derzeit an einem Managementplan für den Nationalpark Neusiedler See gearbeitet. Ziel ist es, die Erhaltung einer intakten Natur und die wirtschaftliche Nutzung in vernünftigen Einklang zu bringen.



KÄRNTEN



25 Jahre Carnica-Region Rosental

Die Carnica-Region Rosental ist eine der ältesten Regionen in Kärnten. Die Gründungsgemeinden haben bereits 1995 erkannt, wie wichtig es ist, die Entwicklung der Region gemeinsam – über alle Parteilinien hinweg – zu gestalten und voranzutreiben. Mittlerweile sind aus den anfänglich acht Gemeinden zwölf geworden.

„Das Beeindruckende an dieser gelebten Partnerschaft ist, wie viel Engagement und Herz aller Beteiligten darin steckt, sowie die Erkenntnis, dass man gemeinsam immer weiter kommt als alleine, die sich in diesem Fall zu hundert Prozent bewahrheitet“, lobte Landesrat Daniel Fellner die interkommunale Zusammenarbeit.



FOTO // Carnica-Region Rosental/Peter Just

Jubiläumsfeier mit Bundesrat Ingo Appé und Landesrat Daniel Fellner.

Notärzte gesucht Eine Studie stellt dem Kärntner Notarztwesen ein sehr gutes Zeugnis aus. Langfristig soll das System aber von der Freiwilligkeit an Wochenenden und Feiertagen auf ein Angestelltensystem umgestellt werden, erklärt Landesrätin Beate Pretzner. „Mir wäre es am liebsten, wenn wir diese Systemumstellung von heute auf morgen schaffen könnten – das ist aber illusorisch, weil es schlichtweg und österreich-

weit dafür keine Ärzte gibt“, weiß Pretzner. Um Versorgungsgenässe zu vermeiden werden die Honorare für Wochenenddienste um 25 Prozent erhöht. Zusätzlich zu den Stützpunkt-Dienstplänen wird es auch einen übergeordneten „kärntenweiten Dienstplan“ geben, der online einsehbar ist. Basis dafür ist ein Notärzte-Pool, der aktuell eingerichtet wird. Parallel dazu wird das Land die Notärzteausbildung weiter forcieren.

**NIEDERÖSTERREICH**

FOTO // Martin Dworschak

In der Region Weinviertel Donauraum will man neue Bürger von Anfang an in die Gemeinden integrieren.

Kommunikationsoffensive für Neubürger

Der Bezirk Korneuburg ist aufgrund seiner Nähe zu Wien eine Region mit starkem Zuzug. Weil sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, ist eine regionsweite Kommunikationsoffensive für neue Bürgerinnen und Bürger geplant.

Ziel ist es, neu zugezogene Menschen zu informieren und willkommen zu heißen, um eine bestmögliche Einbindung in das soziale

Gefüge in den einzelnen Gemeinden zu erreichen. Gefördert werden die Entwicklung und Gestaltung sowie der Druck von über 12.000 Stück Bürgermappen, Imagefilme über die Gemeinden und die Region, eine Erweiterung der Gemeindehomepages um einen speziellen Teil für Neubürger und eine Konzeption der „Neubürgerempfang“.

Zusammenarbeit im Mostviertel

In den vergangenen Jahren wurden in Amstetten und Umgebung zahlreiche neue Unternehmen gegründet, die zusätzliche Arbeitsplätze bieten. Um diese Vorzüge fortzuschreiben, braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den umliegenden Gemeinden. Dafür soll das

Projekt „Vision 2030“ sorgen. Insgesamt sind 14 Gemeinden und zahlreiche Projekt- und Kooperationspartner eingebunden. Die Themenbereiche für die Entwicklung von Regionen sind vielfältig: Mobilität, Gesundheit, Wirtschaft und Digitalisierung, Bildung, Wohnen sowie Naturraum und Landwirtschaft müssen in ihrer Gesamtheit betrachtet werden.

**OBERÖSTERREICH**

Wie Gemeinden Migranten integrieren können

Bei der „2. Gemeindeintegrationskonferenz“ wurde aufgezeigt, wie Teilhabe und Mitgestaltung in einer vielfältigen Gesellschaft funktionieren können. Die Stadtgemeinden Bad Hall, Grieskirchen und

Bad Ischl dienten als Good-Practice-Beispiele und berichteten über ihre laufenden Integrationsprozesse und ihren Zugang zum Zusammenleben in der Gemeinde.



FOTO // Land OÖ/Strobl

Landesrat Stefan Kaineder, Vzbgm. Maria Riegl (Bad Hall), Erol Yildiz (Uni Innsbruck), Bgm. Ines Schiller (Bad Ischl), Elisabeth Gierlinger (IST), Gemeinderat Sebastian Wolfram (Grieskirchen) und Stadtrat Bernhard Waldhör (Grieskirchen).

Gemeindeaufsicht hat korrekt geprüft

Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner betont, dass die Gemeindeaufsicht, entgegen medialer Kritik, ihren Prüfpflichten in Windischgarsten nachgekommen sei. Dies gehe klar aus einem Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf vom September letzten Jahres hervor. Der Prüfbericht zur Gebarungsprüfung aus dem Jahr 2018 ergab bei stichprobenartigen Prüfungen, dass Vorschreibungen zwar nicht unmit-

telbar nach Forderungsentstehung, aber jedenfalls innerhalb der Frist vorgeschrieben wurden. Eine Verjährung von Forderungen stand nicht im Raum. Um sicherzugehen, ersuchte der Bürgermeister von Windischgarsten die BH um eine zusätzlich Überprüfung der Altfälle betreffend Fertigstellungsanzeigen. Im Zuge dessen wurden einige mangelbehaftete Fälle aufgezeigt und der Gemeinde Maßnahmen zur Umsetzung übermittelt. Inwieweit diese Umsetzung erfolgt ist, wird derzeit überprüft.



FOTO // Franz Neumayr

Landesrat Josef Schwaiger und Referatsleiterin Yvonne Koller präsentierten die Statistik zur Neuwidmung von Bauland.

Trendumkehr beim Flächenverbrauch

46 Hektar wurden im Jahr 2019 in Salzburg als Bauland für Wohnzwecke oder Betriebe gewidmet. Das ist weniger als in jedem anderen Jahr seit 2010. Der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre liegt bei 71,35 Hektar. „Das Zusammenspiel mit unseren Partnern, den Gemeinden, funktioniert. Auch ohne permanent

erhobenen Zeigefinger kann man viel erreichen. Diese Trendumkehr ist das Resultat aus Zusammenarbeit auf Augenhöhe und zukunfts-fähigen Entscheidungen direkt vor Ort“, meint Landesrat Josef Schwaiger. Er fordert, dass auch innerhalb von Baulandsicherungsmodellen dichter gebaut werden muss.

Fußballfans benannten Berg um

Aufregung im Pinzgau: Fans des deutschen Fußballklubs Fortuna Düsseldorf haben einen Gipfel in „Fortuna-Höhe“ umbenannt. Hintergrund ist, dass die Fortuna seit zehn Jahren ihre Trainingslager in Maria Alm abhält. Dazu reisen jeden Sommer nicht nur Spieler und Vereinsverantwortliche, sondern auch eine Menge Fans an. Diesen

fiel beim Wandern auf die Schwalbenwand auf, dass der Berg genau 1.895 Meter hoch ist – und 1895 ist das Gründungsjahr von Fortuna Düsseldorf. Gemeinde und Tourismusverband sind strikt gegen eine offizielle Umbenennung – man kommt den Fans aber insofern entgegen, als man Wanderkarten drucken lässt, wo neben der Schwalbenwand das Logo von Fortuna Düsseldorf zu sehen ist.



Wasserstoff für den Blackout

In Schladming hat die dort angesiedelte Schladming Innovations- und Entwicklungs GmbH den Ernstfall eines Blackouts – also eines europaweiten Strom- und Infrastrukturausfalls – durchgespielt. Auf Basis dessen wurde nach einer technischen Lösung gesucht, die im Krisenfall zur Notstromversorgung eingesetzt werden kann. Ziel war es, ein

System zu finden, das einen Großenergiespeicher bietet, nahtlos in die vorhandene Infrastruktur eingebunden werden kann, aber auch wirtschaftlich darstellbar ist. Die gefundene Lösung ist ein kostengünstiger Energiespeicher auf Wasserstoffbasis, der mehrere Hundert Kilowattstunden Energie speichern und auf Abruf wieder freigeben kann.



FOTO // Astrid Steiner-Fischer

Stadtdirektor Johannes Leitner, Energie Steiermark-Vorsprecher Christian Purrer, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Georg Bliem (Planai-Hochwurzenbahnen), Hannes Zeichen (Schladming Innovations- und Entwicklungs GmbH)

Die Steiermark in 300 Tabellen

Mit der „Regionalstatistik 2019“ legt die Arbeiterkammer ein umfangreiches Nachschlagewerk vor, das die Entwicklung der Steiermark in Zahlen gießt. Umfangreiche Statistiken über den Arbeitsmarkt, die Bevölkerungsentwicklung oder die Verbrauchsausgaben der steirischen

Haushalte – um nur einige Beispiele zu nennen – ermöglichen Interessierten einen Überblick über alle für das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Steiermark relevanten Daten. Die „Regionalstatistik Steiermark 2019“ soll damit auch Grundlage für Entscheidungsträger sein.

www.akstmk.at/ratgeber

**TIROL**

FOTO // Land Tirol

Landesrat Johannes Tratter (Mitte) und Landtagsvizepräsident Anton Mattle (2. v. l.) gratulierten der Gemeinde und Pfarre Stanz sowie den ausführenden Architekten zur Revitalisierung.

So funktioniert Ortskernrevitalisierung

Seit über 30 Jahren widmet sich die Dorferneuerung der Stärkung und Erneuerung dörflicher Strukturen in Tirol. In Stanz beschäftigten sich Gemeinde und Pfarre schon seit einiger Zeit mit der Frage, auf welche Weise das seit Jahren leer stehende und im Baurecht der Gemeinde liegende alte Widum (Pfarrhof, Anm.) neu zu nutzen wäre. Mit Hilfe von Mitteln zur Orts-

kernrevitalisierung war nun eine Sanierung möglich. „Die Ortskernrevitalisierung zielt weit darüber hinaus, ein einzelnes Gebäude vor dem Verfall zu retten. Vielmehr geht es um die Aufwertung des Dorfkerns und den Erhalt eines Stücks Heimat mit reichem baukulturellem Erbe“, erläutert Landesrat Johannes Tratter.

Digitalisierungsstrategie beschlossen

Um österreichweit Vorreiter in Sachen digitale Verfahrensabwicklung und E-Government zu werden, hat das Land Tirol eine Digitalisierungsstrategie beschlossen. Diese soll ein gemeinsames Dach bilden, das über bisher schon umgesetzte Maßnahmen gebaut wird

und den Rahmen für die künftige Umsetzung der Vorgaben im Regierungsprogramm bildet. Künftig sollen möglichst alle Leistungen der Tiroler Landesverwaltung digital entwickelt und angeboten werden. Das soll den Bürgerinnen und Bürgern das Leben erleichtern, etwa bei der Einreichung von Förderungen oder sonstigen Anträgen.

**VORARLBERG**

Trinkwasserverband Bregenzerwald gegründet

Zur Absicherung der Wasserversorgung haben zehn Gemeinden den Trinkwasserverband Bregenzerwald gegründet. Obmann ist der Krumbacher Bürgermeister Egmont Schwärzler. Der Verband hat beschlossen, in der Parzelle Hohlstein in Schwarzenberg einen neuen Brunnen erschließen zu lassen. Geologische Erkundun-

gen des Landes haben ergeben, dass dort ein sehr tiefer Grundwasserkörper vorhanden ist. Erste Untersuchungen zeigen, dass dort mindestens 25 Liter/Sekunde Trinkwasser von bester Qualität gewonnen werden können. Als erster Bauabschnitt wird im Jahr 2020 ein großer Brunnen errichtet und die mögliche Wasserentnahme ermittelt.



FOTO // VLK/Matthias Nester

Die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden mit dem Abteilungs- vorstand der Wasserwirtschaft, Thomas Blank.

Neue Wasserversorgungsprojekte

Damit notwendige Investitionen in die Wasserinfrastruktur nicht am Finanziellen scheitern, greift das Land speziell kleineren Kommunen unter die Arme. Von der Landesregierung wurden jetzt auf Antrag von Sulzberg und Warth mehr als 490.000 Euro freigegeben, um entsprechende Projekte zu unterstützen. Das Projekt in Sulzberg sieht

die Errichtung eines Trinkwasserverbundes zwischen der Gemeinde Doren und den auf Sulzberger Gemeindegebiet gelegenen Wassergenossenschaften Thal, Fahl und Kirchdorf vor. In einer ersten Ausbaustufe soll eine Notverbundleitung realisiert werden. Das Projekt in Warth ist bereits verwirklicht. Es wurde ein moderner Hochbehälter errichtet.

PERSONALIA

Die Menschen stehen im Mittelpunkt

BAD ISCHL // An der Spitze der Kaiserstadt Bad Ischl steht erstmals eine Frau: Ines Schiller wurde am 2. Jänner offiziell zur Bürgermeisterin und Nachfolgerin ihres Lebensgefährten Hannes Heide gewählt.

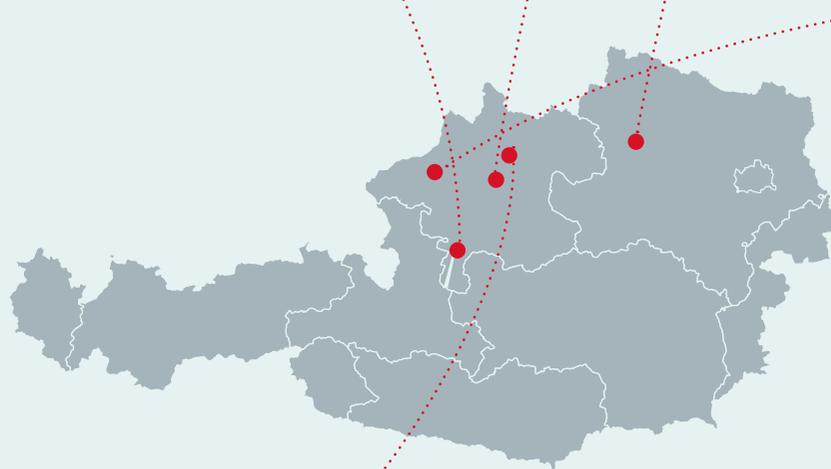


Heide gab das Amt im Dezember ab, um sich voll seiner Aufgabe als EU-Parlamentsabgeordneter zu widmen. Schiller schätzt die Arbeit ihres Vorgängers in den vergangenen Jahren sehr, dennoch will sie nicht in „seine Fußstapfen“ treten, sondern „selber Spuren hinterlassen“, wie sie sagt. „Jeder Mensch hat unterschiedliche Schwerpunkte, andere Interessen und Herangehensweisen, deswegen will und kann ich mich mit ihm nicht vergleichen oder messen“, so Ines Schiller.

Ihre Motivation, politisch tätig zu sein, hatte die 41-Jährige bereits in ihrer Jugend entdeckt. „Mein Zugang war immer schon: Man sollte nicht schimpfen, sondern etwas tun und selbst Verantwortung übernehmen“, so Ines Schiller. Dazu kommt, dass man in der Kommunalpolitik „am meisten gestalten kann und jeden Tag mit neuen Themen konfrontiert ist“, schwärmt die Bürgermeisterin.

Menschlichkeit und Herz zeigt Ines Schiller für alle Bevölkerungsgruppen – und sie möchte nun auch aktiv einen weiteren Schritt auf ihre Mitmenschen zugehen: „Ich werde Bürgermeisterinnengespräche in allen Ortsteilen anbieten und möchte mich jeden Freitag auf den Wochenmarkt stellen und allen Bürgern als fixe Anlaufstelle dienen“, sagt die Bürgermeisterin.


**MEHR PERSONALIA
 AUF**
gemeindebund.at



Danke, Popping!

PUPPING // In der oberösterreichischen Gemeinde Popping fand am 12. März die Nachwahl des Bürgermeisters statt. Hubert Schlucker, der in der 1800-Einwohner-Gemeinde im oberösterreichischen Bezirk Eferding zwölf Jahre lang die Zügel in der Hand gehalten hatte, verabschiedete sich von seinem Amt mit einem lauten: „Danke, Popping!“ Sein Nachfolger Mario Hermüller (45)

möchte Schluckers guten Weg fortsetzen und den persönlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter intensivieren.



Viele Vorhaben für die nächsten Jahre

PICHL bei WELS // Gabriele Aicher heißt die Neo-Ortschefin der Marktgemeinde Pichl bei Wels im Hausruckviertel. Neu ist der Gemeindebetrieb der 40-Jährigen ganz und gar nicht – schon 2012 wurde die damals 32-Jährige zur Vizebürgermeisterin gewählt.

Für die nächsten Jahre hat die neue Ortschefin einiges vor: Allem voran soll die Gemeinde zu einer serviceorientierten Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger werden.

„Wir wollen das Gemeindeamt zu einem Dienstleistungsbetrieb aufbauen“, zeigt sie sich überzeugt. „Außerdem werden wir den Breitbandausbau weiterführen“, so Aicher. Ein aktuelles Thema sei auch die Sicherung einer Notwasserversorgung ganz im Sinne der aktuellen Diskussionen rund um Blackout und Katastrophenvorsorge.

Besonders wichtig ist Aicher die Transparenz in der Gemeinde. Sie wünscht sich eine offene Kommunikation über alle Fraktionen hinweg. „Alle sollen gleich behandelt werden“, ist sich die Bürgermeisterin sicher, „dafür muss man ehrlich und auf Fakten basierend mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren.“



FOTOS/ Österreichischer Gemeindebund

Wohlüberlegt ins Ehrenamt

OTTENSCHLAG // Am Valentinstag 2020, also am 14. Februar dieses Jahres, erklärte Paul Kirchberger seiner Gemeinde Ottenschlag die Liebe und diese antwortete mit: „Ja, ich will“



– nämlich Kirchberger zum Bürgermeister haben. Einstimmig wählte der Gemeinderat den 59-Jährigen in das höchste Amt des Ortes.

2010 wurde er Gemeinderat, 2015 Vizebürgermeister. „Ich habe gedacht, das sei die Endstation meine Gemeindeamtskarriere“, schmunzelt der 59-Jährige. Doch als Bürgermeisterin Jager ihn als Nachfolger vorschlug, kam er zu dem Schluss, „das ehrenvolle Amt zu übernehmen“.

„Bei uns gibt’s viel Leben“, erzählt Kirchberger: der Advent im Schloss, ein Gesellschaftsball, die Dorfspiele, das Blasmusikfest, das Faschingstreiben und der Landeswasserdienst-Leistungsbewerb, der im August 2019 doppelt so viele Teilnehmende anzog, wie die Gemeinde Einwohnerinnen und Einwohner hat.

Abschließend versichert Kirchberger: „Mein Ziel ist es, ein Bürgermeister für alle zu sein – ich will niemanden ausgrenzen.“

EHRUNGEN



Mit Entschließung vom 7. Februar 2020 hat Bundespräsident Dr. Alexander van der Bellen verliehen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Prof. Mag. Egon Höll, Bürgermeister der Gemeinde Obertraun, Oberösterreich.

Wechsel in der Chefetage

ASPACH // Nach rund 23 Jahren als Bürgermeister der Marktgemeinde Aspach im Bezirk Braunau am Inn legte Karl Mandl bei



einer Gemeinderatssitzung Ende Februar 2020 sein Amt zurück. Nachfolger ist sein bisheriger Vizebürgermeister Georg Gattringer. Er erklimmt den Chefessel der 2.600 Einwohner starken oberösterreichischen Gemeinde mit viel Enthusiasmus. „Motiviert hat mich vor allem, dass ich im eigenen Ort die Weiterentwicklung der Gemeinde beeinflussen kann“, so der frischgebackene Bürgermeister Aspachs.



BEZIRK (Deutschland)
 Der Kreis **QUERFURT** war zu DDR-Zeiten ein Landkreis im Bezirk Halle. Sein Gebiet liegt heute im Landkreis Mansfeld-Südharz und im Saalekreis (Hauptteil) in Sachsen-Anhalt. Der Sitz der Kreisverwaltung befand sich in der Stadt Querfurt.



„STADT, LAND, FLUSS“ AUF ÖSTERREICHISCH

Der Buchstabe „Q“ hat die Redaktion für das österreichische „Stadt-Land-Fluss“-Spiel vor unlösbare Herausforderungen gestellt. Wir mussten trotz zahlreicher Hilfen unserer Leser auf Resultate außerhalb Österreichs zugreifen. Und wenn Sie Vorschläge für die Buchstaben X und Y haben, sind wir Ihnen schon jetzt dankbar: redaktion@kommunal.at

FLUSS (Deutschland)
 Die **QUEICH** ist ein fast 52 Kilometer langer Nebenfluss des Oberrheins. Sie entspringt im Südtail des Pfälzerwalds, dem deutschen Teil des Wasgau, bei Hauenstein und mündet in der Oberrheinischen Tiefebene im Stadtgebiet von Germersheim in den Rhein.



BERG
 Der **QUIRL** ist ein 3251 Meter hoher Berggipfel des Maurerkamms in der Venedigergruppe in Osttirol. Er liegt im Gemeindegebiet von Prägraten am Großvenediger.



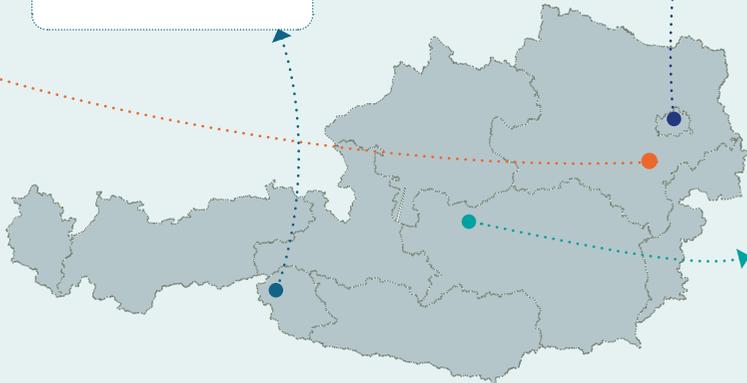
TIER (Mittelamerika)
 Heute ist der **QUETZAL** vom Aussterben bedroht, doch vor Tausenden von Jahren haben die Völker der Mayas und Azteken den nur 200 Gramm schweren und überaus farbenprächtigen Vogel als Gott verehrt. Weiters würden noch **Quastenflosser** und **Quallen** in diese Kategorie fallen.



PERSÖNLICHKEIT
 Helmut **QUALTINGER** (* 8. Oktober 1928 in Wien; † 29. September 1986 in Wien) war ein bekannter österreichischer Schauspieler, Schriftsteller, Kabarettist und Rezitator. Berühmt wurde er als „Herr Karl“ und für seine Rolle in „Der Name der Rose“.



STADT/GEMEINDE
QUARB ist der Name einer Rotte (einer lockeren Ansammlung von Gebäuden) in der Gemeinde Pernitz im südlichen Niederösterreich. Und dann gäbe es auch noch eine Rotte namens **Querfeld** in Neulengbach, ebenfalls Niederösterreich.



PFLANZE
 Seit jeher gilt die **QUITTE** als Symbol für Liebe, Glück, Fruchtbarkeit, Klugheit, Schönheit, Beständigkeit und Unvergänglichkeit. Ihren Namen verdankt sie der griechischen Stadt Kydonia. Die Quitte ist außerdem Namensgeberin für die Marmelade (vom portugiesischen „marmelo“ für Quitte).



GANZES BUNDESGBIET

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 2. Stock, 1010 Wien
 Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zipmer
Redaktion Tel.: 01/532 23 88; Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion), hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl – DW 515, helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak – DW 537, andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Regina Philipp – DW 518, regina.philipp@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
<http://kommunal.at/leserservice/>
Grafik Thomas Max – DW 542 thomas.max@kommunal.at
Fotos adobe.stock.com; www.bilderbox.at



Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Martin Pichler (Leitung) – DW 511, martin.pichler@kommunal.at; Martin Mravlak – DW 528, martin.mravlak@kommunal.at; Stevan Kovacicic – DW 512, stevan.kovacicic@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zipmer (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudorf;
Druckauflage KOMMUNAL: 34.614 (Jahresschnitt 2019)

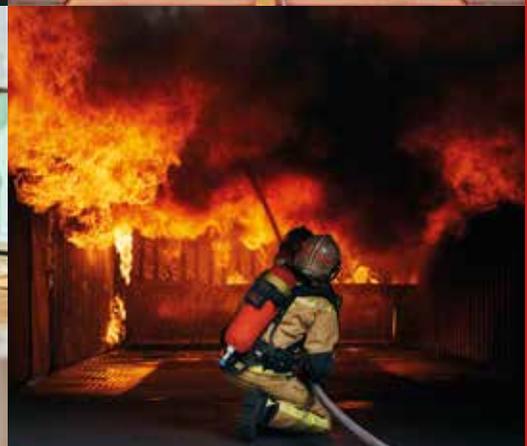


Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung
 Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichten Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.



Bei uns geht's
jeden Tag um's Ganze.



younion
Die Daseinsgewerkschaft

Unseren KollegInnen bei den Gemeindebediensteten, in Kunst, Medien, Sport und freien Berufen geht es jeden Tag um's Ganze.

Wir von younion – Die Daseinsgewerkschaft vertreten diese in über 200 Berufsgruppen mit 150.000 Gewerkschaftsmitgliedern – und sind damit eine geballte Kraft, die von jedem einzelnen Mitglied mitgetragen wird. Gerade dann, wenn es bei der Vertretung unserer Interessen in einem härter gewordenen politischen Umfeld um's Ganze geht.

www.younion.at

Meine Gemeinde soll sich entwickeln. Wer verschafft mir den Spielraum?

Führende Public Sector-Expertise

RUND
50%
ALLER GEMEINDEN
SIND KUNDEN DER
BANK AUSTRIA

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln will, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie die „Praxisplaner“, erleichtern kommunale Aufgaben und helfen dabei den Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu erhöhen. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

publicsector.bankaustria.at

Die Bank für alles,
was wichtig ist.

 **Bank Austria**
Member of  UniCredit